DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@t-online.de

285 25. JAHRGANG Juni 2008 4,50 €

EINE ANDERE ENERGIEWIRTSCHAFT IST MÖGLICH:

Pionierfunktion neuer Energiegenossenschaften

Nur sehr selten werden die »sozialen« Aspekte der Energieversorgung thematisiert. Entsprechend ist es nicht verwunderlich, dass die Diskussionen über mitgliederorientierte bzw. nutzerorientierte Lösungen für eine umweltverantwortliche Energiewirtschaft meistens ausgeklammert bleiben, manchmal sogar bewusst diffamiert werden. Trotzdem kommt es gegenwärtig zu einer immer größeren Zahl genossenschaftlicher Lösungen im Energiesektor mit weiter wachsender Tendenz. Solche Lösungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, ist Ziel des Themenschwerpunkts. Eigeninitiativen, die auf verantwortungsvolle genossenschaftliche Lösungen zurückgreifen, sollen auf diese Weise gestärkt werden.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Bei der Auseinandersetzung um eine nachhaltige Energieversorgung wird der Blick seit Jahren zu sehr auf Fragen der Ressourcen und der Technik gerichtet. Um neue energiewirtschaftliche Konzepte dauerhaft zu verwirklichen, kommt sozialen Aspekten wie Eigentums-, Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen aber mindestens eine ebenso große Bedeutung zu. Dafür müssen die entsprechenden stabilitätsschaffenden, rechtlichen Strukturen entwickelt werden. Hier bieten sich besonders Unterstützungsstrukturen für Genossenschaften an. Stehen diese doch für Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Der genossenschaftliche Förderauftrag erfordert gesetzlich eine stringente Umsetzung des Mitgliederwillen und -nutzens.

Anschauliche Beispiele

Bei diesem Schwerpunkt stehen drei aktuell besonders relevante Ansätze im Vordergrund, jeweils mit Beispielen veranschaulicht:

- Solargenossenschaften, die das Beteiligungsinteresse finanziell weniger potenter Investoren für dezentrale bürgerschaftliche Lösungen wecken;
- Bioenergiedörfer, die integrierte Lösungen in Richtung eigenständiger Energieversorgung und die gleichzeitige Einbindung von Energieerzeugern und -verbrauchern in die Verantwortungsstrukturen praktizieren sowie
- Energieverbrauchergenossenschaften aus der Gaspreisboykottbewegung, die vor allem auf mehr Beteiligung und Verantwortungsübernahme der Konsumenten in städtischen Regionen setzen.

In das Thema eingeführt wird durch einen grundlegenden Artikel. In diesem werden Verbraucherbeteiligung und ein Überblick zu energiegenossenschaftlichen Ansätzen miteinander verbunden. Der Beitrag kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Pionierfunktion der Energiegenossenschaften als nutzerorientierte Unternehmensorganisation für eine partizipative Einbindung der Verbraucher systematisch aufgearbeitet werden müsste. Von ihnen lässt sich lernen, wie sie ihren Dialog mit ihren Mitgliedern und vor allem Mitgliederkunden organisieren, um die sozialen und ökologischen Dimensionen der Nachhaltigkeit umzusetzen. Gefordert wird allerdings auch darauf aufbauend Instrumente einer partizipativen Kundenbeteiligung wie Energie- und Verbraucherbeiräte oder die Erzeuger-Verbraucher-Kooperation weiterzuentwickeln.

Zur Nachahmung anregen

Die Verbrauchergenossenschaft greenpeace energy eG setzt sich konsequent für umweltfreundliche Energieerzeugung ein

Anschließend werden diese Überlegungen anhand von Beispielen konkretisiert. Die Gründung der 1. St. Ingberger Bürger-Solargenossenschaft will nicht nur Solarenergie erzeugen, sondern verlangt ein »Sozialagio« von 10%, um damit soziale Projekte und Bedarfe in der Region zu unterstützen. Sie ist damit Vorreiterin geworden, die Vorbild für viele weitere Nachfolgeprojekte sein will. Als Bioenergiedorfgenossenschaft organisiert die Energieversorgung Honigsee eG in der ehrenamtlich geleiteten Gemeinde Honigsee mit 450 Einwohnern mit ihren Aktivitäten die Errichtung eines Nahwärmenetzes. Das damit verbundene hohe bürgerschaftliche Engagement ließ das Ganze zu einem bundesweiten Vorzeigemodell werden.

Der Hinweis auf eine Tagung zum Thema Energiegenossenschaften »Eine andere Energiewirtschaft ist möglich – Handlungsfelder, Beispiele, Akteure und Weiterentwicklung« runden diesen Schwerpunkt ab. Die Veranstaltung findet statt vom 04. bis 06. Juli 2008 im TaT – Transferzentrum für angepasste Technologien in Rheine bei Münster.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10.

SCHWERPUNKTTHEMA

Verbraucherbeteiligung
Perspektiven einer bürgernahen, demokratischen Energieversorgung Seite 7

1. St. Ingberter Bürger-Solargenossenschaft
Die Sonne als Schmelztiegel
– das Werden einer Photovoltaikgenossenschaft Seite 8

Solar-Bürger-Genossenschaft Bürstadt
Solarstrom als Sparbuch Seite 8

Energieversorgung Honigsee eG
Erzeugte Energie vor Ort nutzen
– ein Bioenergiedorf macht Furore Seite 9

Energiegenossenschaft Nordwest eG
Energie ist ein Gut der Daseinsvorsorge Seite 10

AUS DEM INHALT:

HANDELSPRODUKT LAUFSCHUH

Die Laufschuhe an unseren Füßen, letztendlich alle Sportschuhe, sind ein weitgereistes Produkt. Der größte Teil von ihnen wird in asiatischen Ländern hergestellt. Meistens sind es von Markenfirmen beauftragte Zulieferfirmen, in deren Fabriken die Sportschuhe unter katastrophalen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Trotz aller öffentlicher Bekundungen der Hersteller, die Rechte ihrer Beschäftigten zu schützen, verschieben diese ihre Produktionen in gewerkschaftsfreie Zonen. Seite 3

MEDIEN

Ausgerechnet im Jahr der vielfältigen Aktivitäten zu »40 Jahre 1968« wurde die Zeitschrift »beiträge zur feministischen theorie und praxis« eingestellt. Bis zuletzt hatte sie sich selbst als die größte und älteste Zeitschrift der autonomen Frauenbewegung bezeichnet.
Zwischen Freiburg und Flensburg haben sich viele Obdachlosenzeitungen einen Namen gemacht. Gegründet in den späten achtziger oder neunziger Jahren brauchen sie mittlerweile keinen Vergleich mehr mit kommerziellen Stadtmagazinen zu scheuen und bieten inhaltlich eine wohltuende Gegenöffentlichkeit. Der Nürnberger »Straßenkreuzer« ist eine dieser Zeitungen. Seite 4

GENTECHNIK

Am 21. Oktober 2007 überfielen vom Schweizer Agrochemiekonzern »Syngenta« bezahlte Milizen ein Zeltlager der brasilianischen Landlosenbewegung MST. Aus nächster Nähe exekutierten diese einen MST-Aktivisten und verletzten mehrere Personen schwer. Heike Schiebeck (Longo maï, Via Campesina Austria) berichtet über die Hintergründe des Mordes für Gentechnik. Seite 5

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Die »Antirassistische Initiative« in Berlin beschäftigt sich seit 1988 mit den Folgen deutscher Abschiebungspolitik und gibt seit 1993 die jährlich aktualisierte Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen« heraus. Seite 12

DEBATTE

Der dm-Chef Götz Werner und der Steuerberater Benediktus Hardorp setzen sich seit einiger Zeit öffentlich für ein bedingungsloses Grundeinkommen, finanziert durch eine ausschließliche Besteuerung des Konsums, ein. Anregungen finden sie dabei in den Ausführungen Rudolf Steiners, dem Begründer der Anthroposophie. Die von Elisabeth Voß in der Februarausgabe der CONTRASTE formulierten Anmerkungen, Fragen und Vorwürfe an diese Umsetzungsidee haben zu einer Debatte geführt: »Proletarier aller Länder, unternehmt euch!« auf Seite 13

www.contraste.org

D 8008

Hier ist Platz für Anzeigen

von Projekten, Betrieben, Verlagen etc.

Format:
36 x 90 mm
Preis:
108 EUR Netto
Kontakt:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVGIPFEL IN LIMA, PERU

Enlazando Alternativas

Vom 10. bis zum 16. Mai 2008 fand in Lima, Peru – parallel zum offiziellen Gipfeltreffen zwischen Europa (EU) und Lateinamerika und der Karibik (LAC) – der Alternativ-Gipfel »Enlazando Alternativas III« (Alternativen knüpfen) statt. Nachfolgend ein gekürzter Bericht (1).

AQP/indymedia ● Organisiert von diversen sozialen Bewegungen Europas und Lateinamerikas versteht sich das Treffen als »Gipfeltreffen der Völker (pueblos)« um der kapitalistischen Globalisierung Widerstandsformen entgegenzusetzen. Mit Analyse und Anklage des Machtsystems des Neoliberalismus auf dem »Tribunal Permanente de los Pueblos (TPP)« und mit der Vernetzung der solidarischen Bündnisse sollte der Gegengipfel Alternativen zu Armut, Privatisierung, Ausgrenzung, Militarisierung, Krieg und Umweltzerstörung aufzeigen.

Ziel des Gipfels der Mächtigen (der Konzerne und PolitikerInnen) war es, weitere Liberalisierungabkommen zwischen EU und LAC durchzusetzen, die für die Mehrheit der Menschen eine zweite »Eroberung« Lateinamerikas, eine »reconquista«, weitere Privatisierung und Prekarisierung bedeuten. Im Bewusstsein, dass der offizielle Gipfel und das dort verabschiedete Gelaber vollkommen an den Interessen der Mehrheit der Menschen vorbeigeht, trafen sich im Laufe der Woche mehrere 10.000 Menschen, um konstruktiv und gemeinsam über Alternativen zum kapitalistischen System weltweit zu debattieren.

Den Auftakt machte ein Kongress von rund 100 Jugendlichen aus Lateinamerika und Europa, auf dem sie sich am Wochenende vom 10. zum 11. Mai intensiv mit Fragen zu Militarismus, Menschenrechten, Gendermainstreaming, Sexismen, Umweltzerstörung, Rassismen u.v.m. auseinandersetzten. Ziel war es dabei, am Ende des Treffens eine Resolution zu verabschieden, die Alternativen zum heute vorherrschenden neoliberalen Diskurs bietet.

Dieses Papier ist vor allem als ein Arbeitspapier der Jugendlichen zu verstehen, das es ermöglicht, trotz unterschiedlichster linker politischer Hintergründe und Organisationsstrukturen einen gemeinsamen Rahmen zu setzen.

Zukünftiges Ziel wird es sein, ein internationales Netzwerk organisierter linker Jugendlicher aufzubauen, die sich nicht nur zum nächsten Gipfel treffen werden, sondern auch darüber hinaus stetig in den jeweiligen Ländern und Städten agieren und sich immer wieder über die jeweiligen Erfahrungen der globalisierungskritischen Bewegung austauschen.

Der 12. Mai stand im Zeichen des Indigenen-Gipfels, an dem über 2.000 Menschen teilnahmen. Er sollte ein Forum und eine Artikulationsmöglichkeit für die Marginalisiertesten des südamerikanischen Kontinents werden und das ist ihm gelungen.

Themen der Workshops waren u.a.: Modernidades (Moderne), Cosmovisiones Indígenas (indigene Kosmovisionen) y Contexto internacional (Internationaler Kontext); Post Neoliberalismo (Post- Neoliberalismus), Madre Tierra (Mutter Erde), Desarrollo y Buen Vivir (Entwicklung und Wohlstand) und Estado Plurinacional Comunitario (Plurinationaler, kommunitärer Staat).

Von Dienstag bis Freitag fanden dann auf dem eigentlichen Gipfel über 110 Workshops und diverse kulturelle Veranstaltungen (Theater, Konzerte, Graffitti, Poetryslam, etc.) statt. Auch zu Themen allgemein gehaltenen AGs wie: »El Racismo mata« (Rassismus tötet) oder »El Derecho a la Educación frente a la Privatización y el Neoliberalismo« (Das Recht auf Bildung in Zeiten der Privatisierung und des Neoliberalismus) und sehr konkreten Arbeitsgruppen zu z.B. »Migraciones: Relación Perú-Italia« (Migrationen: Beziehungen zwischen Peru und Italien). Sportlicher Höhepunkt des Gipfels war sicherlich das Fußballspiel mit Evo Morales, bei dem es eher um den symbolischen Gehalt (»der Präsident als Typ von nebenan«) als um grandiose sportliche Leistungen ging....

Am Freitagabend fand als offizieller Abschluss des Alternativgipfels eine Demonstration mit ca. 20.000 TeilnehmerInnen statt. Nach einem vielfältigen kulturellen Programm, das von traditioneller indigener Musik bis hin zu argentinischem Mädelz-HipHop reichte, wurde die Resolution des TPP verlesen.

Die nächste Cumbre Social, »Enlazando Alternativas IV« findet 2010 in Spanien statt. Alle sozialen Bewegungen aus Amerika, Europa und Asien sind eingeladen, an dieser aktiv teilzunehmen.●

Links:
1) Originalbeitrag:
http://de.indymedia.org/2008/05/217795.shtml
www.enlazandoalternativas.org
www.democraciaglobal.org

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Neues Strafvollzugsgesetz in Hamburg
Nach Zustimmung durch die entsprechenden Parteigremien von CDU und Bündnis 90/Die Grünen gibt es in Hamburg nun nicht nur eine schwarz/grüne Koalition sondern auch einen grünen Justizminister (vgl. Koalitionsvertrag vom 17.04.2008, Ziff. XI), bzw. Senator wie er in Hamburg genannt wird.

In dem Koalitionsvertrag wird in Punkt VII (Inneres und Justiz) auf den Bereich Strafvollzug eingegangen. Zuvörderst will man das zur Zeit geltende Landesgesetz für den Strafvollzug das für Jugend- wie für Erwachsenenstrafvollzug gilt, in zwei verschiedene Gesetze aufspalten; wobei sich für den Bereich des Jugendstrafvollzuges das Gesetz an den Regelungen in Schleswig Holstein orientieren soll. Es soll ferner eine sozialtherapeutische Anstalt geben, die organisatorisch und räumlich von der JVA Santa Fu getrennt wird (es gab lautstarke Proteste, als vor wenigen Jahren die eigenständige sozialtherapeutische Anstalt in Hamburg geschlossen und als Abteilung in die Santa Fu verlegt wurde. Des Weiteren sollen die Einschlusszeiten in den Hafträumen der Gefängnisse so geregelt werden, dass die Gefangenen Angebote für Straffällige (z.b. Drogenhilfe) überhaupt wahrnehmen können. Ebenso soll die Entlassungsvor- und nachbereitung intensiviert werden.
Mitgeteilt von Thomas Meyer-Falk, JVA Bruchsal, Quelle: http://de.indymedia.org/2008/05/215490.shtml.

Genfeldbefreiung als Terror?
Im letzten »EU Terrorism Situation and Trend Report« von Europol, wird die Genfeldbefreiung in Silves, Algarve (http://de.indymedia.org/2007/08/191985.shtml o. CONTRASTE Nr. 277) als terroristischer Akt, in der Rubrik »Single Issues« geführt. Ähnliche Aktionen, die in Ländern wie Frankreich, Deutschland oder Großbritannien, weitaus öfters und in einem radikaleren und größeren Rahmen stattfinden, werden im Europolreport weder unter der Rubrik »Extremismus« noch unter »Terrorismus« erwähnt.

Der Portugiesische Radiosender »RadioClube« hat als erster über das Europoldokument berichtet und den Pressesprecher der Anti-GMO Aktion nach seiner Meinung über die Sache befragt. Dieser referierte, dass die Klassifizierung »lächerlich und überzogen sei«, bezog sich auch auf derzeitig stattfindende Genfeldbesetzungen in Deutschland.

Sogar der Anwalt des geschädigten Feldbesitzers in der Algarve, ebenfalls durch den Radiosender befragt, distanzierte sich von der Formulierung. Er könne in der Zerstörung des Genmaises keinen terroristischen Akt erkennen. Auch ein Spezialist in Kriminalrecht, wies eine Verbindung der Aktion in Zusammenhang mit Terrorismus zurück. Quelle:
http://de.indymedia.org/2008/04/214921.shtml.

»Crowd Control«: Polizeikooperation in der EU
2007 und 2008 fanden einige groß angelegte Polizeiübungen statt. Ziel ist die Förderung der grenzüberschreitenden Polizeikooperation innerhalb der EU. Die gesetzliche Grundlage bildet der 2005 unterzeichnete »Vertrag von Prüm«, der nun in EU-Recht überführt wird. Damit ist er für alle EU-Mitgliedsländer gültig. Zusätzlich zu Reisesperren, Meldeauflagen und umfangreicher Datenübermittlung ist die deutsche Bereitschaftspolizei mit Hoheitsrechten im Auslands-Einsatz. Ähnlich sogenannter »Gotcha«-Spiele wird »Riot Control« geübt: ein Teil der Einsatzkräfte verkleidet sich als DemonstrantInnen, vermummt sich und errichtet brennende Barrikaden, zündet Rauchbomben, bewirft die Polizei mit Holzstücken und Kartoffeln oder trägt Clowns-Uniformen. Im Spiel werden alle DemonstrantInnen abgedrängt oder zurückgeschlagen und massenhaft in Gewahrsam verbracht. Quelle:
http://de.indymedia.org/2008/04/214691.shtml.

Neues Versammlungsrecht in Bayern
Das Demonstrationsrecht wird zukünftig von den Ländern geregelt. Die Landesregierung in Bayern macht dabei den Vorreiter – erhebliche Einschränkungen sind geplant. So soll eine Versammlung nicht wie bisher mindestens drei TeilnehmerInnen haben, sondern bereits eine Zusammenkunft von zwei Menschen »zur gemeinschaftlichen, überwiegend auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung« kann als Demo gewertet werden. Dem Anmelder werden zusätzliche Auflagen gemacht, z.B. Vorkehrungen gegen Militanz. Die Anmeldung muss 72 Stunden vorher erfolgen. Die Polizei bekommt mehr Handlungsmöglichkeiten, z.B. kann sie eineN AnmelderIn als ungeeignet ablehnen und jederzeit Übersichtsaufnahmen anfertigen.Mehr Infos zum neuen Versammlungsgesetz in Bayern auf
http://de.indymedia.org/2008/04/213892.shtml.

Schwarzfahren bei unmissverständlicher Kennzeichnung nicht strafbar
In einem aktuellen Prozess um Erschleichung von Leistungen kam es zu einem Urteil über die lange umstrittene Frage, ob bei einer eindeutigen Kennzeichnung eine »Erschleichung« vorliegt. Auszug aus dem Bericht des Betroffenen (per Mail): »Nachdem durch den Kontrolleur bekannt gegeben wurde, dass Menschen eben nicht vorne einsteigen müssen (wie bspw. in Bussen), befand mich die Staatsanwältin dennoch für schuldig, da sie den Spruch »Ich fahre schwarz« nicht für eindeutig befand und selbiger auch als Provokation gewertet werden könne. Außerdem würde dieser durch das Zugpersonal nicht bemerkt. Sie schlug 30 Tagessätze auf mich ein/vor ...

Nachdem ich im letzten Wort, anhand des Beispiels des Fahrens ohne Fahrschein, die Rolle der Justiz in Beziehung zur sozialen Stellung der Betroffenen aufzeigte, Richter Wild nach kurzer Ermahnung, gnadevoll auf meine Unterwerfungsgeste (Aufstehen) verzichtete und folgende zuckerbittersüß-saure Worte sprach: Trotz seines widerwärtigen Verhaltens ist der Angeklagte freizusprechen, da der Anschein der Ordnungsmäßigkeit durch den Spruch auf der Kappe zerschmettert wurde.«●

Jörg Bergstedt

Feldbefreiungsfibel erschienen

Klein, aber fein: Nur im Format einer Postkarte, aber 68 spannende Seiten stark ist die »Kleine Feldbefreiungsfibel«, die jetzt frisch gedruckt vorliegt. Momente des Widerstandes, 10 Argumente gegen die Gentechnik, Rechtshilfe-Informationen, Links und vieles mehr ist in dem Büchlein zu finden. Viele farbige Fotos erinnern an die Aktionen der letzten Jahre. Für 2 Euro plus Porto versenden wir das Büchlein gerne an Interessierte. Einfach Mail an:
aktion@gendreck-weg.de

AKTION 2008

Abos gesucht

Genau zusätzliche 148 Abos benötigen wir, damit das Zeitungsprojekt kostendeckend arbeiten kann. Im Oktober 2009 wird unser Zeitungsprojekt 25 Jahre jung und nichts würde uns mehr freuen, dieses Ziel zum Jubiläum erreicht zu haben. Als Motivationsanschub für AbowerberInnen gibt es ab sofort für jedes neu geworbene Abo eine Buchprämie aus dem Münsteraner Unrast-Verlag (Coupon für Eure Bestellungen auf Seite 3).

Redaktion Heidelberg ● Bis dahin sind wir aber auch weiterhin auf Eure Spenden angewiesen. Wir benötigen in diesem Jahr noch 616 EUR, um schwarze Zahlen schreiben zu können.

Gespendet haben im Monat Mai:
- Hinnerk Brockmann, München (50 EUR)
- Maik Schrumpf, Naumburg (3,20 EUR)

Herzlichen Dank!
Neuabos gab es fünf aber leider auch zwei Kündigungen und zwei Kündigungen von Fördermitgliedschaften über je 62 EUR.

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften im Contraste e.V. verhelfen dem Projekt zu einer stabileren Basis. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (Coupon auf dieser Seite).

CONTRASTE-Werbung am 1. Mai 2008 in Berlin Foto: CONTRASTE

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter
contraste@t-online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2008

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2008: 616 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 148+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

V.A.: !Espacios Libres – Medios Libres! / Sascha Mersch: Herbstlaub

Bei dem d.-i.-y.-Label Falling Down Records ist ein weiterer Solisampler für linke Projekte in Mexiko erschienen. Die Einnahmen aus dem Verkauf des Samplers gehen zu gleichen Teilen an den mexikanischen Infoladen »Furia de las calles« sowie das libertäre Radio »Regeneración« (Name bezieht sich auf die gleichnamige anarchistische Zeitschrift der Flores Magon-Brüder). Die musikalische Bandbreite ist im Gegensatz zu den meisten Samplern sehr weit gefaßt – neben der Punkfraktion in Form von Bands wie Daddy Longleg (»La Tristeza«) sowie Inner Conflict (»Restposten«), sind auch HipHop (Chaoze One, Olmeca) sowie auch VertreterInnen des Singer-Songwritermetiers wie der Münsteraner Liedermacher Baxi und Tes mit von der Fraktion. Insgesamt 21 Projekte und Interpreten sind auf dem Sampler vertreten – mit sehr kämpferischen Songs. Neben alten Bekannten – wie den »FDR-Hausbands« (Daddy Longleg, Baxi) – sind einige bislang noch unbekannte, musikalische Perlen auf dem Sampler zu finden. Ein Beispiel hierfür ist z.B. die Singer-Songwriterin Tes mit ihrem einfühlsamen Gitarrensong »Murder in Genua« oder die spanischsprachige HipHop-Combo Olmeca mit ihrem Track »Una Batalla«. Ein durch und durch empfehlenswertes Album – auch wenn es bedauernswert ist, daß sich im Booklet keine Informationen zu den Bands finden.

Kontakt, Information & Bestellung:
www.falling-down-records.de.ms.

Weniger explizit politisch ist hingegen die Musik des in Berlin wohnenden Pianisten und Sängers Sascha Mersch. Geprägt durch Leonard Cohen und Hans Eisler liegt sein Hauptaugenmerk auf der Vertonung von (romantisch-melancholischen) Gedichten – meistens des befreundeten Schriftstellers Leander Sukov, wenn er nicht gerade als Schauspieler und Pianist auf der Bühne der kleinen Nachtrevue steht. Getreu seinem Motto, daß das Piano ein Schlaginstrument sei, greift er in die Tasten und speit die Texte regelrecht heraus – laut, verzweifelt und böse. Die von ihm vertonten Gedichte handeln von sexueller Freiheit, verzweifelter Liebe und linker Politik. Nach der Veröffentlichung von zwei Minialben im Internet (als kostenlose Downloads über seine Homepage erhältlich) ist kürzlich eine fünf Songs umfassende Demo-CD namens »Herbstlaub« erschienen, die einen Vorgeschmack auf das für Ende des Jahres geplante Debütalbum (Doppelalbum mit 25 Songs!) gleichen Titels gewährt, bei dem es eine eigene Sektion mit politischen Liedern geben wird. Auf seiner Demo findet sich neben einer regulären Version des Liedes »Märchenprinz« z.B. auch eine mit Synthesizern untermalte 80er-Jahre-Pop-Version jenes Liedes, das die zu hoch gesteckten Ansprüche in der Liebe thematisiert... Sein Stil ist dabei eigenwillig, seine Auftritte erinnern ein wenig an sein Vorbild Klaus Kinski und zeugen – trotz allem – von seiner klassischen musikalischen Ausbildung, die in jungen Jahren an der Orgel begann und über ein Akkordeon hin zum Klavier führte...●

Kontakt, Information & Bestellung:
www.sascha-mersch.de.

DJ Chaoz

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

WELTHANDELSPRODUKT LAUFSCHUH

Barfuss zum Marathon?

Wieder überholt worden. Egal. Ich müsste besser wissen, dass ich nicht die einzige bin, die es für eine gute Idee hält, den Samstag mit einem Morgenlauf zu beginnen. Meine Beine ächzen. Der Park voller LäuferInnen, die sich an den Grünanlagen vorbeischieben. Ihre Füße stecken in Markenlaufschuhen – genau wie meine. Erstaunlich, mit welcher Ausdauer viele LäuferInnen sich verausgaben. Und seltsam, dass mir bei der Frage »Was hängt alles an meinen neuen Laufschuhen?« schon an der Ladenkasse die Puste ausgeht. Verstehen zu wollen, was passiert, bevor mich Sportschuhe aus den Regalen anblicken, läuft auf einen Marathon hinaus. Na gut. Ich kann's ja mal versuchen. Wenigstens gedanklich.

Von Espi, Red. Selbstorganisation im Alltag ● Die Laufschuhe an meinen Füssen sind ein weitgereistes Produkt. Der größte Teil von ihnen wird in asiatischen Ländern hergestellt. Meistens sind es von Markenfirmen beauftragte Zulieferer, in deren Fabriken die Laufschuhe entstehen. Es kommt vor, dass Betriebe für mehrere der »Großen« im Sportschuhgeschäft produzieren. Die Arbeitsbedingungen in den zuliefernden Fabriken sind ein großes Problem für die Beschäftigten. (1) Fehlende Sicherheitsvorkehrungen in den Fabriken führen immer wieder zu Arbeitsunfällen. Viele der Beschäftigten klagen über Atemwegserkrankungen oder Kopfschmerzen, weil dem Schutz vor chemischen Dämpfen wenig Bedeutung zugemessen wird.

Die geforderten Produktionsziele sind so hoch angesetzt, dass die Arbeit extrem verdichtet und ohne viele Überstunden nicht zu bewältigen ist. Bevorzugt werden flexible Arbeitsverträge, die auf kurze Dauer angelegt sind. Manche Schuhfabriken sind mit Regelsystemen ausgestattet, die an Gefängnisse erinnern. Wer in der *Li Kai Factory #5*, chinesischer Zulieferbetrieb für *New Balance*, dabei erwischt wird, den Rasen zu betreten, zu spät zur Arbeit zu kommen oder im Schlafraum zu sprechen, verliert einen Tageslohn. Gleich drei Tageslöhne sind fällig, wenn Beschäftigte ihren Vorgesetzten widersprechen. (2)

Foto: djloche (www.flickr.com)

Um die 90% der Beschäftigten sind Frauen. Einige Zulieferer haben interne Anweisungen, möglichst junge und weibliche Arbeitskräfte einzustellen. Neben den »normalen« Arbeitsbedingungen kommen für sie in vielen Fällen sexuelle Nötigung und erniedrigende Behandlungen am Arbeitsplatz dazu. So müssen sich Frauen in der *Li Kai Factory #5* von männlichen Sicherheitskräften durchsuchen lassen, wenn sie die Fabrik verlassen wollen.

Gute Laufschuhe können zwischen 120 und 180 EUR kosten. Nur 0,4 % davon landen bei denen, die sie tagtäglich herstellen. Die Löhne in der Sportschuhproduktion sind so niedrig, dass die Beschäftigten trotz Überstunden nicht genug verdienen, um ihre Miete zu zahlen oder sich mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Umgerechnet 37 EUR bleiben den ArbeiterInnen in der *Li Kai Factory #5* übrig, nachdem die Fabrikleitung vom offiziellen Monatslohn 11 EUR für Unterkunft und Essen abgezogen hat. Von Arbeiterrechten oder gewerkschaftlicher Organisierung ist in dieser und anderen Fabriken nichts zu spüren. Über 50% der Sportschuhproduktion sind in Ländern angesiedelt, in denen unabhängige Gewerkschaften nicht erlaubt sind, darunter China, Thailand und Vietnam.

Ebenso wie faire Arbeitsbedingungen steht Umweltschutz bei der Sportschuhproduktion hinten an. So werden viele synthetische Materialien und Chemikalien verwendet, die ökologisch und gesundheitlich bedenklich sind. Zwar haben sich Nike, Adidas, Puma oder Asics bereit erklärt, auf PVC in ihren Schuhen zu verzichten. (3) Aber das ist nur einer von vielen giftigen Stoffen. (4) Für die VerbraucherInnen ist all das schwer nachvollziehbar, da dem Schuhkarton nicht zu entnehmen ist, aus welchen Inhaltsstoffen die Treter bestehen.

Helfen Standards weiter?

Das klingt gar nicht gut. Ich will meinen gedanklichen Lauf abrechen, um nächsten Samstag ohne schlechtes Gewissen durch den Park zu rasen. Irgendwo habe ich das alles schon gehört; ich erinnere mich: Seit einigen Jahren weisen Nichtregierungsorganisationen auf diese Missstände hin. Als Reaktion haben sich einige der großen Hersteller bestimmte Standards, sogenannte »codes of conduct«, hinsichtlich der Arbeitsbedingungen gegeben. Die Markenfirmen wachen selbst über diese Standards und lassen Milde walten. *»Es ist einfach, diese Standards zu missachten und die Verstöße zu verschleiern«*, erklärt Paul Cooper von *Blackspot Shoes*, einem alternativen Schuhprojekt. (5) Oftmals wissen die Beschäftigten in den zuliefernden Betrieben nicht von diesen Standards, weil niemand sie über ihre Rechte informiert.

Öffentlich bekunden die Sportschuhmarken großen Eifer, um die Rechte ihrer Beschäftigten zu schützen. Während dessen verschieben sie ihre Produktion in Staaten, die nichts von Vereinigungsfreiheit halten, d.h. in denen Gewerkschaften verboten sind. So hat sich Nike von 1998 bis 2005 um 14% »gesteigert«, was die Auslagerung in gewerkschaftsfreie Zonen betrifft. (6) In diesen Ländern ist es besonders schwierig, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Daher formulieren KritikerInnen, dass die »codes of conduct« vor allem eine Wirkung hätten: Den Markenfirmen zu helfen, sich öffentlich mit einem sauberen Image zu schmücken. (7)

Ansätze einer anderen Schuhproduktion

Okay, das ist heftig. Aber ich will weiter laufen, und mir ist es wichtig, einen stabilen und gut gedämpften Schuh zu tragen. Gibt es Alternativen? Nein, jedenfalls nicht greifbar. Der fair gehandelte Öko-Laufschuh ist ein Wunschtraum. Aber es gibt Ansätze einer anderen Schuhproduktion, die Hoffnung machen.

So werden die Schuhe von *Worn Again* zu 99% aus recycelten und regional beschafften Materialien hergestellt. (8) Lederbezüge aus verschrotteten Autos oder ausrangierte Feuerwehruniformen dienen als Rohstoff, um Schuhe herzustellen, die alles andere als alt aussehen.

Die Schuhmarke *Veja* arbeitet auf der Grundlage von fairem Handel und biologischer Landwirtschaft. So stammt die für die Schuhe verwendete Bio-Baumwolle von einer brasilianischen Kooperative. Auch die Produktion ist in Brasilien angesiedelt. Um den Vertrieb der Schuhe kümmert sich eine französische Hilfsorganisation, die benachteiligte ArbeiterInnen dabei unterstützt, in den Arbeitsmarkt zurückzufinden. (9)

Auch *Blackspot Shoes* (siehe CONTRASTE Nr. 261) bricht mit einigen Aspekten der »normalen« Schuhproduktion. Die Schuhe des Zusammenschlusses werden in einer Fabrik in Portugal produziert, zu einem Lohn, der über dem Landesdurchschnitt liegt. Die Schuhsohlen bestehen aus alten Reifen, das Obermaterial aus biologisch angebautem Hanf. Der besondere Clou bei *Blackspot Shoes* ist das weitgehende Beteiligungsmodell: Wer ein Paar dieser Marke erworben hat, darf mitentscheiden, welche weiteren Schritte das Unternehmen machen soll. So wird mittels Internet darüber diskutiert, ob neue Modelle entwickelt werden sollen. Die Trennung zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen verwischt.

Leider beschränken sich diese und ähnlich arbeitende Firmen – bisher – auf Lifestyle-Schuhe. Sie beweisen aber, dass es möglich ist, soziale und ökologische Ansprüche mit der Schuhproduktion zu verknüpfen. (10)

Hürden auf dem Weg zum fairen Laufschuh

Immerhin kann ich etwas Optimismus tanken, bevor ich wieder losrenne. Der ist auch nötig: Auf dem Weg zum fairen Laufschuh sehe ich viele Hürden vor mir. Es wird nicht einfach, einen ökologischen Laufschuh zu entwickeln, der in faire Arbeits- und Handelsbedingungen eingebettet ist. Sportschuhe stellen ein komplexes Produkt dar: Es gibt die Markenfirmen, ihre Zulieferer, die wiederum die verwendeten Materialien von anderen beziehen. Die Forderung nach fairen Bedingungen müsste in diesem ganzen Sektor umgesetzt werden. Dafür ist eine hohe Transparenz nötig.

Ein weiteres Problem sind die für Sportschuhe verwendeten synthetischen Materialien. Es wird schwer, sie alle durch umweltschonende zu ersetzen. Andererseits denken SchuhentwicklerInnen intensiv darüber

Foto: Charlie Brewer (www.flickr.com)

nach, wie Laufschuhe gestaltet sein müssen, um ihren TrägerInnen entgegenzukommen. Würde ähnlich viel Kreativität dafür aufgebracht, ökologische Ansprüche zu berücksichtigen – warum sollte es dann keinen »grünen« Laufschuh geben?

Nehmen wir an, es wäre möglich. Wäre so ein Laufschuh nicht viel teurer? Das ist wahrscheinlich, aber nicht zwingend. Würde nicht jedes Jahr eine neue Kollektion auf den Markt geworfen, könnten Entwicklungskosten eingespart werden. Weniger Sponsoring, gerade im »Profibereich«, weniger Werbung, und schon könnten die höheren Ausgaben fairer Schuhherstellung aufgefangen werden.

Ich bin davon überzeugt, dass Sportschuhe anders hergestellt werden können. Nur bleibt das Problem, dass ich hier und jetzt keine Alternative herbeizaubern kann.

Ich finde dass Sportschuhe für den alltäglichen Gebrauch überflüssig sind. Dann lieber im Secondhand- oder Umsonstladen (11) nachschauen oder Straßenschuhe kaufen, die fair und ökologisch hergestellt wur-

Fortsetzung auf Seite 4

Anmerkungen:

1) Einen guten Einblick in die Arbeitsbedingungen der Sportschuhindustrie liefert der Bericht »New Balance goes to China«: www.nlcnet.org/admin/media/document/ReportPDF/NB_Goes_to_China.pdf
2) ebenda
3) PVC ist giftig und krebserregend.
4) Untersuchung von Ökotest von 2000 (ich habe keine aktuelleren Tests gefunden): www.oekotest.de/payment/oekotest/000/10411.html
5) Mehr zu diesem Projekt im Absatz »Ansätze einer anderen Schuhproduktion«
6) Angaben von Nike, veröffentlicht in einem Bericht von Oxfam, der sich mit Problemen der Textilindustrie beschäftigt: www.oxfam.de/download/Offside.pdf
7) Eine kritische Betrachtung der »codes of conduct«: www.bhakwien10.at/fairerhandel/pages/fairtrade_artikel3.htm
8) Mehr über den Recycling-Ansatz und die sozialen Prinzipien unter www.wornagain.co.uk/ethical veröffentlicht. Es handelt sich um Eigenbeschreibungen der HerstellerInnen, die kritische hinterfragt werden sollte.
9) Informationen zu Veja gibt es unter http://en.wikipedia.org/wiki/Veja_Sneakers
10) Solange die Profitlogik gilt, werden solche Ansätze eine Nische bilden. Für einen grundlegenden Wandel ist mehr nötig als bewusster Konsum.

BUCHPRÄMIEN FÜR NEUE ABOS !

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Buchprämien:

☐ Michael Seul
RelaXX
Treibgutgeschichten
br., 245 Seiten
Geschichten (nicht nur) für den Urlaub
www.unrast-verlag.de

☐ Edward Viesel
Freiheit statt Freibier
Geschichte und Praxis der freien digitalen Welt
- mit einer Einführung in Linux
br., 280 Seiten
www.unrast-verlag.de

Ich beziehe bereits CONTRASTE und habe untenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Bitte schickt mir die nebenstehend angekreuzte Prämie zu.

Meine Anschrift:

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Abonnement

Ich abonniere CONTRASTE für 1 Jahr zu untenstehenden Bedingungen gegen Rechnung. Jahresabo Inland 45 EUR / Ausland 51 EUR (incl. Versand) Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, 1. Unterschrift _____

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen widerrufen werden
Zu Kenntnis genommen:

Datum, 2. Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

OBDACHLOSENZEITUNG NÜRNBERG: JOURNALISMUS VON UNTEN

Ohne Mitleidsschiene

Auf seine Haikus, japanische Kurzgedichte, und auf seine Kurzgeschichten ist Carlo Schnabel wirklich stolz. Dabei war das Schreiben für den 58-jährigen gelernten Werkzeugmacher und Nachrichtengerätemechaniker immer ganz weit weg gewesen.

Von Herbert Mackert ● Nach einem Gefängnisaufenthalt verschlug es ihn vor vier Jahren von Nordrhein-Westfalen nach Nürnberg. Trotz Umschulungen zum Werkstoffprüfer und CNC-Programmierer fand er keine Arbeit mehr. Die Arbeitsagentur habe ihn abgeschrieben: »Die hätten am liebsten, dass ich mich verrenten lasse«, sagt er. »Abgeschoben zu werden, das ist ein Scheißgefühl.« Dagegen fühle er sich in der »Schreibwerkstatt« des Straßenkreuzers immer willkommen. »Das ist meine zweite Familie geworden«, sagt er und spielt auf seine Ehe an, die vor Jahren in die Brüche gegangen ist.

Ein Gewinn an Selbstwertgefühl

So wie rund 50 weitere in Not geratene Frauen und Männer verkauft Carlo Schnabel die Nürnberger Obdachlosen-Zeitung auch. Doch nicht alle schreiben selbst oder beteiligen sich an den Lesungen des Straßenkreuzers. »Früher war ich schüchtern«, sagt er, »und ich habe noch heute eine Gänsehaut, wenn ich meine Texte öffentlich vortrage.«

Neben einer Verdienstmöglichkeit bieten Straßenzeitungen ihren Mitarbeitern vor allem einen Gewinn an Selbstwertgefühl. »Viele haben es verlernt, sich selbst zu mögen«, sagt Chefredakteurin Ilse Weiß. »Aber hier betteln sie nicht um Almosen, sondern verkaufen ein gutes Produkt mit Stolz und Würde, auf gleicher Augenhöhe.«

Beim Verkauf der Zeitung haben sich Carlo Schnabel und Bertram Sachs, 50, zusammengetan. Konkurrenzgefühle um Standorte und »Bezirke«, wie sie bisweilen unter Straßenzeitungsverkäufern vorkommen, kennen die beiden nicht. Ihre Stamm-Kundschaft – die Theater-, Opern- und Kleinkunstbesucher – haben sie gemeinsam erobert. Am Nürnberger Burgtheater etwa gehören sie »schon fast zum Inventar.« Sachs ist stolz, dass sie hier »irgendwie dazugehören« und nach Vorstellungsbeginn, wenn noch Platz ist, die Aufführungen mitverfolgen dürfen. Sind Theaterbesucher sozialer eingestellt? »Ja, das glaube ich schon«, meint Sachs. Vor dem McDonald's etwa verkaufe man selten ein Heft. Eine Befragung der Leser des Straßenkreuzers, allerdings inzwischen zehn Jahre alt, bestätigt seinen Eindruck: Danach sind diese überdurchschnittlich gebildet und verfügen über ein gutes Einkommen.

Zwischen Freiburg und Flensburg haben sich inzwischen viele Obdachlosenzeitungen aufgrund ihrer Qualität einen Namen gemacht. Sie heißen »Draußen«, »Strohhalm«, »Trott!war«, »Donaustrudl«, »Asphalt«, »Bank Extra« oder schlicht »Bodo« und wurden meist in den späten achtziger oder neunziger Jahren gegründet. Viele von ihnen brauchen heute bei Layout und Druck keinen Vergleich mehr mit kommerziellen Stadtmagazinen zu scheuen. Inhaltlich bieten sie eine wohltuende Gegenöffentlichkeit zu manchen Belanglosigkeiten der sonst üblichen »Lifestyle«-Geschichten, »Szene-News«, »in-un-qdout«-Listen oder »Trendbarometer«. Dabei verstehen sich die sozialen Straßenzeitungen als Sprachrohr der Aus-der-Bahn-Geworfenen – ohne dabei mitleidheischend oder missionarisch zu sein. »Betroffenheitsgeschichten, die beim Leser vor allem ein schlechtes Gewissen auslösten, haben wir nicht mehr im Blatt«, erklärt Peter Meusch aus dem Vorstand des Trägervereins.

Der soziale Blickwinkel sei geblieben aber das Themenspektrum sei breiter geworden. So gibt es jetzt zum Beispiel die Rubrik »Kochen mit Jochen« mit Rezepten, die pro Mahlzeit weniger als zwei Euro kosten. Ein Konzept, das den Machern der Zeitung Recht gibt: Im vergangenen Jahr wurde das Heft mit dem »Sparda-Medienpreis« ausgezeichnet, zuvor mit dem Nürnberger Kulturpreis. Und weil es professionell gemacht wird und einem sozialen Zweck dient, arbeiten zahlreiche Fotografen und Journalisten ehrenamtlich für das Blatt.

Schicksale werden weiterverfolgt

Eine andere Institution im Straßenkreuzer ist die Serie »Wie geht's weiter?«, in der Geschichten weiterverfolgt, deren Protagonisten weiter begleitet werden. »Manche Dinge werden zu schnell beurteilt, sie brauchen Zeit, bis sie sich entwickeln«, betont Redakteurin Weiß. Wie die Geschichte des 19-jährigen Vietnamesen Nhat Hao Pham, der von Abschiebung bedroht war. Nicht zuletzt die Berichterstattung im Straßenkreuzer veranlasste den Stadtrechtsdirektor, sich für Nhat Hao Pham einzusetzen. Der Innenminister gab schließlich dem Antrag der Härtefall-Kommission statt. Für Hao kam die erlösende Botschaft kurz vor Weihnachten. Seine Aufenthaltsgenehmigung wurde verlängert, er durfte bleiben und sich endlich seinen größten Wunsch erfüllen: Koch zu werden. In der Küche eines Nürnberger Krankenhauses bekam er eine Lehrstelle.●

Aus: die gesellschafter.de, Nr. 11-2008

Der Nürnberger Straßenkreuzer

Rund 1.500 Menschen gelten in der fränkischen Halbmillionen-Stadt offiziell als wohnungslos, davon ein Drittel unter 18 Jahre alt. Der Nürnberger Straßenkreuzer wurde 1994 gegründet und erscheint inzwischen sechs Mal pro Jahr mit einer Auflage von 15.000 bis 27.000 Exemplaren. Getragen wird die Zeitung von einem Verein, dem ehrenamtlich Tätige, Sponsoren und Paten angehören. Mit deren Hilfe konnten im vergangenen Jahr vier der rund 50 Verkäufer sozialversicherungspflichtig angestellt werden – sie erhalten 500 Euro, haben Anspruch auf regulären Urlaub und sind damit nicht mehr vollständig auf Hartz IV-Leistungen angewiesen.

In Deutschland gibt es rund 30 regelmäßig erscheinende Obdachlosen-Zeitungen. Die meisten von ihnen hatten sich im Bundesverband sozialer Straßenzeitungen zusammengeschlossen, der sich aber im vergangenen Jahr auflöste. Der Straßenkreuzer strebt nun die Mitgliedschaft im Weltverband der Straßenzeitungen an, dem »International network of street papers«.

www.strassenkreuzer.info
www.street-papers.org

FEMINISTISCHE ZEITSCHRIFT EINGESTELLT

Den »beiträgen« ist die Bewegung abhanden gekommen

Die Zeitschrift »beiträge zur feministischen theorie und praxis« wurde am 7. März 2008, einen Tag vor dem Internationalen Frauentag, und ausgerechnet im Jahr der vielfältigen Aktivitäten zu »40 Jahre 1968« und zu dem ebenso alten »Tomatenwurf« der aufmüpfigen Frauen, der schließlich zur Gründung oder Entdeckung der Frauenbewegung geführt hatte, offiziell eingestellt. Bis zuletzt hatten sie sich selbst als die größte und älteste Zeitschrift der autonomen Frauenbewegung bezeichnet. 30 Jahre nach Erscheinen ihrer ersten Ausgabe sind sie klammheimlich von der Bildfläche verschwunden.

Von Gisela Notz, Berlin ● Entstanden waren die *beiträge* auf der Suche nach mehr theoretischer Klarheit in den Frauenbewegungen und aus der Erkenntnis heraus, dass Frauenzusammenschlüsse mehr erreichen können als einzelne Frauen in Universitäten und anderen Institutionen. Insgesamt sieben Hefte wurden zwischen 1978 und 1982 in einem Rotationsverfahren von verschiedenen Redaktionsgruppen im *Verlag Frauenoffensive* publiziert. 1983 bildete sich eine feste Redaktionsgruppe; herausgegeben wurden die *beiträge* nun durch den bundesweiten »Verein sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen« in Köln. Die *beiträge* wollten nicht nur feministische Forschung publizieren, sondern ein breites Diskussionsforum für die zahlreichen, im Zuge der Frauenbewegungen entstandenen Frauenprojekte schaffen.

Die insgesamt 69 bunten Hefte enthalten ein breites Spektrum an nationalen und internationalen feministischen Erkenntnissen und Diskussionen. Die Konzeption der Schwerpunkthefte wurde bis zuletzt beibehalten. Die Themen sind vielfältig, sie umfassen alles, was Frauen in besonderer Weise betrifft, aus einer feministischen Sicht: Krieg, Arbeit, Staat, Forschung, Geld,

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 3

den. Und nicht für jede sportliche Aktivität sind Schuhe oder spezielles Schuhwerk nötig.

Aber Menschen, die z.B. Sportarten mit hohem Laufpensum nachgehen, werden so nicht glücklich. Sie werden weiterhin Sportschuhe kaufen, die unter Umständen entstanden sind, die Menschen in Armut halten. Möglich ist, seltener zu konsumieren und genauer auszuwählen, nicht alle Firmen sind gleich. (12) Ein grundsätzlicher Verzicht aber erscheint mir nicht möglich (wenn man gesunde Beine wichtig findet). Ich glaube, dass wir vorerst mit dem Widerspruch leben müssen. Und ich denke, dass man sich nicht auf das Kaufen mit Schmollgesicht beschränken muss.

Es gibt viele Wege, um Öffentlichkeit dafür zu schaffen, welche Probleme mit Sportschuhen verbunden sind, und so auf eine Veränderung hinzuwirken: Plakate mit kritischen Informationen zur Schuhproduktion, die in von vielen LäuferInnen durchquerten Parks auftauchen; ein Referat für die Schule oder Universität; Aufkleber, die unauffällig auf Schuhkartons geklebt werden können; Barfusslaufen beim nächsten öffentlichen Lauf ...

Bonus Track

Barfuss zum Marathon – könnte ich dass nicht mal probieren? Jedes Sportschuhpaar, das ich kaufe, unterstützt Unternehmen, die ihre Beschäftigten ausbeuten. Könnte ich nicht auf Laufschuhe verzichten? Nicht einfach zu sagen.

Wer frei von Knie- oder anderen Beinbeschwerden ist, sollte es ausprobieren, auf weichen Untergründen barfuss zu laufen. Der Kontakt zum Boden fühlt sich intensiver an, die Achtsamkeit für meine Füße steigt. Wichtig ist dabei, vorher zu dehnen und ein gemütlichem Tempo anzuschlagen, weil Barfuss-Läufe die Beinmuskeln anders fordern. (13)

Wer viel auf asphaltierten Wegen unterwegs ist, braucht Schuhe, um den Aufprall zu dämpfen und sich vor Verletzungen (z.B. durch Scherben) zu schützen. Auch wer regelmäßig trainiert oder sich an der Belastungsgrenze bewegt, sollte aus gesundheitlichen Gründen nicht auf Schuhe verzichten.

Es ist möglich, für einzelne öffentliche Läufe auf Laufschuhe zu verzichten, sofern die eigenen Beine gesund sind. Nachfragen irritierter LäuferInnen können aufgegriffen werden, um zu erklären, was Sinn der Aktion ist, was in der Schuhproduktion schief läuft. In Weilheim (Oberbayern) fand im Mai 2006 sogar ein Lauf statt, der unter dem Motto »Barfuss – für eine faire Welt« stand. (14)

Und ich? Nächsten Samstag gehe ich wieder laufen. Vielleicht ohne Sportschuhe – mal sehen.●

Dieser Artikel erschien in einer gekürzten Version in »grünes blatt«, Frühjahr 2008.

Anmerkungen:

11) Umsonstläden sind Orte, in denen Gebrauchsgegenstände kostenlos abgegeben und mitgenommen werden, ohne dass Geld oder andere Tauschmittel verwendet werden.
12) Eine kritische Übersicht zu bekannten Sportschuhmarken: www.inkota.de/wm2006/profile.htm
13) Wer sich überlegt, häufiger barfuss zu laufen, sollte sich vorher informieren und bei Bedarf mit einer SportmedizinerIn abklären, was problematisch sein könnte.
14) Informationen und Bilder zum Lauf: www.laufmalwieder.de/index.php?Inhalt_Nav_ID=17&Kv_ID=84

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Für ein globales Recht auf Migration

15 Jahre Abschaffung des Grundrechts auf Asyl

Im Jahr 1993 wurde das Grundrecht auf Asyl geändert und die sogenannte Drittstaatenregelung und das Konzept der sicheren Herkunftsländer eingeführt. Damit wurde eine der zentralen Lehren aus dem deutschen Faschismus – das Grundrecht auf poltisches Asyl – abgeschafft. Die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in der Bundesrepublik wurde zum Grundpfeiler des heutigen EU-Grenzregimes. Die rigide EU-Abschottungspolitik, mit der Anfang der 90er Jahre auf die Öffnung des sogenannten »Eisernen Vorhangs« reagiert wurde, hat die Bundesrepublik federführend entwickelt und durchgesetzt. Gelangen Flüchtlinge dennoch ins deutsche Hoheitsgebiet, werden sie in entrechteter Position in Lagern und sogenannten Ausreisezentren festgehalten, erhalten keine Arbeitserlaubnis und können sich nicht frei bewegen. Viele von denen, die es nach Europa geschafft haben, leben ohne Papiere, ohne medizinische Grundversorgung, ohne ein Recht auf Bildung für sich und ihre Kinder und ohne Arbeitsschutz. Eine Abschiebung steht meistens am Ende der Odysee. Obwohl die EU für viele Menschen eine tödliche Festung ist und viele in Lagern vor den EU-Grenzen enden, wollen jährlich mehrere Tausend Menschen nach Europa. Migration ist nicht nur Flucht vor Zerstörung, Folter und Massakern, sondern zugleich ein Aufbruch, eine Abstimmung mit den Füßen gegen die globalen Verhältnisse und die Suche nach einem sicheren und besseren Leben.

Auch wenn die Kämpfe der MigrantInnen häufig unsichtbar bleiben, wie sie selbst, finden sie täglich statt: gegen Abschiebungen, Lagerunterbringung, gegen Residenzpflicht, gegen Sachleistungen, gegen rassistische Schikanen in den Behörden und im Alltag.

Gegen die Einschränkung der Grund- und Menschenrechte demonstrierten 1993 Hunderttausende Flüchtlinge, radikale Linke, Kirchen, GewerkschafterInnen, BürgerrechtlerInnen, MigrantInnenverbände und Einzelpersonen. Der 15.Jahrestag der Grundgesetzänderung ist Anlass genug, die Forderungen zu erneuern, dass alle Menschen die Möglichkeit haben müssen, vor Verfolgung und Armut zu fliehen und dort zu leben, wo sie möchten. Mit allen Rechten, die dazu gehören.

Eine bundesweite Demonstration für ein globales Recht auf Migration findet am 5.Juli 2008 in Berlin statt. Alle Informationen unter:
http://recht-auf-migration.de.vu●

Katja Grabert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72

EL SALVADOR:

Prothesen aus dem Sozialfonds

**Auf dem Weg in die Autonomie: In El Salvador arbeiten kriegsbehinderte Techniker erfolgreich in einem selbstverwalteten Betrieb.
Den nachfolgenden Bericht haben wir dem Rundschreiben 1/2008 von »medico international« entnommen.**

Von Katja Maurer/medico international ● Wer durch San Salvador fährt, der wähnt sich mitten in Boomtown. Die mehrspurigen Straßen sind voll gestopft mit den neusten Fahrzeug-Modellen. Schick gekleidete Damen tragen in der Mittagspause Coffee to go spazieren. Am späten Nachmittag treffen sich deren männliche Kollegen in der Sauna des Hotels Alameda und genießen bei Bier und ununterbrochenen Live-Übertragungen der US-amerikanischen Fußball-Liga das Gefühl des Mittendrin-Seins. El Salvador trägt für den Außenstehenden eine Fassade der geordneten Emsigkeit, die die tiefen Brüche und Spaltungen dieses Landes bis zur Unkenntlichkeit verdeckt. An der Gedenkstätte für die Toten des Bürgerkrieges allerdings erhält die Fassade gefährliche Risse. Auf mehrere hundert Meter Länge zieht sich das Memorial, auf dem die Namen der während des salvadorianischen Bürgerkrieges (1979 bis 1991) von der Polizei, den Regierungstruppen und den Todesschwadronen ermordeten und verschleppten Salvadorianer eingraviert sind. 75.000 Namen stehen auf dem Denkmal – nach Jahren und alphabetisch geordnet. Der Feierabend-Verkehr tost vorbei. Hier aber herrscht Totenstille.

Leonides Argueta war ein Kämpfer in diesem Krieg. Er hat überlebt – aber wie? Durch eine Minenexplosion ist er so schwer verletzt worden, dass er heute im Rollstuhl sitzt. Argueta ist ein ruhiger besonnener Mann, der wenig lacht. Er stammt aus einer Bauernfamilie. Als Guerillero kann man ihn sich nicht vorstellen. »Ich hatte damals die Wahl zwischen der Nationalgarde und der Guerilla. So oder so ging's ums Sterben. Da war es doch besser für die Freiheit ums Leben zu kommen.«

Heute ist Argueta der Direktor der salvadorianischen Prothesen-Werkstatt »PODES«. PODES steht eigentlich für den »Förderverein zur Organisation der Versehrten in El Salvador«. Doch der Titel hat sich längst verselbstständigt. PODES bedeutet auf Spanisch soviel wie »du kannst« – ein symbolischer Name für eine Organisation wie diese. Denn hier arbeiten nur kriegsversehrte Guerillakämpfer wie Argueta. Alle Bauernkinder aus den damaligen Kriegszonen El Salvadors, die meisten verletzt durch Minen. Das vertrackte Schicksal hat ihnen ein paradoxes Leben beschert. Sie sind kriegsverwundet und traumatisiert durch die langen Jahre des Kampfes, an dessen Ende die Guerilla benachteiligt und die Verbrechen, die zu 85 Prozent von den Regierungstruppen begangen wurden, mehrfach generalamnestiert wurden. Nichtsdestotrotz sind sie heute für salvadorianische Verhältnisse gemachte Leute. Behindertengerechte Kleinwagen im Hof sind ein Zeichen von Prosperität der Beschäftigten. 8 behinderte Prothesentechniker und 5 Verwaltungsfachleute produzieren Prothesen, Orthesen und Komponenten auf internationalem Niveau.

Für medico ist PODES eine exemplarische Projekt-Erfolgsgeschichte, die gemeinsam mit den Ex-Guerilleros vor 14 Jahren begonnen wurde. Das sah allerdings lange ganz anders aus. Nachdem ausländische Geber ihr Geld einige Jahre nach Kriegsschluss aus El Salvador abzogen, stand PODES fast vor dem Aus. Ein aufgeblähter Verwaltungsapparat und die Angst demotivierter Mitarbeiter vor dem Schritt in die Selbstständigkeit bedrohten die Existenz des selbstverwalteten Unternehmens.

Leonides Argueta denkt heute mit einem Schmunzeln an die nervtötenden Sitzungen mit dem damaligen *medico*-Projektkoordinator Walter Schütz zurück. Nach tagelangen Debatten verständigte man sich schließlich darauf, die *medico*-Projektunterstützung zu verändern: Ab sofort zahlte *medico* nur noch in einen eigens eingerichteten Sozialfonds ein und leistete keine direkte Finanzhilfe mehr an PODES. Aus dem Sozialfonds können sich bis heute mittellose Patienten eine Prothese finanzieren lassen. Sie werden so in den Stand autonomer Patienten versetzt, die entsprechende Qualitätsforderungen an PODES richten können. Diese Umstellung hatte weitreichende Folgen. PODES ist wieder ausgerichtet am Wohlergehen der Patienten, was auch die Bedeutung der Kollegen erhöhte, die direkt mit den Patienten arbeiten. Heute gewinnt PODES Ausschreibungen der Sozialversicherung für die Anfertigung von Prothesen etwa bei Betriebs- oder Autounfällen. Damit ist eine neue Einkommensquelle gesichert.

»Wir sind aus den Schulden raus«, erzählt Leonidas Argueta. »Nun wollen wir positive Abschlüsse erreichen.« Der Gewinn wird aber nicht wie in einer privaten Werkstatt an die Besitzer ausgeschüttet. Ein ehrenamtlicher Vereinsvorstand wacht über dessen Verwendung. Raul Mijango, ein bekannter ehemaliger Guerilla-Kommandant, ist ein Vorstandsvorsitzender von PODES, der klare Prioritäten hat. Erst, sagt Mijango, müsse die Ausrüstung erneuert werden, dann werde aber auch PODES einen Teil seiner Gewinne in den Sozialfonds abführen.

Für Mijango ist der Sozialfonds eine wegweisende Idee, die er für die Versorgung aller Behinderten durchsetzen möchte. »Der Staat«, so Mijango, »interessiert sich hier überhaupt nicht für die Belange der Behinderten.« Die seien gerade noch gut, um einmal im Jahr als Objekte der Wohltätigkeit in einer Spendengala des Fernsehens bedacht zu werden. Mit der Idee des Sozialfonds will Mijango der Forderung nach einer öffentlichen Gesundheitsstruktur wieder Nachdruck verleihen. So bekommt die Arbeit von PODES auch eine politische Dimension.●

Das zum 40jährigen Jubiläum von medico international als Sonderheft herausgegebene Rundschreiben 01/2008 »1968 > 2008 >> Hilfe im Handgemenge« kann unter www.medico.de kostenlos angefordert werden. Sehr empfehlenswert!

Projektstichwort

medico international unterstützt den Sozialfonds von PODES jährlich mit etwa 20.000 Dollar. Davon können etwa 50 Behinderte ihre Prothesen kaufen oder erneuern. Hilfe zur Selbsthilfe und ein Beispiel solidarischer Versicherung. Sie können es unterstützen unter dem Stichwort: El Salvador, Spendenkonto: Nr. 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

BRASILIEN

Mord für Gentechnik

Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, veranstalteten wir von Longo mai in Österreich, gemeinsam mit Attac und Via Campesina Austria, eine Protestaktion vor dem Wiener Büro des Schweizer Agrochemiekonzerns Syngenta.

Folgendes Ereignis hatte uns dazu bewogen: Am 21. Oktober vergangenen Jahres überfielen von Syngenta (siehe Kasten) bezahlte Milizen ein Zeltlager der Landlosenbewegung MST im brasilianischen Bundesstaat Parana. Aus nächster Nähe exekutierten sie mit zwei Schüssen in die Brust den 34-jährigen Kleinbauern und MST-Aktivisten Valmir Mota de Oliveira, Vater von drei Kindern. Durch Schüsse und Schläge verletzten sie mehrere Personen schwer. Zwei weitere MST-Mitglieder, Celso Barbosa und Celia Lourenço, wurden von den Mördern verfolgt, konnten sich jedoch retten. Dazu MST: *»Valmir Mota hat wie viele hundert andere Aktivisten die Umweltverbrechen Syngentas weltweit bekannt gemacht. Das konnte der Konzern nicht auf sich sitzen lassen.«*

Die MST ist Mitglied der globalen Bewegung Via Campesina, in der Kleinbauern und -bäuerinnen, Landlose, Landarbeiter und Indigene für das Recht auf Ernährungssouveränität eintreten. MST mit weit mehr als einer Million Mitgliedern kämpft seit über zwanzig Jahren für eine gerechte und soziale Agrarreform. In Brasilien ist das Land extrem ungleich verteilt: Nur 1% der Grundeigentümer besitzen 43% der landwirtschaftlichen Böden, die noch dazu häufig brach liegen. Etwa 300.000 landlose Familien haben durch Landbesetzungen des MST bisher Land erhalten. Bei den Besetzungen wurden mehr als 1.000 Menschen von Pistoleros und der Militärpolizei ermordet.

Schon im März 2006 hatte Via Campesina Brasilien und MST das 120 ha große Gentechnik-Versuchsfeld von Syngenta in Santa Teresa do Oeste besetzt und darauf hingewiesen, dass dieses illegal sei. Es befindet sich in der Pufferzone des Iguaçu-Nationalparks mit den gleichnamigen berühmten Wasserfällen. Nach brasilianischem Recht darf innerhalb einer Entfernung von 10 km um Naturschutzgebiete keine Gentechnik ausgesät werden. Dank der Hartnäckigkeit der Besetzer verurteilte die Umweltbehörde IBAMA Syngenta zu einer Geldstrafe von umgerechnet 360.000 Euro. Der Konzern konnte sich der Strafe entziehen, weil die Regierung Lula das Gesetz änderte und die Pufferzone auf 500 Meter verringerte.

Eine Privatmiliz für die Dreckarbeit

Mit der Besetzung der Gentechnikfelder will die MST darauf aufmerksam machen, mit welcher Frechheit das multinationale Agrobusiness in Brasilien agiert und sogar einzigartige Naturschönheiten wie den Nationalpark Iguaçu mit Gentechnik und Agrochemikalien verseucht. Die Syngenta-Versuchsfelder grenzen noch dazu an die schon länger bestehende MST-Siedlung »Olga Benario« und kontaminieren die dort angebauten traditionellen Maissorten.

Gleich zu Beginn der Besetzung hat MST vorgeschlagen, die Syngenta-Felder in ein Forschungszentrum für ökologischen Landbau und bäuerliches Saatgut umzuwandeln, mit Landsorten, die für alle kostenlos zur Verfügung stehen. Der Gouverneur des Bundesstaates Parana, Roberto Requiao, unterstützt diese Idee. Per Dekret ließ er die Syngenta-Felder enteignen und ordnete die Schaffung eines solchen Zentrums an. Die unter dem Einfluss der Großgrundbesitzer stehende Bundesjustiz hat das Dekret jedoch aufgehoben.

Als die 70 Bauernfamilien, die sich auf dem Gelände bäuerlich eingerichtet hatten, einen Räumungsbescheid von der Justiz und immer wieder Morddrohungen von den Privatmilizen Syngentas erhielten, verließen sie im Juli 2007 die Versuchsfelder. Sie ließen sich in der benachbarten Siedlung »Olga Benario« nieder. Dort tauchten am 20. Juli die schwerbewaffneten Syngenta-Milizen auf, stießen Morddrohungen aus und entluden ihre Waffen schließlich auf eine MST-Fahne. Diese Vorgänge wurden angezeigt und von der Polizei protokolliert.

Am 21. Oktober kehrten die Besetzer auf das Syngenta-Gelände zurück – selbstverständlich unbewaffnet – um eine friedliche Lösung des Konflikts im Sinne der Landlosen herbeizuführen. Daraufhin griffen die Wachleute der bei Syngenta unter Vertrag stehenden Sicherheitsfirma NF auf oben beschriebene Weise an.

Syngenta gibt zwar zu, NF-Milizen unter Vertrag genommen zu haben, das Tragen von Waffen sei ihnen jedoch nicht erlaubt. Dazu die Menschenrechtsorganisation Terra de Direitos: *»Die NF-Milizen wurden wegen illegalem Waffenbesitz angezeigt und die Eigentümerin der Firma verhaftet. Syngenta wusste von all dem, hat den Vertrag mit NF aber nicht gekündigt, sondern offensichtlich den mörderischen Überfall angeordnet.«*

Gemeinsamer Protest

MST, Via Campesina, Terra de Direitos sowie zahlreiche Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen in

Fortsetzung auf Seite 6

SYNGENTA

Syngenta mit Sitz in Basel ist der weltgrößte Pestizidhersteller und steht in der Sparte kommerzielles Saatgut an dritter Stelle. Der Konzern beschäftigt 19.000 Mitarbeiter in über 90 Ländern, ist sehr aktiv auf dem Gebiet der Gentechnik und entschlüsselte 2001 das Genom des Reises. Ein Patent auf das Erblühen des Reises wurde ihm jedoch nicht bewilligt. Das hochgiftige Syngenta-Herbizid Paraquat ist in Europa nicht mehr zugelassen. Aufgrund der Anwendung dieses Herbizids in Ländern des Südens gibt es jährlich Tausende Vergiftungs- und Todesfälle bei Landarbeitern.

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Therapie, Politik, Familie, Fremdenhass, Fundamentalismen, Alter, Gewalt, Utopie, Globalisierung, Lebensweisen, Kultur, Medien – um nur einige aufzuzählen. Die *beiträge* griffen nicht nur aktuelle Themen auf, sondern initiierten auch Debatten. Im Laufe der Jahre haben sie sich *beiträge* zu einem anerkannten Forum und Arbeitsmittel entwickelt, das sowohl in den Frauenbewegungen als auch in der politischen Bildungsarbeit, in gewerkschaftlichen, kirchlichen und anderen Zusammenhängen sowie an Universitäten vielfältig genutzt wurde. Universitäts- und Fachhochschulprofessorinnen sowie engagierte Frauen aus dem parlamentarischen und vorparlamentarischen Raum, z.B. Frauenbeauftragte, Politikerinnen und Gewerkschafterinnen gehörten zu den Leserinnen und Autorinnen. Männer abonnierten die *beiträge* oder lasen sie regelmäßig. Große Kongresse und Tagungen, öffentliche Veranstaltungen und Vortragsabende gehen auf die Initiative der *beiträge* zurück. Zu nennen sind etwa die Kongresse »Zukunft der Frauenarbeit«, »Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien«, »Frauen gegen Rassismus« u. a.

Zum FrauenStreikTag am 8. März 1994 übernahmen die *beiträge* eine der beiden bundesweiten Koordinierunsstellen und stellten Kontakte zu isländischen und schweizerischen Frauen her, die einige Jahre vorher bereits gestreikt hatten. Aus dem durch den Streik-Tag erhofften Neuanfang innerhalb der Frauenbewegungen ist leider nichts geworden.

Die Zeitschrift war ein wichtiges Medium zur Vernetzung von Frauenprojekten und -zusammenschlüssen und ein politisches und theoretisches Diskussionsforum der autonomen Frauenbewegung, soweit diese noch existiert. Sie versuchte feministische Theorien an ihrer Praxisfähigkeit zu messen. Während ihrer Blütezeit war sie fester Bestandteil einer feministischen Gegenöffentlichkeit. Oft saßen die *beiträge* zwischen den Stühlen: Den Wissenschaftlerinnen waren sie zu politisch, den Praktikerinnen zu abgehoben und theoretisch.

»Wie der Frauenbewegung die Bewegung abhanden kam, so verloren die *beiträge* mit der Ausdifferenzierung der Gender Studies allmählich die diskutierlustige Klientel,« schrieb die *taz* (die Tageszeitung) in ihrer Ausgabe vom 22.2.08. Der Verlag könne sich nicht mehr tragen, heißt es in einem Schreiben an die AbonnentInnen: »Die hohen Produktionskosten stehen nicht mehr im Verhältnis zu den Einnahmen.« Die Auflage der Zeitschrift ist von 3.000 Exemplaren vor 10 Jahren auf 600 gesunken. Zudem sei es für das ehrenamtlich arbeitende Redaktionsteam »immer schwieriger geworden, Autorinnen zu gewinnen«. Schließlich mussten sie, ebenso wie die Redakteurinnen, Gratisarbeit für das politische Projekt leisten, was angesichts der oft unsicheren Beschäftigungsverhältnisse der Schreiberinnen nicht immer leicht, oft unmöglich war. Vom ursprünglichen Kollektiv von 1983 war zuletzt nur noch eine Frau übrig. Trennungen, auch aufgrund inhaltlicher Kontroversen, waren oft schmerzlich.

Eine der Mitbegründerinnen, Brunhilde Sauer-Burghard, sagte der *taz*: »Jeder Zweig der Genderforschung hat nun seine eigene Zeitschrift«. Auf redaktionellen Nachwuchs hofft auch Brunhilde Sauer-Burghard nicht: »Die jungen Frauen sind blind für strukturelle Diskriminierungen«. Sie sieht das Projekt *beiträge* an einem natürlichen Ende: »Die zweite Frauenbewegung ist vorbei. Die dritte müssen andere machen. Und die werden dafür sicher andere Formen finden.«

Heute scheinen alle Theorien in einen gesellschaftlichen Konsens integrierbar. Gerade in Zeiten des sozialpolitischen Kahlschlags und der Ausdifferenzierung der Gender Studies bis zur Beliebigkeit wären die *beiträge* geeignet, den Vereinzelungstendenzen entgegenzuwirken und ein Forum für die Entwicklung politischer Handlungsstrategien zu bieten. Leider wurde ihr Wirkungskreis in den letzten Jahren stark eingegrenzt, weil sie immer unsichtbarer wurden. Das früher täglich besetzte Büro war zuletzt oft nicht zu erreichen. Das verzögerte die Beantwortung von Anfragen und verärgerte Abonnentinnen und potentielle Käuferinnen. Auf den Büchertischen bei Tagungen und Kongressen waren die bis zuletzt qualitativ hochwertigen *beiträge* kaum noch zu finden, das beeinträchtigte die Rezeption der Artikel. Sie hinterlassen nun eine Lücke im ausgedünnten feministischen Blätterwald.●

Aus: SoZ, 5.2008

Gisela Notz, 1985-1997 Redakteurin der Zeitschrift »beiträge zur feministischen theorie und praxis«.

REZENSION

1968: Jugendrevolte und globaler Protest

Für das Jahr 1968, so zitiert Norbert Frei den amerikanischen Autoren George Katsiaficas, können »Studentenproteste« für 56 Länder nachgewiesen werden, darunter 22 in Europa. Frei, seit 2005 Professor für Zeitgeschichte in Jena, gilt als einer der profilierten linksliberalen deutschsprachigen Historiker und ist bislang vor allem für seine Publikationen zum Nationalsozialismus und dessen Wirkungen auf die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft bekannt.

Foto: Archiv

Mit seinem neuen Buch zum Jubiläumsthema »1968« hat er einen preiswerten, ausgewogenen und im positiven Sinne soliden Überblicksband vorgelegt, der sich vor allem an ein populärwissenschaftliches Publikum richtet.

Frei gliedert sein Werk nach einer Reportage zum Mai 68 in Frankreich in fünf Kapitel: Im ersten stellt er ausführlich die Vorgeschichte von »1968« und das Ereignis selbst in den USA dar. Im zweiten erzählt er unter der Überschrift »Ein deutscher Sonderweg?« die Geschichte von »1968« in Westdeutschland, im dritten dann am Beispiel von Japan, Italien, den Niederlanden und Japan und in weiteren Ländern des globalen Nordens. Das vierte ist etwas kurz und widmet sich den Ereignissen in der Tschechoslowakei, der DDR und Polen. Im letzten Kapitel fragt er nach den Folgen und Auswirkungen. Ein gegliedertes Literaturverzeichnis und ein Personenindex schließen den Band ab. Bei den Passagen zu den USA fällt auf, wie stark die AktivistInnen damals auch davon motiviert sind, dass sie am Unterschied zwischen dem Selbstbild der USA einerseits und ihrem Rassismus nach innen und ihrem Imperialismus nach außen andererseits, nahezu verzweifeln. Frei erzählt die Geschichte vor allem rund um den amerikanischen SDS (und seine Vorläufer) und die dort prominenten Akteure. Im Dezember 1969 schließlich löst sich der SDS auf.

Nahezu unbekannt dürfte sein, dass es auch in Japan ein »1968« gegeben hat, während es in Großbritannien eine starke und traditionsreiche »new left« und eine ebenso ausgeprägte Gegenkultur gab, die freilich wie in anderen Ländern auch, kommerzialisiert war. In der Tschechoslowakei kommen die Reformimpulse anfänglich aus der Partei – und werden schnell niedergeschlagen, in Polen werden zur Zurückdrängung des Protestes munter antisemitische Klischees verwendet.

Das umfangreichste Kapitel behandelt die Bundesrepublik. Hier sei die Bedeutung des Nationalsozialismus und seiner Folgen ein Alleinstellungsmerkmal, denn schon Anfang der 1960er Jahre ist die intergenerationelle Auseinandersetzung ein Thema an Schulen und auch in der Öffentlichkeit; der undogmatische Marxismus überwintert in den Poren der verstaatlichten Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur. Bis zur Mitte der 1960er Jahre war nicht etwa Berlin, sondern Frankfurt/Main das intellektuelle Zentrum der Linken. Durch und mit dem SDS verlagerte sich das Geschehen nun immer mehr nach Berlin, das auch mehr in der Aufmerksamkeit der Medien steht.

Wird heute immer mehr dazu übergegangen, »1968« in ein langes Jahrzehnt des Protestes *und* der Modernisierung einzuordnen, so war, dies wird bei der Lektüre deutlich, das Jahr 1967 ein unheimlich »kurzes«, da intensives, mit Versammlungen, Demonstrationen und Kongressen vollgestopftes Jahr. Im Mai 1968 werden dann in Bonn die Notstandsgesetze verabschiedet, und der Zenit der Bewegung ist überschritten. Im Frühjahr 1970 löst sich der SDS, bzw. was noch von ihm übrig war, auf, und es begann das, was andere AutorInnen »Entmischung« nennen: Die »Studentenbewegung« genannte Sozialrevolte transformiert sich in einen, von JungsozialistInnen bis zum bewaffneten Kampf reichenden, im engeren Sinne politischen Kern. Dieser ist Bestandteil eines sehr weitreichenden kulturindustriellen Bassins, das wiederum durchsetzt ist mit akademischen und künstlerischen Subkulturen.

Im Abschlusskapitel positioniert sich Frei gegen die Thesen von Götz Aly und auch die von Wolfgang Kraushaar, er weist darauf hin, dass »1968« gerade im globalem Maßstab auch Ungleichzeitigkeiten hatte und dass wir es hier mit einer Vielzahl von Motiven zu tun haben und nicht zuletzt damit, dass es sich bei »1968« um eine Erfindung handelt: Die Chiffre »1968« ist *auch* das »Ergebnis von Interpretation und Imagination«. Das Buch trägt seinen Untertitel »Globaler Protest und Jugendrevolte« zurecht, denn Frei konzentriert sich auf StudentInnen/Jugendliche (wobei man wissen sollte, dass es 1968 nur 300.000 StudentInnen gibt) als Akteure; und er gibt einen Einblick in das Phänomen von »1968« als globalem Ereignis. Es hilft dabei, den von Frei selbst konstatierten Umstand, »1968« sei »überkommentiert und untererforscht« etwas weiter abzubauen. Die »große analytische Erzählung des »unwahrscheinlichen Jahres« in der Bundesrepublik«, deren Fehlen Frei ebenfalls kritisiert, steht weiterhin noch aus. Man darf gespannt sein, wer sie sich zu schreiben wagt.●

Bernd Hüttner

Norbert Frei: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest; dtv München 2008, 286 Seiten, 15 EUR

FONDS DARSTELLENDE KÜNSTE

Das Kuratorium des Fonds Darstellende Künste fördert 56 Einzelprojekte Freier Gruppen aller Sparten der darstellenden Künste mit 387.550 Euro und vergibt erstmalig eine dreijährige Konzeptionsförderung mit insgesamt 212.500 Euro für drei Spitzenensembles des Freien Theaters und Tanzes.

Der Fonds Darstellende Künste, der seine Zuwendungen in Höhe von 1.000.000 Euro von der Kulturstiftung des Bundes erhält, vergab in seiner ersten Kuratoriumssitzung 2008 insgesamt 600.050 Euro zur Förderung von 56 herausragenden Einzelprojekten und drei Konzeptionsförderungen aller Sparten der darstellenden Künste, die sich durch ihre besondere Qualität auszeichnen, von gesamtstaatlicher Bedeutung sind und zur künstlerischen Weiterentwicklung der darstellenden Künste beitragen.

Zur Bewertung und Entscheidung lagen dem mit 14 Fachleuten besetzten Kuratorium insgesamt 299 Einzelprojektanträge und 36 Konzeptionsförderungen mit einem Antragsvolumen von 5 Millionen Euro vor.

Mit der Konzeptionsförderung, dem neuen Förderinstrumentarium des Fonds Darstellende Künste, sollen professionelle Spitzenensembles der freien Szene bessere Rahmenbedingungen und Planungssicherheiten für ihre künstlerische und strukturelle Profilierung erhalten. Voraussetzung für die Förderung durch den Fonds sind Drittfinanzierungen durch die Kommunen und die Länder. Der Fonds möchte mit der Vergabe von Konzeptionsförderungen Kommunen und Länder anregen, dieses Förderinstrumentarium ebenfalls einzuführen, um die wichtige künstlerische Arbeit freier Tanz- und Theaterschaffender zu stärken.

Nächster Abgabeschluss für Einzelprojektförderungen ist der **1. August 2008.**●

Weitere Informationen auf der Website:
www.fonds-daku.de

Fonds Darstellende Künste, Weberstraße 59a
53113 Bonn
Tel. (02 28) 280 48-57/-58, Fax 280 48-59

Anzeige

FORTSETZUNG VON SEITE 5

Brasilien und weltweit verurteilen das Vorgehen Syngentas aufs Schärfste. Wir schliessen uns an und fordern, dass der Gentech-Konzern für den Mord zur Verantwortung gezogen wird, dass er für die Umweltschäden und sozialen Folgen bezahlt, die Versuchsfelder zurückgibt und das Land verlässt. Wir rufen dazu auf, sich mit diesen Forderungen zu solidarisieren und am 17. April, dem Tag des bäuerlichen Widerstandes (**1**), mit Aktionen gegen das Vorgehen Syngentas zu protestieren.●

Heike Schiebeck, Longo maï,
Via Campesina Austria

Aus: Nachrichten aus Longo maï, März 2008

1) Am 17. April 1996 wurden in Eldorado do Carajas im Norden Brasiliens bei einem Massaker an Landlosen 19 MST-Mitglieder ermordet. Via Campesina erklärte dieses Datum zum Aktionstag des bäuerlichen Widerstands. Jährlich finden weltweit Aktionen für den Zugang und das Recht auf Saatgut, Land und Wasser und gegen alle Formen der Unterdrückung ländlicher Bevölkerung statt.

BERICHT AUS DEM ESO-BEREICH:

Antidemokratische, mit den Menschenrechten nicht vereinbare Trends und Strömungen. Eine kurze Zusammenfassung.

Von Roman Schweidlenka ● Antidemokratische, rechtsextreme und rassistische Einstellungen finden sich immer wieder im Bereich der neuen religiösen Bewegungen. Diese Einstellungen stehen in unterschiedlicher Intensität in Kontrast zu den Menschenrechten. Dabei handelt es sich um ein internationales Phänomen, um einen internationalen religiösen und esoterischen Markt. Die Infiltration mit antidemokratischen, mit den Menschenrechten nicht vereinbaren Inhalten erfolgt in diesem Bereich relativ unspektakulär. Sie geht von Mensch zu Mensch, wird in Kaffeehausgesprächen, in Seminaren und Vorträgen subtil mitgeliefert und scheut das Licht einer kritischen, aufgeklärten Öffentlichkeit. Die diesbezüglichen Trends werden nur durch die Analyse der entsprechenden Literatur, durch Beratungsgespräche, Diskussionen mit Menschen der Szene und durch Mitteilungen (entsetzter) BürgerInnen, deutlich.

Für die Betroffenen sind dabei rechtsextreme, antidemokratische Inhalte im Gegensatz zu einer vordergründig politischen Agitation als solche meist nicht erkennbar, handelt es sich doch dabei angeblich um »göttliches Wissen«, die »Durchsagen von Engeln« oder »Außerirdischen« oder die »Weisheiten« so genannter »MeisterInnen«. Antidemokratische, gegen die Menschenrechte gerichtete Inhalte verbreiten sich in den religiösen und esoterischen Subkulturen und den okkult mit geprägten Jugendkulturen umfassender und schwerer greifbar als in den vordergründig politischen rechtsextremen und Neonazi-Gruppen, die ihrerseits wieder deutlich sektoide Merkmale aufweisen. Es sei darauf verwiesen, dass der massivste antisemitische, rechtsextreme Ideologieschub nach 1945 unsere Gesellschaft nicht durch Neonazipropaganda, sondern durch den Esoteriker Jan van Helsing und seine NachbeterInnen – Helsing ist heute immer noch massiv im Geschäft – erfasste.

Folgende Strömungen verbreiten immer wieder antidemokratisches, mit den Menschenrechten nicht vereinbares Gedankengut:

● Etliche so genannte Sekten;
● Eine Teilströmung der Esoterik – esoterisch-ökologisch ausgerichtete alternative Randgruppen;
● der religiöse Fundamentalismus christlicher, islamistischer und in geringerem Umfang buddhistischer und hinduistischer Prägung;
die Ränder einiger Jugendkulturen, wie z.B. im Metalbereich oder bei den Gothics, massiv aber beim Black Metal und dem NSBM (Nationalsozialistisches Black Metal);
● der mainstream des (Jugend)Satanismus.●

Dr. Roman Schweidlenka ist Leiter des LOGO ESO INFO in Österreich

Anzeige

VERBRAUCHERBETEILIGUNG

Energiegenossenschaften

Perspektiven einer bürgernahen, demokratischen Energieversorgung

Ob Energieverbrauch, Kleidung oder Lebensmittel: Was wir kaufen, wie wir produzieren lassen, hat direkten Einfluss auf unsere Umwelt. Derzeit ist dieser Einfluss kein guter: Jeder Europäer verbraucht mehr als doppelt so viele natürliche Ressourcen wie ihm eigentlich zustünden. Nachfolgende Generationen und Menschen in anderen Teilen der Welt werden so der Möglichkeit beraubt, ihren Lebensstil selbst zu wählen. Die Alternative heißt nachhaltiger Konsum. Mit Verzicht hat das nichts zu tun – mit einem Mehr an Lebensqualität, sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz eine Menge. Energiegenossenschaften übernehmen hier vielfach eine Pionierrolle.

Herbert Klemisch und Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Nachhaltiger Konsum zeichnet sich durch die Nutzung von Waren und Dienstleistungen aus, die grundlegende menschliche Bedürfnisse befriedigen und zugleich für ein Mehr an Lebensqualität stehen. Nachhaltiger Konsum minimiert den Verbrauch natürlicher Ressourcen, verringert den Einsatz giftiger Stoffe und die Emission von Schadstoffen und sichert die Bedürfnisbefriedigung künftiger Generationen. Nachhaltiger Konsum macht ernst mit fairen Bedingungen in Handel und Produktion, sichert die Wohlfahrt aller und ist sozial gerecht. Für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt bedeutet nachhaltiger Konsum somit Zukunftsorientierung und die Gleichrangigkeit der drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales.

Nachhaltiger Konsum

Bei der Umsetzung nachhaltiger Lebens- und Konsumstile wird dem einzelnen Verbraucher ein hoher Stellenwert beigemessen. Während in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in erster Linie Unternehmen für die wachsende Umweltzerstörung und soziale Ungleichheiten verantwortlich gemacht wurden, hat sich diese Perspektive in den letzten zwanzig Jahren verschoben. Wirtschaft und Politik werden durch Nachfrage der Konsumenten und die Interessen der Bürger gesteuert. Fragt der Verbraucher sozial und ökologisch produzierte Waren und Dienstleistungen nach, wird die Wirtschaft diese Nachfrage befriedigen – so wie heute die Nachfrage nach billigen Lebensmitteln oder preiswerten Kleidungsstücken befriedigt wird.

Ein bisher für den Kunden weitgehend unbearbeitetes und damit wenig transparentes Feld ist das der Energieversorgung. Woher beziehe ich meinen Strom, wie sieht der Energiemix aus? Welchen Anteil haben Erneuerbare Energien an meiner eigenen Stromversorgung. Hier tappt der Verbraucher vielfach im Dunkeln und ist auf die spärlichen und wenig nutzerfreundlichen Auskünfte der großen Energieversorger angewiesen. Dabei ist die Akzeptanzsteigerung für Erneuerbare Energien für die Bundesrepublik bedeutsam, um die Ziele der Klimaschutzpolitik zu erreichen. Dies lässt sich nur durch die Beteiligung aller relevanten Akteure und die Entwicklung zielgruppenspezifischer Kommunikation erreichen. Aus der Partizipationsforschung ist bekannt, dass die Beteiligung an Entscheidungen deren Akzeptanz erheblich erhöht. Ziel ist, dass die Kunden über eine aktivere Rolle eine nachhaltige Energiewirtschaft mitgestalten. Diese Möglichkeiten können gezielt zur Erschließung der Potenziale der Erneuerbaren Energien sowie der Energieeffizienz genutzt werden.

Klimaschutz durch Beteiligung

Die Ausweitung von Innovationen auf die gesamte Wertschöpfungskette und die Einbeziehung nicht nur von Unternehmen, sondern auch der Konsumenten, eröffnet Optionen für nachhaltiges Produzieren und Konsumieren. Dies gilt gerade für den Bereich der Energieerzeugung und –versorgung. Bei der Weiterentwicklung der Energiewirtschaft kommt es darauf an, möglichst alle erforderlichen Akteure – vom Produzenten über den Energiehändler bis zum Konsumenten – metaphorisch gesprochen an einen Tisch zu bringen, um nach sozialen und ökologischen Optimierungen der Energieversorgung zu suchen. Ein Anforderungsprofil im Sinne eines idealtypischen Vorgehens für andere Bereiche nachhaltigen Konsums liegt als Konzept vor, dessen Übertragbarkeit auf den Energiesektor plausibel erscheint.

Nur eine tief greifende Neuorientierung kann die asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen Herstellern und Konsumenten reduzieren. »Technologisches Empowerment« wird in der Nachhaltigkeitsdebatte als Strategie zur nachhaltigen Gestaltung von Produkten und Stoffen gesehen. Die Beteiligung von Konsumenten an der Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen im Allgemeinen und im Bereich der Energiewirtschaft im Besonderen erweist sich noch als Defizitbereich von Forschung und Praxis. Gleichwohl gab es in den späten 80er Jahren eine Fülle von Vorschlägen und Experimenten zu partizipativen Formen der Verbrauchereinbindung. Beispiele hierfür sind die gewerkschaftliche Forderung nach Produktmitbestimmung oder die Durchführung von Branchendialogen wie Energie- und Ernährungsforen.

Ansätze mit Tradition

Die Energiegenossenschaften sind eine besondere Form der Genossenschaften, die sich historisch in erster Linie mit der Erzeugung und dem Vertrieb von Strom befassen. Sie entstanden häufig auf Initiative der späteren Nutzer im ländlichen Bereich, die sich von den etablierten Anbietern ausgegrenzt fühlten und ihre Energieversorgung überhaupt oder wenigsten durch billigere, beziehungsweise effizientere Energieversorgung zu verbessern trachteten.

Als einzige bundesweit agierende Stromhandelsgenossenschaft beliefert greenpeace energy gegenwärtig über 80.000 Kunden mit ihrem »grünen Strom«

Mit einer Werbekampagne, die an den Alltag der Verbraucher ansetzt, warb greenpeace energy erstmals aufwendiger für den Stromwechsel

Heute gibt es noch rund 40 Energiegenossenschaften aus der ersten Phase der Energieversorgung im ländlichen Raum. Etwa 30 wirtschaften in Bayern und haben sich dort zur gemeinsamen effektiveren Gestaltung ihrer Leistungen (Beschaffung, Absatz, Organisation etc.) zu einer Sekundärgenossenschaft zusammengeschlossen. Zu ihnen gehört auch die Unterfränkische Überlandzentrale eG (ÜZ) mit Sitz in Lülsfeld (www.uez.de). Die ÜZ ist mit 3.300 Anteilseignern die größte bayerische Stromgenossenschaft. Sie versorgt im Südosten Unterfrankens ein Gebiet von rund 1.000 Quadratkilometern und mehr als 122.000 Einwohnern mit elektrischer Energie. Über ein Verteilungsnetz von 5.200 km Länge fließen in der ländlich geprägten Region jährlich rund 360 Mio. kWh Strom zu den Kunden. Der Erhalt und Ausbau der Anlagen erfordert ein jährliches Investitionsvolumen von rund 5 Mio. Euro, ein direkter Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Region. Den größten Teil ihres Strombedarfs bezieht die ÜZ von den großen Energieunternehmen. Aus Eigenerzeugung und regenerativer Erzeugung werden ca. 17% zugeliefert.

Die TEN Teutoburger Energie Netzwerk eG ist ein genossenschaftliches Energieunternehmen. Seine historischen Wurzeln liegen in den Gemeinden Bad Laer, Glandorf, Hagen a.T.W. und Hilter a.T.W, in denen zwischen 1920 und 1922 durch Bürger, Landwirte, Handwerker und Kaufleute in Eigeninitiative Elektrizitäts-Genossenschaften gegründet wurden. Sie begannen mit dem Aufbau von Elektrizitätsnetzen, um die Mitglieder und die Bevölkerung mit Strom zu versorgen. Die TEN ist neuen Entwicklungen sehr aufgeschlossen und beschäftigt sich seit Jahren mit der Anwendung regenerativer Energien, insbesondere der Windenergie, der Solarenergie, aber auch mit Bioenergie, und anderen energiesparenden Techniken. In ihr werden die Mitglieder aufgefordert, aktiv an dem gemeinsamen Unternehmen mitzuwirken und es eigenverantwortlich mitzugestalten.

Elektrizitätsgenossenschaft Bierenbachtal eG

Der Erste Weltkrieg war noch nicht ganz zu Ende, als sich am 9.9.1918 interessierte Bürger zur Gründungsversammlung in Niederbierenbach zusammenfanden. 185 Mitglieder schrieben sich unter dem Gründungsprotokoll ein. Als schwierig erwies sich die Gründungsphase, der Ausbau eines Netzes war mit auswärtiger technischer Beratung und viel Eigenleistung zu bewältigen. Und heute? Politischer Wille zur Liberalisierung des Stromgeschäftes ab 1998 schuf eine eigenartige Mischung aus »freiem« Stromhandel und hochbürokratisiertem und behördlich bestimmtem Markt. Die große Zahl nordrhein-westfälischer Elektrizitätsgenossenschaften, die 1985 noch bestanden, ist bis auf einen geringen Rest dahin. Ministerielle Auflagen und immer neue Finessen im Kampf um Tarife, Netznutzungsentgelte und letztlich Marktanteile (sollen?) ermüden, gerade die kleinen Unternehmen. Dennoch die Genossenschaft lässt ihre Mitglieder sogar am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben: Sie schüttet eine »Warenrückvergütung« aus. Natürlich kann sie den Genossen keinen verbrauchten Strom zurückgeben. Aber auf eine Ausschüttung (in Geld) von etwa 10% der Stromkosten kommt sie im Durchschnitt.

Renaissance in den Achtzigern

Eine bescheidene Renaissance erfuhr die Idee in den achtziger Jahren mit der Gründung von Energiegenossenschaften, die anfangs Windkraftanlagen und heute zunehmend auch Anlagen zur Stromerzeugung durch Photovoltaik errichteten. Die meisten von ihnen sind Beteiligungsgenossenschaften, in denen durch den Beitritt der Mitglieder überhaupt erst der Bau der Anlagen ermöglicht wurde (www.windfang.net). Nur wenige wie die greenpeace energy eG (www.greenpeace-energy.de) handeln auch mit »Grünem Strom«. Im Unterschied zu den historischen früher entstandenen Energiegenossenschaften vertreten sie explizit politische Zielsetzungen, indem sie fast immer auf die regionale Verbundenheit und die Durchsetzung von neuen Energiekonzepten setzen. Als besonders umfassende Ansätze dieser Art können so genannte Bioenergiedörfer, organisiert als Genossenschaften, angesehen werden. Das bekannteste Beispiel hierfür liegt in Jühnde (www.bioenergiedorf.de). Die Genossenschaft wirbt damit, dass Jühnde als erstes Bioenergiedorf Deutschlands seinen Wärmebedarf und den verbrauchten Strom selbst über nachwachsende Rohstoffe erzeugt.

Greenpeace energy versteht sich nicht nur als ein Anbieter für sauberen Strom, sondern will die Strukturen auf dem Energiemarkt dauerhaft ändern: Sie verfolgt die Vision einer Zukunft ohne Atom- und Kohlekraftwerke. Zu diesem Zweck werden Produktion, Handel und Versorgung mit sauberem Strom aus einer Hand angeboten. Der Erfolg des Unternehmens beruht darauf, dass es genossenschaftlich organisiert ist. Die Mitglieder entscheiden über die Geschäftspolitik. Dank ihrer Einlagen ist die Genossenschaft nicht auf Banken oder Großanteilseigner angewiesen und wirtschaftlich unabhängig.

Erfahrungen systematisch nutzen

Die Pionierfunktion der Energiegenossenschaften als nutzerorientierte Unternehmensorganisation, die die partizipative Einbindung der Verbraucher bzw. Nutzer systematisch organisiert hat, kann als unstrittig angesehen werden. Durch eine gezielte Untersuchung der vorhandenen Genossenschaften gilt es von ihnen zu lernen, wie sie den Dialog mit ihren Mitgliedern und vor allem Mitgliederkunden organisieren, um die sozialen und ökologischen Dimensionen der Nachhaltigkeit zu realisieren. Dabei sollten Instrumente, die sich speziell mit partizipativen Ansätzen der Kundenbeteiligung befassen, weiterentwickelt werden. Gemeint sind damit u.a. Energie- und Verbraucherbeiräte, ein erweitertes Vorschlagswesen oder die Erzeuger-Verbraucher-Kooperation. ●

1. ST INGBERTER BÜRGER-SOLARGENO

Energiegenossenschaften

Die Sonne als Schmelztiegel

– das Werden einer Photovoltaikgenossenschaft

Ursprünglich sollte das Flachdach eines St. Ingberter Altenheims mit Photovoltaikmodulen ausgestattet werden: initiiert von zwei Personen, getragen von 50 Euro Genossenschaftsanteilen, ergänzt um ein »Sozialagio« von 10%. Mittlerweile ist daraus ein spannendes Modellprojekt geworden, das mit seiner Initiative Vorbild für viele weitere Nachfolgeprojekte sein will: Zündeln für einen Flächenbrand.

Karl-Theo Braun, Red. Genossenschaften ● Nach der Gründung der 1. St. Ingberter Bürger-Solargenossenschaft zeigte sich: Ein möglicher Renovierungsbedarf des ursprünglich vorgesehenen Daches mit Auswirkungen auf den ersten Entwurf eines Wirtschaftsplans und eine überraschend große Resonanz durch Beteiligungsinteressenten verlagerten diese ursprüngliche Planung schnell auf öffentliche St. Ingberter Dachflächen, die komplett neu eingedeckt und wesentlich größer sind. Drei Institutionen fanden sich zur Geburtshilfe der 1. St. Ingberter Bürger-Solargenossenschaft: die Lokale Agenda 21, die Stadtverwaltung und die Stadtwerke. Die Identifikation der Mitarbeiter mit den Zielen der Genossenschaft lässt jedes negative Klischee verblassen, das solchen Institutionen normalerweise anhaftet. Wie könnte es auch anders sein, wenn sich der Oberbürgermeister selbst als Schirmherr engagiert!

Für das im Juli 2007 abgebrannte Dach der Pfarrkirche St. Josef stellt die 1. St. Ingberter Bürger-Solargenossenschaft die ersten Sozialago-Gelder in Höhe von 10% der gezeichneten Anteil zur Verfügung

Sozialagio fürs Kirchendach

Am 17. Juli 2007 vernichtete ein Großfeuer das Dach der Pfarrkirche St. Josef. Auch der Turm, nicht hinweg zu denken aus dem Stadtbild, sank wie eine lodernde Fackel in Trümmer. Entsetzen weit über alle Grenzen hinweg! Dann aber: Wir bauen »unsere Kirche« wieder auf – trotz der Versicherung blieben etliche Folgekosten ungedeckt. Vom Wein- und Brotverkauf angefangen bis hin zum Autorennen – keine Idee blieb unversucht, um »unsere Kirche« wieder aufzubauen. Was lag also näher, als sich auch in der Genossenschaft inspirieren zu lassen, insbesondere, da es das Dach eines Caritas Altenzentrums gewesen war, von dem die Idee ihren Ausgang nahm?

Sehr schnell stellte sich bei der Agio-Idee heraus, es soll nicht beim Kirchturm bleiben. Bei den weiteren Projekten wird ebenfalls ein Sozial-Agio eingeworben, und zwar für Zwecke, die den Bürger in St. Ingbert aktuell bewegen – von Fall zu Fall entschieden durch die Genossenschaftsmitglieder. Diese Entscheidung, geboren aus einer speziellen Situation, steht nun in der Geburtsurkunde der Genossenschaft:

- als Beitrag für die menschenwürdige Zukunft unserer Kinder;
- als Appell an alle, die auch Überfluss noch maximieren wollen;
- zum Trotz und als Bollwerk gegen Globalisierung, wenn sie zum Alibi für Gewinnmaximierung verkommt.

Modell und Wahrzeichen

Nicht nur das Interesse auf lokaler Ebene an der St. Ingberter Bürger-Solargenossenschaft, sondern ebenso aus benachbarten Kommunen, von bereits bestehenden Zusammenschlüssen und auch von Einzelpersonen aus allen Ecken des Saarlandes war überraschend. Die Nachfragen und Interessen konnten mit der ursprünglichen Konstellation nicht angemessen bedient werden. Deshalb wurde auch dieser Bedarf in die Geburtsurkunde aufgenommen: Die Genossenschaft will ein Modell zur Nachahmung sein, sonst bleiben Wirksamkeit und Reichweite lokal begrenzt.

Mit der Vervielfältigung jedoch bleibt die Arbeit für den Einzelnen und insgesamt überschaubar und trotzdem lassen sich mit einem solchen Netzwerk Entwicklungen begrenzen, wie Energielobbyismus, exzessive Gewinnmaximierung in globalisierten Märkten usw. Trotzdem bleibt das spezielle Lokalkolorit unverkennbar und wird von den Mitgliedern der Genossenschaft bestimmt.

Fundiertes Netzwerk

Voraussetzung für eine Modellfunktion ist eine fundierte Basis. Diese wurde in der Gründungsversammlung durch die Einbindung zahlreicher kompetenter Mitglieder in die Genossenschaftsgremien gefunden. Der Aufsichtsrat besteht aus drei Mitgliedern:

- Jürgen Grötschel, Geschäftsführer des Caritas-Zentrums in St. Ingbert;
- Hubert Wagner, Geschäftsführer der Stadtwerke St. Ingbert;
- Pfarrer Arno Vogt, Pfarrer der Pfarrei St. Josef in St. Ingbert.

Größer noch ist der Kreis der Vorstände mit sechs Personen:

- Karl-Theo Braun, vormals Leiter des Caritas Altenzentrums St. Barbara in St. Ingbert, dessen Dach ursprünglich mit Photovoltaik bestückt werden sollte.
- Jürgen Bach, stellvertretender Geschäftsführer der Stadtwerke St. Ingbert, der in der Genossenschaft die Bereiche, Bau, Photovoltaik und Netz koordiniert.
- Sabine Lantermann, Mitglied in der Lokalen Agenda 21 / Solarinitiative und im Stadtrat St. Ingbert, zuständig für grundsätzliche Fragen zu Solartechnik und Dachflächenevaluation sowie technische Detailfragen.
- Martin Ruck, Baudirektor der Stadt St. Ingbert, zuständig für Stadtentwicklung und Umwelt in St. Ingbert, für die Genossenschaft wichtige universelle Schnittstelle.
- Dieter Detemple, Stadtkämmerer, zuständig für die Finanzen der Genossenschaft und die Symmetrie des »Bermudadreiecks für Geldanlagen«: Sicherheit, Verfügbarkeit und Rendite.
- Adam Schmitt, Beigeordneter der Stadt, zuständig für die Lokale Agenda 21 und Biosphäre Bliesgau, Abfallentsorgung und Verkehr. Er ist die Schnittstelle zum Schirmherrn, dem Oberbürgermeister, und berät in Fragen der Politik und Strategie sowie der Kommunikationsentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit.

Das ist der personelle Rahmen der »1. St. Ingberter Bürger-Solargenossenschaft«. Bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftliche Institutionen sind über das jeweilige Engagement von Personen so miteinander verknüpft, dass von einem modellhaften Bürgernetzwerk gesprochen werden darf, genauso eigentlich, wie eine ideale kommunale Organisationsstruktur.

Öffentliches Wirken

Am 21.04.08 fand die erste Interessentenversammlung mit Dr. Burghard Flieger statt, der über das Genossenschaftswesen mit besonderem Schwerpunkt Energie- und Sozialgenossenschaft referierte. In kurzen Statements stellten die Vorstandsmitglieder ihre Aufgabenbereiche vor. Oberbürgermeister Georg Jung, betonte ausdrücklich sein Interesse und seine Unterstützung der Genossenschaftsarbeit, zumal es sich um eine kommunale Maßnahme handelt, bei der vorzugsweise St. Ingberter Handwerksbetriebe zum Zuge kommen sollen. Trotz recht kurzfristiger Ankündigung hatten sich über 50 Interessenten eingefunden. Dass in der Veranstaltung 2 1/4 Stunden lang angeregt referiert und diskutiert wurde, unterstreicht das hohe Interesse, das der Genossenschaft entgegengebracht wird. Nach Schaffung einer stabilen Basis können nun die nächsten Schritte unternommen werden:

- Prüfung des aktualisierten Wirtschaftsplans durch den Genossenschaftsverband;
- Eintragung ins Genossenschaftsregister;
- Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit;
- Erstellung einer Internetpräsentation und Akquisition.

Der Schmelztiegel Sonne hat bisher Situationen, Strukturen und Akteure so miteinander verschmolzen, dass ein Gemeinschaftsorganismus entstanden ist, der so lange erfolgreich arbeiten wird, wie sein Lebenselixier, die ideelle Grundlage, wirksam ist. Wenn das Fanal der lodernden Kirchturmfackel von St. Josef dazu führt, dass sich Menschen über das normale Maß der reinen Sonnenenergieförderung hinaus zusammenfinden, um sich auch ausdrücklich für soziale Belange zu engagieren, warum sollte ein solches Netzwerk nicht auch andernorts möglich sein?●

RVB Bürgersonnenpark Aurich eG

Die Solargenossenschaft »RVB Bürgersonnenpark Aurich eG« hat in Ihlow ihr erstes Projekt verwirklicht. Mit einem Investitionsvolumen von über einer Million Euro wurden auf den Hallendächern des Ihlower Autorecycling-Unternehmens Retek Fotovoltaikanlagen installiert. Die erzeugte Solarenergie reicht aus, um rund 50 Vier-Personen-Haushalte ein Jahr lang mit Strom zu versorgen. Die Energiegenossenschaft hat die insgesamt 6.200 Quadratmeter großen Dachflächen auf 20 Jahre gepachtet. Der Strom wird in das Netz der EWE eingespeist. Die Genossenschaft will ihre Entwicklung weiter vorantreiben. Die nächsten Vorhaben der Genossenschaft sind Fotovoltaikanlagen auf dem Auricher Ulricianum und auf der Bauhalle der BBS Aurich.

SOLAR-BÜRGER-GENOSSENSCHAFT, BÜRSTADT

Solarstrom als Sparbuch

Solaranlagen eignen sich auch für Kleinanleger: Das zeigt das neueste Fotovoltaik-Projekt in der hessischen Solar-Metropole Bürstadt, das im Rahmen der Entente Solare offiziell in Betrieb genommen wurde. Die Besonderheit: Die Fotovoltaik-Anlage auf dem Dach des Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Riedrode wurde über eine Solar-Bürger-Genossenschaft finanziert und ermöglicht eine finanzielle Beteiligung schon ab 100 Euro.

Erhard Renz, Red. Genossenschaften ● Für Investorinnen und Investoren mit mehreren tausend Euro verfügbarem Kapital gibt es bereits zahlreiche Möglichkeiten, ihr Geld in erneuerbare Energien anzulegen. »Uns geht es darum, dass auch Sparer und Anleger mit geringem Kapitaleinsatz in erneuerbare Energien investieren können«, so die Intention der Initiatoren. 36 Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich mit Beträgen zwischen 100 Euro und 3.000 Euro, um die neue 11-Kilowatt starke Fotovoltaik-Anlage in Riedrode zu finanzieren. Für die Anlegerinnen und Anleger geht die Rechnung auf: Denn die Investitionen lohnen sich auch ökonomisch und sollen »sich in zwanzig Jahren verdoppeln«, rechnen die Gründer der Solar-Bürger-Genossenschaft vor.

Die erste 11-Kilowatt starke Fotovoltaik-Anlage in Riedrode der bundesweit agierenden Solar-Bürger-Genossenschaft wurde von 36 Bürgerinnen und Bürger finanziert

Hohe Mitgliederzahl angestrebt

Ziel ist es, möglichst viele Genossinnen und Genossen für Solarprojekte zu gewinnen. »Wir streben eine hohe Zahl von mehreren tausend Mitstreitern an«, so die hochgesteckten Ziele. In erster Linie sollen Fotovoltaik-Kraftwerke gebaut werden, da sich diese Art der Stromerzeugung durch seine variable Größe optimal eignet, um mit überschaubarem Kapital und Planungsaufwand Kraftwerke zu betreiben.

Mit der Entente Solare bietet Bürstadt Projekten aus dem Bereich der erneuerbaren Energien, wie auch der Solar-Bürger-Genossenschaft, eine Kommunikationsplattform, um diese einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Die Verbindung von Fachinformationen und Unterhaltung kommt bei den Menschen an: »Seit dem Kampagnenauftakt Anfang Januar steigen die Anfragen von Bürgern zum Thema Solarenergie zunehmend. Das Interesse ist in dieser kurzen Zeit schon spürbar gewachsen«, berichtet Micha Jost, Umweltbeauftragter der Stadt Bürstadt. Mehr Informationen unter:

www.entente-solare.de und www.solar-buerger.de●

ENERGIEVERSORGUNG HONIGSEE EG

Energiegenossenschaften

Erzeugte Energie vor Ort nutzen

– ein Bioenergiedorf macht Furore

Die ehrenamtlich geleitete Gemeinde Honigsee (Amt Preetz-Land) hat 450 Einwohner (EW). Sie stand bei ihren Aktivitäten, zur Förderung des Gemeinwohls ein Nahwärmenetz zu errichten, vor einem Komplex von Einzelproblemen, deren Lösung an den Grenzen ehrenamtlicher und hauptamtlicher Leistungskraft im ländlichen Raum zu scheitern drohte. Eine Genossenschaftsgründung verbunden mit hohem bürgerschaftlichen Engagement ließ das Ganze zu einem Vorzeigemodell werden.

Alexander Nicolaisen, Red. Genossenschaften ● Die Gemeinde Honigsee (Amt Preetz-Land) hat 450 Einwohner. Im Ortskern wohnen 200 Personen. Am Rande des Ortskerns haben zwei Landwirte im Jahr 2007 eine Biogasanlage gebaut, deren Biogas mit zwei Blockheizkraftwerken (BHKW) à 500 kW in Strom umgewandelt wird. Um die Wärme sinnvoll zu nutzen, wurde ein neues Bürgermodell für die Trägerschaft eines Nahwärmenetzes von ca. 3.000 m Trassenlänge (Hauptleitung ca. 2.200 m, Hausanschlussleitungen ca. 800 m) im ländlichen Raum initiiert. Das Nahwärmenetz wird gespeist aus der Abwärme eines der mit Biogas befeuerten BHKWs.

Um dies zu ermöglichen wurde im Ortskern eine Fernwärmeleitung installiert, in die die Abwärme des BHKW eingespeist wird. Zurzeit sind 38 Wohneinheiten mit einem ursprünglichen Wärmebedarf von 1.325.000 kWh p.a. (Basis: tatsächlicher Verbrauch fossiler Brennstoffe, gemittelt aus dem Dreijahresbedarf der Jahre 2003 bis 2005) angeschlossen. Träger des Netzes ist eine Genossenschaft, die »Energieversorgung Honigsee eG«. D.h., Netz und Biogasanlage sind »unbundelt«. Das Netz wird von einem der beiden BHKW versorgt. Es wurde zum 1. Oktober 2007 in Betrieb genommen und läuft seitdem störungsfrei.

Im September 2005 wurde in Jühnde ein Biomasse-Heizwerk in Betrieb genommen, so dass mittlerweile die meisten Häuser mit Energie vom Acker und aus dem Wald beheizt werden

Jühnde ist die bekannteste Bioenergiegenossenschaft in Deutschland. 16 Gästeführer informieren zahlreiche Besuchergruppen aus aller Welt

Schwierige Ausgangssituation

Vor der Umsetzung ergaben sich durch die unterschiedliche Interessenslagen im Ort – 75% an interessierten Reaktionen standen 25% deutlich zurückhaltende bis ablehnende Bekundungen gegenüber – deutliche Risiken für die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme. Verstärkt wurden Bedenken aufgrund der Höhe der während der Vorplanung erstellten Schätzungen der Investitionskosten für das Leitungsnetz im öffentlichen Raum. Eine Begrenzung der finanziellen Risiken hätte eine Anschlusspflicht aller Haushalte erforderlich gemacht. Die Amtsverwaltung der 17 Regionsgemeinden sah sich auf die Anforderungen der Organisation eines Zweckbetriebes »Nahwärmenetz« personell nicht vorbereitet. Die anstehenden Probleme waren mit traditionellen Herangehensweisen gemeindlicher Organisation in der gebotenen Zeit nicht lösbar.

Die Lösung kam im zweiten Versuch. Sie hieß Nutzung der Erfahrung mit bürgerschaftlichem Engagement. Seit 1998 fördern Amt und Gemeinden aktiv die Stärkung bürgerschaftlicher Aktivitäten. Erster Schritt war die enge, praktische Einbindung von Bürgern in die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie »Nahwärmenetz in privater oder öffentlicher Trägerschaft«. Die zentralen neuen Bausteine in dem Konzept lauteten:

- Entwicklung eines Trägerkonzeptes auf privatrechtlicher Basis: Gründung einer Genossenschaft;
- Neue Definition der Zusammenarbeit zwischen Bürger – Gemeinde – Amtsverwaltung;
- Verlagerung großer Trassenstrecken aus dem öffentlichen Verkehrsraum in den privaten Raum;
- Wettbewerbfähiger Preis der Wärmeverbrauchsgebühren aufgrund der angestrebten Freiwilligkeit der Teilnahme;
- Eigenleistungen durch Bereitstellung der Gräben für die Hausanschlussleitungen durch die Eigentümer.

Stringente Projektumsetzung

Zeitgleich mit dem Bau der Biogasanlage wurde im Ortskern eine Nahwärmeleitung errichtet, an die zurzeit 38 Häuser mit 54 Wohneinheiten und einem ursprünglichen Wärmebedarf von 1.325.000 kWh p.a. angeschlossen sind. Träger des Netzes ist die Genossenschaft »Energieversorgung Honigsee eG«. Netz und Biogasanlage folgen dem Organisationsprinzip des »Unbundling«. Das Netz ist auch in der Dimensionierung auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Es ist in der Lage, die Abwärme eines weiteren BHKW mit einer Leistung von 500 kW el. aufzunehmen.

Mit Inbetriebnahme der Anlage wird jährlich der Verbrauch von 62.500 L Heizöl, von 585.000 kWh an Erdgas sowie von gut 9.000 l Flüssiggas gespart. In kWh macht das eine Einsparung an fossiler Energie in Höhe von 1.270.000 kWh (sowie 55.000 kWh aus Holzheizung). Darüber hinaus bringt die neue Technik (kein Wärmeverlust über den Abgasstrom und die Brennerabwärme) einen Effizienzgewinn von rd. 15%. Gegenüber dem früheren Verbrauch an fossiler Energie ergibt dies eine echte Energieeinsparung von fast 200.000 kWh p.a., die die Betreiber der Biogasanlage anderweitig nutzen können. Bei diesen Berechnungen ist der beträchtliche Einfluss der Biogasanlage auf die Energiebilanz der BRD nicht enthalten.

Wirtschaftlich und ökologisch

Nach Inbetriebnahme des Netzes wurde sehr bald deutlich, dass das Projekt auch wirtschaftlich erfolgreich zu führen ist. Voraussetzung dafür war, dass die geplanten Investitionskosten eingehalten werden konnten. Darüber hinaus zeigte sich, dass die übrigen zugrundeliegenden Annahmen so vorsichtig gesetzt worden waren, dass es ausschließlich positive Abweichungen gibt. Damit war nach kurzer Zeit klar, dass der gewollt attraktive Preis, der mit 3,8 cts (netto) klar unter dem Preis für Erdgas und Heizöl liegt, für diese Heizperiode gehalten werden kann. Hinzu kommt eine monatliche Grundgebühr von netto zwölf Euro, angelehnt an den e-on Standardtarif.

Vor der Maßnahme haben die zweihundert Einwohner im Ortskern rd. 1.100 t CO_2 p.a. freigesetzt. Dieser Wert wird durch die Einsparung der 150 Einwohner mit Nahwärmeanschluss um 300 t gesenkt, so dass sich für alle 200 Einwohner eine Reduzierung des C02-Ausstoßes um rd. 27% ergibt.

Schlüsselfaktoren für den Erfolg

1. Die Gemeinde hat das Projekt nicht selbst durchgeführt, sondern Bürger bei der Projektentwicklung und Gründung einer Genossenschaft unterstützt. Nach Angaben des Genossenschaftsverband die erste Gründung im Wärmebereich für Schleswig-Holstein. Hier ergeben sich Vorteile gegenüber einer gemeindlichen Trägerschaft. Eine Genossenschaft ist vorsteuerabzugsfähig (19% Kostenminderung). Sie kann erheblich flexibler am Markt agieren. Die einzelnen Genossen verfügen alle über den gleichen Einfluss (one man, one vote). Zudem wurde auf diese Weise vermieden, dass die im Außenbereich wohnenden Einwohner, die nicht in den Genuss der Fernwärme kommen, im Hinblick auf die Verwendung gemeindlicher Mittel sich nicht als Verlierer sehen.

2. Es wurde sehr stark auf bürgerschaftliches Engagement und Eigeninitiative gesetzt. Während der Vorbereitungsphase haben sich viele Bürger unentgeltlich eingebracht und dabei auch ihre berufliche Erfahrung zur Verfügung gestellt (Rechtsanwalt, Heizungsinstallateur, Leute mit Tiefbauerfahrung u.ä.). Die Bauphase wurde durch wöchentliche Arbeitstreffen aller Mitglieder begleitet. Die Hausanschlussgräben wurden von den Genossen jeweils selbst bereitgestellt. Dies brachte eine Kostenersparnis von rund 40.000 Euro. Insgesamt wurden etwa 90 Arbeitstreffen bis zum Abschluss der Bauarbeiten durch die Genossenschaft bestritten.

3. Es wurde in den Bestand einer gewachsenen Dorflage hinein gebaut. Ähnliche Projekte gab es im ländlichen Raum bisher nicht, weil ein solches Projekt als nicht finanzierbar angesehen wurde. So hat z.B. die technische Abteilung der e-on am 21.04.06 eine überschlägige Kostenschätzung vorgelegt, in der sie auf eine Investitionssumme von 1,15 Mio Euro kam. Im Textteil heißt es weiter: »Bei den gemachten Annahmen halten wir eine wirtschaftliche Realisierung des Projektes für ausgeschlossen.«

4. Ein von der Gemeinde auf Eis gelegtes Projekt aus einem vor Jahren aufgelegten Dorferneuerungsprogramm (neue Straßenbeleuchtung und Neupflasterung eines Bürgersteiges) wurde wiederbelebt, um via Kostenteilung einen Synergieefekt in Höhe von 30.000 Euro zu erzeugen.

5. Das Netz besteht aus qualitativ hochwertigen Materialien, aber bei der Auslegung der Technik wurde extrem »auf den Euro geschaut«. So wurde z.B. gegen den Rat der Experten bei den Hausübergabestationen auf den Einbau von Wärmetauschern verzichtet und stattdessen das direkte Einspeisungssystem gewählt. Hauptvorteile: Kostenersparnis in Höhe von 50.000 Euro und Vermeidung von Effizienzverlusten.

6. Das Netz wurde, wo immer es sinnvoll war, über Wiesengrundstücke geführt, die im oder am Rande des Dorfes liegen. Viele Grundstücke werden »von hinten« erschlossen. Das führte zu erheblichen Kostensenkungen.

7. Die Genossenschaft konnte in harten Verhandlungen die Biogasanlagen-Betreiber dazu bringen, für 20 Jahre die Energie für null cent abzugeben. Eine wesentliche Voraussetzung dazu war neben der Offenlegung ihrer eigenen Kostenstruktur die Tatsache, dass die Genossenschaft sich zu dem Thema »Stromerzeugung aus Biogas« so kundig gemacht hatte, dass sie in der Lage war, den Betreibern klar zu machen, dass dieser Preis null zu einer win-win-Situation führen würde.

8. Die Tarifstruktur ist so ausgelegt, dass Großverbraucher entweder einmalig einen höheren Anschlussbeitrag oder für die nächsten 20 Jahre ein höheres Entgelt für die Wärmeeinheit zu zahlen haben. Hintergrund: Ohne sie hätte das Netz kleiner ausgelegt werden können und wäre damit kostengünstiger geworden.

Besonders innovativ ist der vorläufige Verzicht auf eine komplette, teure und sich kaputtstehende Redundanzanlage, wie sie anderswo, z.B. für die Anlage von Jühnde vorliegt. Statt dieser sehr teuren Investition wurde mit einer Firma ein Vertrag geschlossen, der garantiert, dass spätestens 14 Stunden nach Eintreten einer Panne eine komplette Feuerungsanlage vor Ort ist.●

Bioenergiedorf Breuberg-Rai-Breitenbach eG

Die Energieversorgung im Breuberger Stadtteil Rai-Breitenbach, einem Dorf mit ca. 900 Einwohnern und zwei Schulen mit ca. 1.200 Kindern soll zu 100 % aus erneuerbaren Quellen realisiert werden. Die in die Jahre gekommenen Heizöl-Heizungsanlagen der Schulen mit Turnhalle und Hallenbad sollen durch eine Holzhackschnitzelheizanlage zur Grundversorgung mit Wärme sowie einem Rapsölkessel, der für die Spitzen- und Teillastabdeckung arbeitet, ersetzt werden. Des Weiteren ist vorgesehen, mit der neuen Holzhackschnitzelheizanlage und dem Rapsölkessel große Teile der Wohnbebauung des Dorfes über ein neu zu verlegendes Nahwärmenetz mit Wärme zu versorgen. Am 2. Juli 2006 wurde zu diesem Zweck die Genossenschaft Bioenergiedorf Breuberg-Rai-Breitenbach eG gegründet. Zu ihren Aufgaben zählt die Planung, Umsetzung und der Betrieb des Biomasseheizwerks. 149 Bürgerinnen und Bürger sind Mitglied der Genossenschaft geworden. Der erste Spatenstich erfolgte am 1. Juni 2007. Die laufenden Bauarbeiten sind voraussichtlich im Mai 2008 abgeschlossen.

ENERGIEGENOSSENSCHAFT NORDWEST EG

Energiegenossenschaften

Energie ist ein Gut der Daseinsvorsorge

Im April 2006 hat sich in Delmenhorst aus der auch dort immer noch aktiven Protestbewegung heraus die »Energiegenossenschaft Delmenhorst eG« gegründet. Durch die in einer Genossenschaft vorhandene demokratische Kontrolle und der gesetzlich verankerten Transparenz soll sichergestellt werden, dass die Mitglieder und Kunden sehen und mitbestimmen, welche Entscheidungen fallen und wie mit ihrem Geld umgegangen wird. Im Juni 2007 wurde die Genossenschaft umbenannt in »Energiegenossenschaft Nordwest eG« (EGNW). Damit wird das Ziel der Ausdehnung in den gesamten Raum zwischen Holländischer Grenze und der Weser markiert. Sie hat gegenwärtig 289 Mitglieder und 308 gezeichnete Anteile.

Jürgen Röttges, Red. Genossenschaften ● Durch Gesetz sind Energie-Versorgungsunternehmen verpflichtet, eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas sicherzustellen. Die gesetzliche Regulierung der Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetze dient der Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs bei der Versorgung mit Elektrizität und Gas sowie der Sicherung eines langfristig angelegten leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen. So klar und eindeutig steht es im §1 des 2005 novellierten Energiewirtschaftsgesetzes.

Verstoß gegen Verpflichtungen

Trotzdem steigen die Preise von Gas und Strom unaufhaltsam. Sie steigen schneller als die Preise der Vorlieferanten und sorgen so für explodierende Gewinne der großen Konzerne, selbst wenn der Verbrauch durch besseren Umgang mit Energie oder klimatische Einflüsse zurückgeht. Kommunale Energieversorger sollten sich besonders den Zielsetzungen des Energiewirtschaftsgesetzes verpflichtet fühlen, werden aber durch die lokale Politik häufig als Geldbeschaffer für defizitäre Bereiche der öffentlichen Verwaltung eingespannt. So bezahlen die Strom- und Gaskunden für die Verluste von Schwimmbädern und Verkehrsbetrieben. Kommunale Energieversorger entwickeln sich, mit den Einnahmen aus dem Energiegeschäft im Rücken, aber auch zum globalen Mitspieler im internationalen Energiegeschäft oder in anderen Branchen.

Dies wollen viele Bürger so nicht länger hinnehmen. Sie wechseln ihren Stromlieferanten und versuchen so, Bewegung in Richtung eines echten Marktgeschehens zu erzeugen. Der Erfolg ist noch gering, aber die Zahl der wechselbereiten Kunden steigt enorm. Ob diese Bewegung sich dämpfend auf die Strompreise auswirken kann, wird sich zeigen. Im Gasmarkt ist ein Wechsel des Anbieters bisher nur in wenigen eng begrenzten Marktgebieten möglich. Die Kunden haben aber die Möglichkeit, durch Kürzung ihrer Zahlungen, gegen die ständigen undurchsichtigen und nicht durch höhere Beschaffungskosten begründbaren Preissteigerungen vorzugehen. Sie können sich dabei auf Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches berufen, die als Gegengewicht gegen willkürliche Maßnahmen eines Vertragspartners in einem Dauerschuldverhältnis, dies ist ein Energieliefervertrag, dort verankert sind.

Gründung einer Genossenschaft

Aus diesen Gründen hat sich, zuerst zögerlich aber inzwischen kraftvoll und für die Energieversorger schmerzhaft, eine Protestbewegung entwickelt. Auf vielen Ebenen und mit den unterschiedlichsten Konstellationen laufen Prozesse. Es werden unterschiedliche Urteile gefällt und gehen in die Berufung. Entschieden ist dieser Streit noch lange nicht. Vor diesem Hintergrund lag der Gedanke nahe, als Gruppe von Bürgern selbst aktiv im Energiesektor der Daseinsvorsorge mitzuwirken und die Genossenschaft Energiegenossenschaft Nordwest eG (EGNW) zu initiieren. Nach einer Zeit struktureller Konsolidierung und der inzwischen abgeschlossenen dezentralen Organisation baut die EGNW gegenwärtig verstärkt regionale Gruppen auf und intensiviert die Mitgliederwerbung. Bei der Delmenhorster Leistungsschau Ende April war die EGNW wie im Jahr zuvor mit einem eigenen kleinen Stand vertreten. Sie konnte dort viele Interessenten ansprechen. Gleichzeitig hat sich dabei ein neues Wir-Gefühl in dem zuletzt schwierig gewordenen Delmenhorster Umfeld eingestellt, das für die Zukunft hoffen lässt.

Genossenschaften brauchen Anlaufpunkte und das persönliche Gespräch untereinander. Trotzdem musste die EGNW aus Kostengründen ihr ständiges Büro schließen. Verstärkt werden deshalb nun die Mittel der elektronischen Kommunikation in den Gremien und mit der Mitgliedschaft genutzt. Der Internetauftritt wird laufend verbessert und gestrafft, seine Inhalte aktuell gehalten. Ein Diskussionsforum ist im Testbetrieb. Die Mitglieder werden mindestens in jedem Quartal einmal per Mitgliederbrief zu den aktuellen Entwicklungen informiert. Wegen der häufigen Nachfragen wurden Vertriebsvereinbarungen mit Stromanbietern geschlossen, sodass Mitglieder und Interessenten beim Wechsel des Stromversorgers unterstützt werden können.

Dezentrale Versorgung gewollt

Dass dabei ebenfalls genossenschaftlich organisierte Anbieter von ehrlichem Strom im Vordergrund stehen, ist eine Selbstverständlichkeit. Die EGNW will sich so für den Zeitpunkt rüsten, an dem die laufenden Prozesse zu einer Klärung der rechtlichen Situation geführt haben und der Gasmarkt sich zu öffnen beginnt. In anderen Landstrichen Deutschlands haben sich ebenfalls gleich gesinnte Genossenschaften gegründet. Mit diesen zusammen will die EGNW die Fähigkeit zur Belieferung ihrer Mitglieder mit preisgünstigem Erdgas erwerben.

Die EGNW will aber nicht nur Energie an ihre Mitglieder liefern, sondern diese in allen damit zusammenhängenden Fragen unterstützen. Hierzu gehört eine kompetente Energieberatung ebenso wie die Vermittlung von Partnerfirmen für die Durchführung von Energiesparmaßnahmen. Die Vermeidung von Energieverbrauch ist schließlich das wirksamste Mittel, den eigenen Geldbeutel zu schonen. In weiterer Zukunft plant die EGNW die Beratung und Durchführung von Projekten zur Erzeugung und Vermarktung erneuerbarer Energien. Schließlich soll das große Ziel einer dezentral organisierten Energiewirtschaft nicht aus den Augen verloren werden.●

TAGUNGSANKÜNDIGUNG

Handlungsfelder, Beispiele, Akteure und Weiterentwicklung neuer Energiegenossenschaften

Auf der Tagung Energiegenossenschaften erfolgt die Darstellung und Diskussion neuer energiegenossenschaftlicher Ansätze: Bürgersolargenossenschaften, Bioenergiedörfer und Energieverbrauchergenossenschaften können als ideale Organisationsformen bei der Umsetzung von integrierten Energiekonzepten angesehen werden. Sie verbinden die hohen Identifikationspotenziale der Mitglieder mit Verantwortung für die Umwelt und Energieversorgung. Die Veranstaltung findet vom 04. bis 06. Juli 2008 im TaT Transferzentrum für angepasste Technologien in Rheine bei Münster statt.

Helene Maron, Red. Genossenschaften ● Als Alternative Genossenschaftstage und als Beitrag zum Thema Klimawandel des internationalen Genossenschaftstags organisiert die innova eG in Zusammenarbeit mit dem Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. (BzFdG e.V.) und dem Klaus Novy Institut e.V. eine Tagung zum Thema »Energiegenossenschaften – Bürgerengagement für eine nachhaltige Versorgung«. Gelingt es mit dieser, Verbraucher und Politik für energiegenossenschaftliche Ansätze verstärkt zu interessieren, ist deren Anliegen erreicht.

Die Veranstaltung wird eine Mischung von Vorträgen und Workshops. Halbtägige Workshops zu den Themen »Regionalen (Gas-)Energiegenossenschaften: Vorgehen beim Aufbau und Probleme«, »Bioenergiedörfer: Schwierigkeiten und Wege der Entwicklung« und »Solarbürgergenossenschaften: Organisation und Finanzierung«, ermöglichen wichtige Ansätze intensiv zu diskutieren. Ergänzend findet eine Führung durch das Zentrum für angepasste Technologien in Rheine statt mit vielen Highlites, u.a. ein drehendes Solarhaus. Die Politrevue GLOBAL-BRUTAL oder »Eine andere Welt ist möglich« von und mit Uschi Flacke und Michael Schneider sorgen dafür, dass das Ganze in einen kulturellen Rahmen eingebaut ist.

Tagungen mit genossenschaftlichen Themen stoßen auf wachsendes Interesse. Teilnehmer kommen aus etablierten Genossenschaften, aber auch aus der alternativen Szene

Vorträge im Plenum

- Kontinuität in der Region: die traditionelle Elektrizitätsgenossenschaft Bierenbachtal eG, Hans Joachim Söhn, Elektrizitätsgenossenschaft Bierenbachtal eG;
- Energiewende ist Teamarbeit: Produktion, Handel und Versorgung mit sauberem Strom aus einer Hand, Robert Werner, greenpeace energy eG, Hamburg;
- Energiegenossenschaften in Europa, Rainer Schlüter, Cooperatives Europe und IGB;
- Bioenergiedörfer: Eigenständige Versorgung mit Wärme und Strom auf genossenschaftlicher Basis, Volker Ruwisch, Interdisziplinäres Zentrum für Nachhaltige Entwicklung der Universität Göttingen;
- Regionale Energiegenossenschaften: Den Gaspreiswiderstand durch bürgernahe Energiekonzepte wirtschaftlich umsetzen, Michael Großer, Bremer Energiehaus-Genossenschaft eG, Bremen;
- Solargenossenschaften: Beteiligungen an der Energiewende bürgernah organisieren, Erhard Renz, Solar-Bürger-Genossenschaft eG, Bürstadt;
- Energiegenossenschaften und ihr Beitrag zu einer Nachhaltigen Energieversorgung – Klimaschutz und Verbraucherbeteiligung, Dr. Herbert Klemisch, Klaus Novy Institut;
- Visionen energiegenossenschaftlicher Ansätze für die Zukunft, Dr. Andreas Eisen, Genossenschaftsverband Norddeutschland e.V., Berlin;
- Politik und Promotion – Stabilisierung und Verbreitung von Energiegenossenschaften durch Unterstützungsstrukturen, Dr. Burghard Flieger, innova eG, Freiburg;

Organisatorisches zur Tagung

Die Tagung startet am Freitag, den 4. Juli 2008 um 16.00 Uhr und endet am Sonntag den 6. Juli 2008 nach dem Mittagessen. Tagungsgebühren: 150 EUR für die Teilnahme an der Tagung einschließlich Übernachtung und Verpflegung, ohne Übernachtung 50 EUR.

Anmeldung zur Tagung:
innova eG, Tagungsbüro Dr. Burghard Flieger, Erwinstrasse 29, 79102 Freiburg, Tel. (07 61) 70 90 23
E-Mail: burghard.flieger@innova-eg.de.

Anfahrtsinformationen (siehe www.tat-zentrum.de) können auf Wunsch zugeschickt werden.

WIE MONSANTO DIE WELT BEHERRSCHEN WILL

Gentechnik – Segen oder Fluch?

Es muss vor etwa zehn Jahren gewesen sein, dass ich den Begriff »Gentechnik« zum ersten Mal bewusst hörte. Ich war zu einer Lifesendung beim ZDF über zukünftige Entwicklungen eingeladen. Eine Akteurin strich die vermeintlichen Vorteile der Technik vor allem mit dem Argument heraus, hiermit könne dem Hunger in der Dritten Welt begegnet werden. Während der letzten rot-grünen Regierung wurde das erste Gentechnikgesetz verabschiedet.

Von Rolf Brinkmann ● Aufgrund der Lektüre von Presseartikeln verfügte ich inzwischen über grundsätzliche Kenntnisse bzgl. der infrage stehenden Zusammenhänge. Ich schrieb der damaligen Verbraucherministerin, Frau Künast, einen Brief mit dem Hinweis, dass die geringen vorgesehenen Abstandsflächen zwischen natürlichen und Gentechpflanzen wohl nicht ausreichen würden, um Übertragungen von GVOs (gentechnisch veränderten Organismen) auf herkömmliche Pflanzen auszuschließen.

Anfang letzten Jahres bekam ich vom DNR (Deutscher Naturschutzring) alarmierende Mails, aus denen die großen Gefahren und erheblichen Nachteile der grünen oder Agro-Gentechnik hervorgingen. Ein Grüner Politiker sagte mir, dass es in der Nähe von Osnabrück schon eine kleine Gruppe von Landwirten gebe, die sich mit dem Thema befasse. So gründeten wir gemeinsam Mitte 2007 die »Initiative Gentechnikfreies Osnabrükker Land«. Im Oktober hatten wir den brasilianischen Experten Dr. Antonio Andrioli zu einem gut besuchten Vortrag zu Gast und Anfang 2008 veranstalteten wir eine Podiumsdiskussion mit LandtagskandidatInnen zum Thema. Jetzt haben wir zusammen mit der entsprechenden Initiative aus der Nachbarstadt Münster vereinbart, dass der Träger des alternativen Nobelpreises und kanadische Bauer, Percy Schmeiser, im Juni hier in der Region einen Vortrag hält.

Im Gegensatz zur herkömmlichen Züchtung werden bei der Gentechnik zur Erreichung gewünschter Eigenschaften über Artgrenzen hinweg fremde Gene in die Gensequenzen der entsprechenden Pflanze eingebaut. Ethisch gesehen ist dies ein Eingriff in die Schöpfung. Entsprechendes Saatgut muss bei den Agromulties zugekauft werden. Es handelt sich hier um ein Oligopol von Firmen, die den Weltmarkt beherrschen, allen voran Monsanto (»no food shall be grown that we don't own«) mit einem Marktanteil von etwa 90%. Ferner sind als wesentlich zu nennen Syngenta (s. Kasten auf Seite 5), Pioneer, DOW, Dupont, BASF und Bayer.

Grundsätzlich unterscheidet man zwischen grüner (Pflanzen-/Agro-), roter (Tiere) und weißer (medizinischer) Gentechnik. In diesem Artikel soll die Agro- und

Autor Rolf Brinkmann

ansatzweise die rote Gentechnik behandelt werden. Bei der medizinischen Gentechnik handelt es sich um die Herstellung von Medikamenten in geschlossenen Systemen. Es wird davon ausgegangen, dass hier bei qualifizierter Vorgehensweise im Prinzip keine Gefahr zu erwarten ist, obschon es in den USA mit mindestens einem Medikament Probleme gab und die Fa. Showa Denko zwei Milliarden Dollar Schadenersatz an über 2.000 PatientInnen zahlte (Jeffry M. Smith: »Trojanische Saaten«).

Parallel zur Gentechnik ist die Problematik der Patentierung zu sehen. Anträge auf Erteilung von Patenten auf DNS von Pflanzen und Tieren (aber auch Menschen) werden offensichtlich von den Patentämtern erteilt. Somit beanspruchen die Agro-Chemiekonzerne das Exklusivrecht auf ihre Produkte. Dies hat in nicht so wenigen Fällen dazu geführt, dass Bauern, auf deren Feldern Genpflanzen gefunden wurden, ohne dass sie wissentlich entsprechende Saat eingesetzt hatten, Strafen z.B. an Monsanto zahlen mussten. Diese Firma ist dafür bekannt, dass sie sogar Detektive einsetzt, um entsprechende Fälle herauszufinden.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Abstandsflächen von 150 m zwischen Genfeldern und konventionell bewirtschafteten Flächen sowie 300 m zu Bioanbau sind nicht ausreichend um zu verhindern, dass Genpollen übertragen werden. Bienen können Pollen über bis zu zehn km transportieren, der Wind noch sehr viel weiter. Weitere Übertragungsmöglichkeiten von GVOs ergeben sich durch Verluste bei Transport von Ernte oder Saatgut bzw. unsauberer Bearbeitung bei Saatgutfirmen. Wenn erst einmal unbeabsichtigt Genpflanzen auf einem Acker gewachsen sind, kann es im nächsten Jahr zu Durchwuchs und damit erneutem Auftreten von unerwünschten GVO-Pflanzen kommen. Das Ergebnis wäre, dass konventionelle und Biofelder irgendwann genbelastet sein könnten und die Ernte nicht mehr als gentechnikfrei zu bezeichnen wäre. Derartig betroffene Landwirte hätten also einen wirtschaftlichen Schaden. Und die VerbraucherInnen würden – wahrscheinlich unwissend – Gennahrung zu sich nehmen.

Eine in ihren Auswirkungen noch nicht vollständig erkannte weitere große Gefahr besteht darin, dass die genveränderten Organismen auch transgene DNS erzeugen. Diese können durch sogenannte horizontale Verbreitung ihre veränderten Gensequenzen auf andere Arten (Pflanzen, Tiere, Menschen) übertragen. Die Folgen sind hier überhaupt nicht abschätzbar.

Bei den Genpflanzen, die zum kommerziellen Einsatz freigegeben sind handelt es sich um Mais, Soja, Raps, Reis und Baumwolle. Auf Versuchsfeldern werden Kartoffeln, Weizen, Erbsen, Zuckerrüben, Tabak und Wein angebaut. Auch mit Obstbäumen wird experimentiert. In Frankreich, Polen, der Schweiz, Österreich und Griechenland ist Genmais inzwischen verboten.

Hinsichtlich der roten Gentechnik werden z.B. Kühen entsprechende Hormone gespritzt, damit sie mehr Milch geben. Unter anderem traten hierdurch Euterentzündungen auf, in deren Folge Verunreinigungen in die Milch gelangten. Ferner werden Fische gentechnisch verändert, damit sie schneller wachsen und größer werden. Tatsächlich entkommen hin und wieder genveränderte Fische aus ihren Unterwasserkäfigen. Welche Folgen eine Vermischung mit normalen Fischen hat, ist unbekannt. Zur Zeit versuchen Agro-Chemiekonzerne, Patente auf Schweine zu erlangen. Dies würde bedeuten, dass schon jetzt zur Zucht eingesetztes Borstenvieh dem Patentinhaber gehören würde und die entsprechenden Landwirte Gebühren an den Konzern bezahlen müssten. Auf Kuhgene gibt es schon Patente.

Europa ist noch weitestgehend von Gentechnik frei. Nennenswert wird nur in Rumänien und Spanien angebaut. In Deutschland gibt es auf 0,15% der Flächen entsprechende Pflanzen (kommerziell nur Mais, sonst Versuchsanbau) und eine große Anzahl von Initiativen für gentechnikfreie Regionen. Es kann davon ausgegangen werden, dass Europa noch vollständig wieder gentechnikfrei gemacht werden kann. In Ländern wie USA, Kanada, Brasilien, Argentinien, Indien, China und Südafrika ist die Situation soweit fortgeschritten, dass die Entwicklung wohl nicht mehr zurückzuholen ist.

Was sind nun tatsächlich die Gefahren und Nachteile der Gentechnik? Bei Ernährungspflanzen (Agro-Gentechnik) um die es hauptsächlich geht, werden Gensequenzen so verändert, dass z.B. Mais ständig ein eigenes Pestizid gegen den hierzulande allerdings fast nicht vorhandenen Schädling Maiszünsler bildet. Dieses Pestizid geht natürlich auch in den Boden und ins Grundwasser. Reste verbleiben in den Maiskörnern. Wie diese Giftstoffe auf Menschen und Tiere wirken, ist nur zum Teil bekannt. Bekannt geworden sind Einzelfälle, bei denen z.B. US-Farmer festgestellt haben, dass bei Verfütterung von Gen-Mais an Kühe diese unfruchtbar geworden sind. Nach Fütterungsversuchen mit verschiedenen Genfrüchten wurden bei Mäusen Lungenentzündungen sowie Leber- und Enzymveränderungen, bei Ratten Nierenerkrankungen, Wachstumsstörungen und Veränderungen des Immunsystems festgestellt und bei Schweinen wurde das Toxin des Maispestizids in Darm und Kot gefunden. Auf den Philippinen sind Menschen erkrankt, die in der Nähe von Genmaisfeldern wohnten; von Genmais wurden auch Allergien ausgelöst (Jeffrey M. Smith: »Trojanische Saaten«).

Am 17. April 2008, dem internationalen Tag der Landlosen, nahmen Menschen an über 50 Aktionen in 25 verschiedenen Ländern teil. Eine davon fand vor dem Hauptsitz des Schweizer Agrarkonzerns »Syngenta« in Basel statt. Hauptanlass dazu war die Ermordung eines Landlosen in Brasilien im Bundesstaat Paraná, durch eine von Syngenta beauftragte Sicherheitsfirma. Syngenta hatte im Bundesstaat Paraná in Nähe eines Naturschutzgebietes genmanipuliertes Saatgut ausgebracht, obwohl es dort per Gesetz verboten ist. LandbesetzerInnen der Landlosenbewegung MST protestierten dagegen; der Konzern setzte die Sicherheitsfirma auf sie an, die einen Aktivisten erschoss und andere verletzte (siehe auch »Mord für Gentechnik«, Seite 5). Foto: indymedia

Wenn die Gensequenzen dergestalt verändert sind, dass die Pflanzen resistent sind gegen Herbizide – dies ist eine andere Spielart – kann ein bestimmtes Herbizid (z.B. Roundup der Fa. Monsanto) gegen alle »Unkräuter« eingesetzt werden, ohne dass die Fruchtpflanze Schaden nimmt. Die Erfahrung hat allerdings gezeigt, dass immer mehr Glyphosat (so der Name des Grundstoffs) eingesetzt werden muss, da die Beikräuter hiergegen resistent werden. Diese Chemie geht natürlich auch in Boden und Grundwasser. Durch Pflanzen erzeugte Pestizide und große Mengen Gift gegen Beikräuter führen auch dazu, dass nützliche Kleinlebewesen abgetötet werden. Hinsichtlich der Verabreichung entsprechender Mittel an Kühe zwecks Leistungssteigerung, wird eine konkrete Krebsgefahr bei den KonsumentInnen der Milch gesehen (Jeffrey M. Smith: »Trojanische Saaten«).

Da es keinen Schwellenwert bei Saatgut gibt, sieht das geltende Recht vor, dass hier auch der kleinste Anteil Gentechnik gekennzeichnet werden muss. Futtermittel müssen bei über 0,9% GVOs pro Komponente die entsprechende Angabe führen. Bei pflanzlichen Lebensmitteln ist jeder GVO-Anteil anzugeben. Tierprodukte können mit »ohne Gentechnik« gekennzeichnet werden, wenn die Futtermittel keinen Hinweis auf Gentechnikgehalt trugen. Honig wurde nicht in die Gesetzgebung einbezogen.

Alle Lebensmitteln zugesetzten genmäßig hergestellten Aromen und Enzyme werden nicht auf dem Endprodukt angegeben. Ein weiterer Graubereich sind Gen-Vitamine und entsprechende Nahrungsergänzungsmittel, obwohl selbst US-BürgerInnen hier mit überwältigender Mehrheit eine Kennzeichnung fordern.

Abschließend kann man sagen, dass die Mär von höheren Erträgen nicht stimmt. Ernten fallen bei gentechnisch veränderten Pflanzen sogar oft geringer aus. Der Hunger in der Dritten Welt kann auf diese Art sicher nicht gestillt werden. Unabhängig davon handelt es sich hier um ein Verteilungsproblem: grundsätzlich sind genug Lebensmittel auf der Welt vorhanden, um alle satt zu machen. Bekannt ist, dass nicht wenige indische Bauern sich das Leben genommen haben, weil Gen-Baumwollpflanzen erheblich weniger trugen als vorher die natürlichen Büsche. Eine in den USA auf den Markt gebrachte Tomate, der man, um eine längere Haltbarkeit zu erreichen, Gene von Fischen eingepflanzt hatte, ließ sich nicht verkaufen, da sie komisch schmeckte.

Die wesentlichsten Nachteile sind aber, dass die Gentechnik letztlich eine nicht unerhebliche Gesundheitsgefahr für Menschen und Tiere darstellt. Vor allem durch die Patente der Agromulties entstehen höhere Kosten, hauptsächlich wegen teurerem Saatgut (bei sogenanntem Terminatorsaatgut würde zurückbehaltene Saat nicht wieder aufgehen), die sich durch Verteuerungen bei Lebensmitteln mehr und mehr bemerkbar machen werden. Als »Vorteile« könnten eigentlich nur die höheren Gewinne von Monsanto und Co ausgemacht werden. Unterm Strich kann festgestellt werden, dass man die Gentechnik – mindestens was Ernährung anbelangt – nicht als Segen, sondern wohl eher als Fluch bezeichnen muss.

Überhaupt ist es erstaunlich, dass vor dem Hintergrund, dass 80% der BundesbürgerInnen Gentechnik ablehnen, der Gesetzgeber Genmais kommerziell und andere Pflanzen versuchsweise zulässt.

Alle LeserInnen in der Region sind herzlich zu unserem Event mit Percy Schmeiser (kanadischer Bauer und Träger des alternativen Nobelpreises – Bericht über Kampf gegen Gentechnik und Monsanto in Kanada und weltweit) am Dienstag, 17. Juni um 20 Uhr in der bekannten Gaststätte »Plocksaugust« in Glandorf, Münsterstr. 51/B 51 in der Nähe der Kreuzung mit der B 475, zwischen Münster und Osnabrück, eingeladen (vorsichtshalber vorher noch einmal anrufen!).●

Kontakt:
Rolf Brinkmann
ecovillage e.V.
Initiative Gentechnikfreies Osnabrücker Land,
Diepholzer Str. 2, 49088 Osnabrück
Tel./Fax (05 41) 44 59 41
ecovillage@gmx.de

Anzeige

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

Ossietzky – anregend für Gleichgesinnte und Andersdenkende. Immer ein Anstoß für nützliche Gespräche. Alle 14 Tage neu im Briefkasten mit dem kleinen, aber feinen Kontrastprogramm zur täglichen Meinungsmache der Medienkonzerne.

OSSIETZKY – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

OSSIETZKY erscheint im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen verschleiernde Sprachregelungen, gegen die Gewöhnung an den Krieg und an das vermeintliche Recht des Stärkeren.

Bestelladresse: Verlag OSSIETZKY GmbH · Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
Fax 05 11 - 21 55 126 · ossietzky@interdruck.net · www.sopos.org/ossietzky

DOKUMENTATIONSSTELLE ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE (ARI)

Neue Dokumentation

ARI-DOK, Berlin ● *»Ich hab noch nie irgendwas gemacht ..... ich war noch im Schlafanzug, ja, die haben mir dann diese Kabelbinder weggemacht, haben mir normale Handschellen gemacht ... dann haben sie mich mit gebundenen Händen ins Kinderzimmer reingebracht – und erst da wurde es mir bewusst, jetzt was los ist. Und da bin ich also zusammengebrochen, weil ich nicht mehr konnte. Und da haben sie mich wieder rausgetragen vom Kinderzimmer und die haben also das eingepackt, was die wollten. Die haben nicht mal geschaut, sind die Kleider jetzt für Winter geeignet oder sind sie es nicht.... und dann saß ich hier und hab erst mal geweint.«* Diese Worte sind von Aferdita Liapjani persönlich, später – sehr viel später – nachdem sie wieder in Deutschland ist. Das Interview ist Inhalt des Dokumentarfilms »Roma als Flüchtlinge – am Beispiel Kosovo«, aufgezeichnet von Udo Dreutler (http://dreutler.rissc.com).

Es gibt nur wenige Filme über das Schicksal von Flüchtlingen während oder nach einer Abschiebung. Erzählungen und Berichte gibt es schon öfter – vor allem, wenn sich UnterstützerInnen-Kreise bilden und diese Öffentlichkeitsarbeit machen, um die Abschiebung zu verhindern.

Foto: ARI-DOK-Berlin

Die Chance, hierzubleiben, läuft gegen Null

Doch die meisten Abschiebungen geschehen in aller Stille – so schattenhaft und lautlos, wie die Menschen hier auch leben mussten. Unter der Glasglocke der Sondergesetze für Flüchtlinge sind sie gezwungen zu einem Leben weit am Rande der Gesellschaft. Sie vegetieren jahrelang in Flüchtlingslagern (»Dschungel-Heimen«), dürfen nicht arbeiten, nicht lernen, sich nicht frei bewegen (Residenzpflicht). Sie werden staatlich verwaltet, schikaniert und drangsaliert. Sie haben fast kein Geld und müssen von dem wenigen große Teile zu RechtsanwältInnen tragen, die ihren Aufenthalt retten oder wenigstens verlängern sollen.

Und sie haben keine Wahl – außer auszuharren und zu hoffen. Diejenigen, die versuchen die ihnen gesteckten Grenzen zu überschreiten, indem sie sich Arbeit oder Wohnung suchen oder schlichtweg gegen die Residenzpflicht verstoßen, werden kriminalisiert. Ihr Kampf für eine Zukunft mit lebenswerter Perspektive in diesem Lande ist ein Kampf gegen Windmühlen. Er ist für die meisten eigentlich nicht zu gewinnen.

Im letzten Jahr wurden bei 28.572 Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nur 304 (!) Personen als Asylberechtigte anerkannt (1,1%). 6.893 (24,1%) Menschen erhielten einen Abschiebeschutz – das sogenannte »kleine Asyl«.

Beide Gruppen müssen seit einigen Jahren damit rechnen, dass ihr Status widerrufen wird und sie ihre einmal so mühsam erkämpfte Sicherheit und Existenz wieder verlieren. Allein von 2004 bis 2007 wurden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 51.887 Widerrufsverfahren eingeleitet und 41.639 Flüchtlingen der Aufenthaltstitel aberkannt. Zunehmend gefährlich werden für politisch aktive Flüchtlinge auch Auslieferungsersuchen der Verfolgerstaaten.

So wurden im Herbst 2007 erstmals zwei politische Aktivisten, die aufgrund ihrer politischen Verfolgung in der BRD Asyl bekamen, an die Türkei ausgeliefert. Dort kamen sie direkt ins Gefängnis.

Um die Zahl der Flüchtlinge in der BRD möglichst niedrig zu halten, wurde 1993 das Grundgesetz geändert. Es folgten etliche Sondergesetze – speziell für Flüchtlinge – und deren Verschärfungen. Zur Abschreckung, wie es heißt, um einen eventuellen weiteren Zuzug von Flüchtlingen von vornherein zu verhindern oder zu bremsen. Und, um die Bedingungen hier so »unattraktiv« wie möglich zu gestalten – die Menschenrechte bleiben dabei auf der Strecke.

Die behördlich vorgeschriebenen Lebensbedingungen für Flüchtlinge sind für alle entmündigend und für sehr viele traumatisierend. Da viele Menschen aufgrund von Krieg und Verfolgung flüchteten und schon deshalb schwer angeschlagen und krank die BRD erreichten, bringen die Reglementierungen und die

Foto: ARI-DOK-Berlin

über Jahre dauernden behördlichen Taktiken, Schikanen und häufigen Abschiebeandrohungen die Menschen immer wieder in psychische Krisensituationen. Es kommt zu Zusammenbrüchen, zu Re-Traumatisierungen bestehender Traumata, zu schweren körperlichen Erkrankungen, zu Panik- und Kurzschlusshandlungen und zu bewussten oder demonstrativen Selbsttötungen. Betroffen sind in der Regel die gesamten Familienverbände – und aufgrund des zum Teil langen Deutschland-Aufenthaltes – auch die Kinder und Enkelkinder.

In der Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen« werden viele Geschichten erzählt. Geschichten von Abschiebungen, von Selbstverletzungen, Selbsttötungen, von Todesfällen und Misshandlungen durch Bewachungspersonal. Von Bränden in Heimen und rassistischen Angriffen auf der Straße. Auch Geschichten von Erfrorenen, Ertrunkenen oder Erstickten an den bundesdeutschen Grenzen. Es sind wahre Geschehnisse – alle nachprüfbar anhand der angegebenen Quellen. Die Chronologie beginnt 1993 und endet jetzt aktuell Ende Dezember 2007.

The never ending story

Der Beginn dieser inzwischen langen Geschichte der Dokumentation war ein Anruf von einem Herrn Kanthasamy aus Krefeld im September 1994. Er vermisste seinen Sohn Sutharsan. Sutharsan Kanthasamy hatte sich im August aus Polen bei seinem Vater telefonisch gemeldet – seither aber nicht mehr. MitarbeiterInnen der Antirassistischen Initiative Berlin (ARI) begannen, nach Sutharsan Kanthasamy zu suchen. Sie fuhren an die Grenze und recherchierten auf deutscher und auf polnischer Seite. Zunächst ohne Erfolg. Dann konnte mit Hilfe eines polnischen Journalisten Licht in die Sache gebracht werden, und es wurde eine ungeheuerliche Tragödie sichtbar. Am 26. August 1994 wurden 22 tamilische Flüchtlinge von ihrem Fluchthelfer aufgefordert, sich an den Händen zu fassen, Ketten zu bilden und ins Wasser der Neiße zu gehen. Doch das Wasser war tief, die Strömung des Flusses stark, und die meisten Flüchtlinge konnten nicht schwimmen, sie wurden weggerissen. Ihre Hilferufe wurden von polnischen Grenzpolizisten gehört, die mit Leuchtmunition die Nacht erhellten und die Szene beobachteten, ohne jedoch den Menschen zu Hilfe zu kommen. Mindestens neun Personen ertranken.

Vom 1. bis 6. September wurden sechs Tote in der Nähe des deutsch-polnischen Grenzübergangs Forst am Wasserkraftwerk Zasieki aus der Neiße geborgen. Einer von ihnen war Sutharsan Kanthasamy. Er war in Sri Lanka fünfmal verhaftet gewesen, war mehrmals gefoltert worden, und dennoch hatte die deutsche Botschaft in Colombo ihm kein Visum zur Einreise in die BRD erteilt. Am 6. Oktober, 19. und 28. November wurden weitere drei tote Tamilen aus der Neiße geborgen.

Zwei Berliner Journalistinnen begleiteten die Recherche, und es entstand der Dokumentarfilm »Tod in der Neiße«, der in der ARD als »ARD-Exclusiv«-Beitrag im Oktober 1994 gezeigt wurde. Dadurch musste der Bundesgrenzschutz erstmals zugeben, dass Menschen beim nicht erlaubten Grenzübergang zu Tode gekommen sind. Todesfälle an den Grenzen waren vorher nur gerüchteweise bekannt geworden.

Es wurde schnell deutlich, dass dieses Drama an der Neiße nur die Spitze des Eisbergs sein konnte und so setzten ARI-MitarbeiterInnen die Recherchearbeit fort: zunächst an den deutschen Ost-Grenzen, dann an allen Landesgrenzen und schließlich kamen auch die »innerdeutschen Grenzen« dazu, die gesetzlichen und institutionellen Grenzen, die ausschließlich für Flüchtlinge gelten. Jährlich wurden und werden seither die aktuellen Zahlen und Geschehnisse zu Todesfällen und Verletzungen von Flüchtlingen veröffentlicht.

Heute umfasst die Dokumentation über 5.000 Geschehnisse auf 450 Seiten. Trotz Hauskampf um die Yorck59, der polizeilichen Räumung, der Besetzung des Bethaniens, des Hauskampfes um das Bethanien und der Durchsuchung des ARI-Büros durch das Bundeskriminalamt vor dem G8-Gipfel 2008 gelang es der Dokumentationsgruppe, ohne Unterbrechung jährlich eine aktualisierte Auflage herauszubringen.

Die Dokumentation ist eine chronologische Sammlung von Einzelschicksalen, in denen Flüchtlinge körperlich zu Schaden gekommen sind. Menschen, die sich im Lande aufhalten oder aufgehalten haben. Auch Menschen, die abgeschoben wurden und danach mißhandelt, gefoltert oder getötet wurden oder spurlos verschwanden.

Es sind Menschen, die zu Schaden kamen durch *staatliche Maßnahmen*. Eine staatliche Maßnahme ist die angekündigte und durchgesetzte Abschiebung. Staatliche Maßnahmen sind auch die geschlossenen Grenzen, die Grenzüberwachung durch staatliche Organe. Staatliche Maßnahmen sind Menschenjagden durch BGS oder Polizei, um Flüchtlinge einzufangen. Und eine staatliche Maßnahme ist auch der Abschiebeknast, der Menschen dazu bringt, sich selbst zu verletzen oder sich zu töten.

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 370 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe und Brände in Flüchtlingsunterkünften starben 81 Menschen.

Obwohl aufgrund der geschlossenen europäischen Grenzen und der engmaschigen militärischen Überwachungssysteme immer weniger Flüchtlinge die BRD erreichen und die Zahl der Asylanträge in 2007 die niedrigste seit 31 (!) Jahren war, sinken die Zahlen in der Dokumentation nicht, sie bleiben konstant. Auszugehen ist von einer wesentlich höheren Dunkelziffer.●

»Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen«

Neuerscheinung (1993 – 2007), 15. aktualisierte Auflage

Die Dokumentation umfasst zwei Hefte. Beide Hefte zusammen kosten 16 EUR plus 3,20 EUR Porto & Verpakkung. ARI e.V., Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
HEFT 1 (1993 bis 1999) 6 EUR für 174 S.
HEFT 2 (2000 bis 2007) 11,40 EUR für 270 S.
plus je 1,60 EUR Porto & Verpackung.
Im Netz (zur Zeit noch die 14. Auflage) unter der Adresse: www.ari-berlin.org/doku/titel.htm
Ab Mai/Juni als CD-ROM erhältlich.

6. November 07; Bundesland Baden-Württemberg. Morgens um 3 Uhr werden die BewohnerInnen des Welzheimer Mehrfamilienhauses in der Untermühlstraße 4 durch lauten Krach geweckt. Die Polizei ist angerückt und zerstört mit Axtschlägen die Haustür des vierstöckigen Wohnhauses. Dieses geschieht ohne vorheriges Läuten oder die akustische Ankündigung durch z.B. einen Lautsprecher.

Von den 20 BeamtInnen sind 18 vermummt und maskiert (Augenschlitze) und tragen über den Masken zudem noch Helme. Alle sind mit Pistolen, Schlagstöcken und Schutzwesten ausgestattet.

Ziel des Einsatzes ist die Abschiebung der 25 Jahre alten Aferdita Liapjani und ihrer beiden Söhne, des 9-jährigen Ali und des 5-jährigen Arsim, in den Kosovo. Frau Liapjani wohnt in der zweiten Etage. Als ihr Nachbar D. Ünlüsoy, seine Wohnungstür öffnet, um nach der Ursache des Kraches zu schauen, wird er von Polizisten gepackt und auf den Boden geschleudert. Obwohl er dabei verletzt wird und blutet, fesseln ihn die Beamten mit Kabelbindern und lassen ihn, der nur mit einem dünnen Schlafanzug bekleidet ist, dann am Boden und vor der offenen Tür im Zug liegen. Andere Beamte dringen mit vorgehaltenen Pistolen in seine Wohnung ein, bedrohen dort seine 20 Jahre alte Ehefrau und nehmen auch keine Rücksicht auf ihr neun Monate altes und zur Zeit krankes Baby.

Auch zwei andere – völlig unbeteiligte – Nachbarinnen und Frau Liapjani selbst werden mit Kabelbindern so stark gefesselt, dass sie Blutergüsse bekommen. Dies geschieht in Anwesenheit der Kinder. Dann dringen die Beamten mit vorgehaltenen Pistolen in die Zimmer und Kinderzimmer von Frau Liapjani ein.

Durchsuchungs- oder Abschiebepapiere zeigen die BeamtInnen nicht vor, im Gegenteil. Auf Nachfragen, warum diese polizeiliche Gewaltaktion stattfindet, erhalten die Gefesselten über eine Stunde lang ausweichende Antworten (»Machen Sie sich Ihr eigenes Bild!«) und quälen sich in nervenaufreibendem Ungewissen.

Aferdita Liapjani darf für sich und ihre beiden Kinder nur einen kleinen Koffer und einen Rucksack packen. Medikamente und ein teures Inhalationsgerät für den asthmakranken Arsim werden von den Beamten eingepackt – aber am Flughafen nicht übergeben.

Nach 19 Jahren Deutschland-Aufenthalt wird die Familie über den Flughafen Söllingen / Baden-Baden um 12 Uhr mittags ausgeflogen, obwohl das Verwaltungsgericht Stuttgart zu diesem Zeitpunkt beschlossen hat, die Abschiebung vorläufig auszusetzen.

Alle BewohnerInnen des Hauses sind durch diesen Polizeieinsatz dermaßen schockiert und traumatisiert, dass sie außerhalb wohnen und sich nicht trauen zurückzukehren.

Der Sachschaden, den die PolizeibeamtInnen anrichten, beträgt 2.500 EUR. Laut Polizei haben entweder der Hauseigentümer oder die Abgeschobenen den Schaden zu tragen.

In Prishtina finden Aferdita Liapjani und ihre Söhne keine feste Bleibe und müssen nächteweise von Haus zu Haus unterkommen. Vier-einhalb Wochen später dürfen sie mit einem Visum auf eigene Kosten wieder einreisen. Der Grund für die Wiedereinreiseerlaubnis ist die anstehende gerichtliche Klärung des Besuchrechts der Söhne bei ihrem in Deutschland lebenden Vater.

Auszug aus der Dokumentation

In den letzten 15 Jahren starben 174 Flüchtlinge auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 130 an den deutschen Ost-Grenzen. 475 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen (davon 295 an den deutschen Ost-Grenzen). 149 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 56 Menschen in Abschiebehaft. 746 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 449 Menschen in Abschiebehaft. 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und 356 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt. 29 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und 441 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert oder kamen aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Lebensgefahr. 70 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos.

13 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen. 405 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 129 Flüchtlinge in Haft.

67 Flüchtlinge starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, 744 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt. 14 Flüchtlinge starben durch rassistische Angriffe auf der Straße und 719 Menschen wurden verletzt.

GRUNDEINKOMMENSDEBATTE: ERWIDERUNG AUF DIE EINWÄNDE VON ELISABETH VOSS (CONTRASTE 281, FEBRUAR 2008)

Proletarier aller Länder, unternehmt euch!

Der dm-Chef Götz Werner und der Steuerberater Benediktus Hardorp setzen sich seit einiger Zeit öffentlich für ein bedingungsloses Grundeinkommen, finanziert durch eine ausschließliche Besteuerung des Konsums, ein. Anregungen finden sie dabei in den Ausführungen Rudolf Steiners, dem Begründer der Anthroposophie. Die von Elisabeth Voß in der Februarausgabe der CONTRASTE formulierten Anmerkungen, Fragen und Vorwürfe an diese Umsetzungsidee sollen hier diskutiert und erwidert werden.

Philip Kovce, Rahel Uhlenhoff ● Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des bedingungslosen Grundeinkommens. Einige Mächtige fürchten sich vor ihm, weil sie um ihre Macht fürchten, die Gruppe der Befürworter wächst jedoch stetig. Seitdem die Debatte um das Grundeinkommen in einer breiteren Öffentlichkeit geführt wird, fällt der Fokus nicht nur auf die Idee, sondern auch auf konkrete Konzepte, wie man ein Grundeinkommen umsetzen könnte. Gerade bezüglich der Finanzierung nimmt der Ansatz von Götz Werner und Benediktus Hardorp eine singuläre Stellung ein. Denn beide plädieren – wie in der Januarausgabe der CONTRASTE dargestellt – für eine radikale Umstrukturierung des heutigen Steuerwesens. Steuern sollen dann und nur dann entrichtet werden, wenn eine reale Entnahme aus der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung am Ende der Wertschöpfungskette erfolgt. Alle bisherigen Steuerarten gingen dann in einer Steuer auf: der Konsumsteuer.

Verträgt sich diese Idee mit sozialer Gerechtigkeit? Nein, meint Elisabeth Voß, die eine Reihe von Einwänden gegen diese Gedanken vorbringt. Auf diese Anmerkungen soll mit der hier gebotenen Kürze eingegangen werden.

Steuerzahler und Steuerträger

Zu Beginn der Ausführungen formuliert Voß den Vorwurf, die Idee der Konsumsteuer sei ein »klar interessengeleitetes Konzept« (Voß) des Unternehmers Werner respektive der herrschenden Klasse. Diese profitiere gerne von einem funktionierenden Sozialumfeld, wolle aber möglichst wenig zu dessen Finanzierung beitragen.

Davon abgesehen, dass es unangemessen erscheint, gerade Werner zum Klassenfeind zu stilisieren, übergeht Voß hier geflissentlich die Unterscheidung zwischen Steuer*zahler* und Steuer*träger*. Der Unternehmer ist als Steuerzahler stets nur ein Zwischenhändler zwischen dem Konsument als Steuerträger und dem Staat als Steuerempfänger. Der Staat finanziert mit den Steuereinnahmen die Ausgaben der öffentlichen Hand, sodass der Empfänger letztlich wieder der Bürger ist. Der Unternehmer kalkuliert aber alle seine Steuern in die Preise ein, denn was er nicht über den Preis – also vom Kunden beim Kaufakt – erlöst, gefährdet ihn in seiner wirtschaftlichen Existenz. Jeder Unternehmer, der nicht so kalkuliert, ist nicht mehr lange Unternehmer. Es ist also nicht der Unternehmer, der den Sozialstaat finanziert, sondern es ist realiter der Bürger als Konsument. Die Konsumbesteuerung ist längst eine wirtschaftspraktische Tatsache, auch wenn dieser Sachverhalt im heutigen Steuerdschungel verschleiert und verhüllt wird.

Mit einer transparenten Konsumbesteuerung wäre der Unternehmer auch nicht aus seiner sozialen Verantwortung entlassen, denn diese übernimmt er nicht durch das Weiterreichen von Steuern, sondern durch das Ermöglichen und Koordinieren von initiativen Rahmenbedingungen. Die paritätisch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilten Kosten – Achtung: *Träger* ist hier schon wieder der Konsument! – werden zudem nicht vollends auf den Arbeitnehmer abgewälzt, wie vorgeworfen, sondern sie werden entweder transparent steuerfinanziert oder lösen sich im Grundeinkommen auf.

Nominaleinkommen und Realeinkommen

Einen anderen Punkt, den Voß ohne Erwähnung lässt, ist die Unterscheidung zwischen *Real*einkommen und *Nominal*einkommen. Dies ist ein zentraler Punkt in Bezug auf die Sozialverträglichkeit eines Steuersystems. In seinem Buch *Einkommen für alle* schreibt Werner dazu (S. 215): »Der Kardinalfehler unseres heutigen Steuersystems ist, dass es zu stark an geldliche Zuflüsse anknüpft. Dabei ist Geld doch eigentlich nur ein nominales Zwischenäquivalent, eine Art Depot für spätere Gegenleistungen. Geldzahlungen sind nur eine Art Verbuchungsakt, eine 'Vormerkung' eines Wirtschaftssystems, mit dem es festhält, wer noch keine reale Gegenleistung für seinen Leistungsbeitrag erhalten hat. Geldbetrag und Geldvermögen drücken insoweit gerade den Stand der noch nicht abgerechneten realen, verbrauchsfähigen Leistungen der Gesellschaft aus«.

Wer glaubt, hier spräche der Unternehmer, der um sein eigenes Geld fürchtet, dem sei dieser Glaube gelassen. Der Erkenntnisgehalt dieser Aussage ist ein anderer: Dass Menschen mit höherem Einkommen, einen prozentual geringeren Teil ihrer nominalen Einkünfte zum Lebensunterhalt konsumieren, als Menschen mit weniger Einkommen, ist unabhängig von der Besteuerung ein Faktum. Wo liegt aber die soziale Tragik? Weniger in der Tatsache, dass nicht alle gleich viel haben, sondern vielmehr darin, dass einige mehr als genug, andere dagegen weniger als genug haben! Dass wir uns als Gesellschaft diesen Fauxpas leisten,

Transparent bei den Protesten zur Eröffnung des ersten Kölner »Armenkaufhaus« am 14. Mai 2008.

wo wir doch gerade gemessen an der Vergangenheit heute in »paradiesischen Zuständen« (Werner) leben, ist ein kulturelles Armutszeugnis. Diesem wirkt ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle endlich entgegen.

Eine Konsumsteuer sorgt dafür, dass entsprechend der Entnahme und nicht entsprechend der Zugabe zum gesellschaftlich Geleisteten besteuert wird. Selbst auf nominelle, nicht direkt konsumierte Einkommen, fallen – sofern diese nicht unterm Kopfkissen liegen – indirekt Steuern an. Denn diese Gelder werden nicht funktionslos endgelagert, sondern durch Investitionen weitergereicht. Das heißt nichts anderes, als dass sie andern Nutzern zur Verfügung gestellt werden. Und der letztendliche Nutznießer ist wiederum der, der beim realen Konsum steuerlich zur Kasse gebeten wird. Konsequent gilt das Verursacherprinzip: Wer verbraucht, der zahlt. Wer viel verbraucht, der zahlt viel. Schwarzarbeit fällt dabei *per definitionem* weg; Schwarzhandel, also Steuerhinterziehung, ist nun wesentlich einfacher einzudämmen, denn klar ist: das zu beachtende Nadelöhr ist die Konsumption.

Natürlich besteht auch bei der Konsumbesteuerung die Möglichkeit einer Staffelung. Luxusgüter könnten mit höheren, Basisgüter mit geringeren Steuersätzen belastet werden. So wäre eine weitere Integration des progressiven Elements möglich. Dass Voß die Staffelung zwar erwähnt, aber als unwesentlich abtut, ist unverständlich.

Steuerrecht und Steuergerechtigkeit

Voß will den Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit einnehmen, indem sie nicht von einer progressiven Besteuerung des nominalen Einkommens absieht. Begründung: Reiche könnten durch Investition aus Geld mehr Geld machen, indem Mehrwert aus der Arbeit anderer angeeignet wird; Gewinne hätten nichts mit Leistung zu tun; hohe Einkommen stünden in keinem Verhältnis zur abgeleisteten Arbeit; die Schere zwischen Arm und Reich würde immer größer.

Bei den angeführten Aspekten ist der jeweilige Bezug der Einwände zu untersuchen. Wo handelt es sich um steuerpolitische Fragen? Welches sind zwar Probleme, thematisieren aber nicht die Steuerfrage? Diese Differenzierung ist wichtig, denn steuerpolitisch kann nur gelöst werden, was steuerpolitisch ein Problem ist.

Hier schert Voß vieles über einen Kamm und braut einen Mix, der im Handumdrehen die Konsumsteuer als unsozial abkanzelt. Dass aus Geld mehr Geld wird, wenn es gespart oder angelegt wird, ist keine steuerpolitische, sondern eine geldpolitische Tatsache. Das Wachstum des Geldes, getrieben im Hamsterrad von Zins, Zinseszins und Inflation, ist zwar nur ein nominales Wachstum, aber ein reales Problem! Die aktuelle Kapitalmarktkrise liefert dafür unfreiwilliges Beweismaterial. Die Erkenntnis, dass fiktive Gewinne nichts mit realer Leistung zu tun haben, ereilt jedoch jeden Spekulanten spätestens dann, wenn er seinen Gewinn real einlösen will. Er ist nicht vorhanden. – Folge: Die Blase platzt. Will man solche Kapitalwucherungen verhindern, braucht man eine grundlegende Reformierung unseres Finanzwesens, eine Steuerdebatte ist hier aber schlicht der falsche Hebel.

Ein weiterer Aspekt sollte nicht unterschätzt werden: Hedgefonds und renditefokussierte »Heuschrekken« investieren überwiegend unser privates Sparvermögen, welches wir ihnen arglos überlassen. Ein Grundeinkommen würde die gegenwärtige Sparwut eindämmen, denn die finanzielle Angst vor der Zukunft fällt weg. Damit löst sich ein großer Teil der gelagerten »Heuschreckennahrung« auf – und mit ihr viele »Heuschrecken«.

Zuletzt ist zu bemerken – ein vielleicht befremdlicher Gedanke –, dass es nicht Aufgabe des Steuersystems ist, für eine als gerecht empfundene Spanne zwischen den verschiedenen Einkommen zu sorgen. Ganz abgesehen davon, dass ein Steuersystem dazu nicht in der Lage ist. Die einzige Aufgabe der Steuer besteht darin, ein gesamtgesellschaftliches Teilungsverhältnis auszudrücken. Horrende Managergehälter und leistungsunabhängige Gewinnmargen können nicht steuerlich ausgebügelt werden. Höchstens, indem man dafür Wirkungen zu Scheinursachen verdreht, die zu nichts mehr als zu Scheingerechtigkeit führen.

Dies alles mindert nicht die Notwendigkeit einer Diskussion über klaffende Einkommensunterschiede und hemmungslose Spekulationswirtschaft. Doch es sind keine steuerpolitischen Fragen! Für Transparenz und Offenheit bei Gehältern könnten gesetzliche Regelungen sorgen. Am wirkungsvollsten beeinflussen kann diese Debatte aber ein souveräner Konsument, der mit seiner Kaufentscheidung zugleich Unternehmensentscheidungen bis hin zur Vorstandsentlohnung quittiert. Zu meinen, dem Konsumenten sei diese Macht in der überbordenden kapitalistischen Produktionswelt nicht gegeben, zielt an der Wirklichkeit vorbei. Mit einem Grundeinkommen würde die Wahlfreiheit sogar gestärkt, sodass mit dem Konsumenten ein schlafender Riese erwachen könnte. Unternehmen wären zugleich angehalten, attraktive Produktionsbedingungen zu bieten, bei denen sich Arbeiter und Abnehmer finden lassen.

Kulturminimum statt Kombilohn

Die beklagte Aneignung von Leistungen anderer wird von Voß zu Recht als Unrecht mokiert. Dies geschieht aber nur, wenn Kapitalbesitzer ihr Gegenüber existenziell erpressen können. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen hört diese ökonomische Erpressbarkeit auf. Unternehmer und Arbeiter begegnen sich auf Augenhöhe. Dass Voß dies nicht einsieht, sondern im Grundeinkommen *à la* Werner einen versteckten Kombilohn samt indirektem Arbeitszwang vermutet, liegt schlicht an einer Verwechselung: Sie referiert über eine Höhe des Grundeinkommens von monatlich 800 Euro, von denen zusätzlich noch Kranken- und Pflegekassenbeiträge zu zahlen wären. Nur: Dieser Vorschlag stammt nicht von Werner! Er ist von Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus, der das sog. »Solidarische Bürgergeld« befürwortet. Dem liegt außerdem ein anderes Finanzierungskonzept zugrunde.

Bei der Höhe des Grundeinkommens legt Werner sich bewusst nicht absolut, sondern relational fest, indem er ein Kulturminimum – heute zwischen 800 und 1.500 Euro anzusiedeln – fordert. Dieses kann an gesellschaftliche Entwicklungen angepasst werden, letztendlich bleibt die Höhe eine Frage der demokratischen Willensbildung und der Machbarkeit. Die Unterstellung von Voß, Werner plane eine »offen sozialdarwinistische Gesellschaft« (Voß), ist mehr als abwegig, zumal Werner Versicherungen oder zusätzliche Sozialleistungen nicht ausschließt. Natürlich gilt es, z.B. die gesundheitliche Versorgung aller zu gewährleisten.

Der Einwand, Konsumsteuern würden pauschal zu Preiserhöhungen führen und damit wieder die Geringverdiener treffen, ist aus zweierlei Gründen unzutreffend. Erstens: Eine schnelle Umstellung würde temporäre Preisanstiege zwar begünstigen, bei einer behutsamen Umstellung ließen Preisanstiege sich jedoch verhindern. Dass eine geringe Steuererhöhung an der Konsumseite nicht zu Preisanstiegen führen muss, zeigt aktuell die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent, der – aller vorherigen Unkenrufe zum Trotz – im Allgemeinen keine proportionalen Preisanstiege gegenüberstehen. Zweitens: Sollten Preise tatsächlich ansteigen, könnte man die Höhe des Grundeinkommens daran koppeln. Wird alles teurer, werden beim Konsum mehr Konsumsteuern erlöst, die zur Erhöhung des Grundeinkommens bereitstehen. Die Kaufkraft bleibt somit stabil. Eine spezielle Verteuerung von Maschinenprodukten ist ebenfalls nicht einsichtig, denn hohe Investitions- und Materialkosten bedingen auch heute höhere Preise.

Schließlich merkt Voß an, dass durch eine Konsumsteuer eine Subventionierung von Menschenarbeit eintritt. Dies ist tatsächlich der Fall. Es ist allerdings erwünscht, findet doch heute in großem Stil die Subventionierung von Maschinenarbeit statt. Diese Umkehr würde ermöglichen, im Bereich der »Kulturarbeit« (Werner) Aufgaben auszuüben, die nicht rationalisiert werden können, und die man sich vorher zwar ideell vorstellen, aber finanziell nicht leisten konnte. Geschehen würde dies nur freiwillig, nie unter Zwang. Denn für wie viel Geld jemand eine Tätigkeit übernimmt, liegt in seinem eigenen Ermessensspielraum. Dies kann z.B. dann dazu führen, dass Tätigkeiten im heutigen Niedriglohnsektor weit besser vergütet werden müssten.

Aufklärung statt Verklärung

Was hat Rudolf Steiner (1861-1925) damit zu tun? Als Begründer der Anthroposophie muss man ihn weder bewundern noch bekämpfen, um ihn höchst interessant zu finden. Steiner sprach zwar nicht explizit vom Grundeinkommen, gab aber implizite Denkanstöße in diese Richtung. Seine Überlegungen sind also von Bedeutung, zumal Werner und Hardorp sich darauf beziehen.

Anders als Marx in *Das Kapital* (1867-94), entwickelt Steiner seinen Kapitalbegriff im *Nationalökonomischen Kurs* (1922) nicht aus der Ware, sondern aus dem Wert. Dass er dabei zu anderen Begriffsbildungen als Marx kommt, ist folgerichtig, aber weder eine Begriffsverwirrung noch eine Reduzierung auf den Konsum, wie von Voß unterstellt, liegen dabei vor. Steiner erkannte jedoch, dass es der Produktionssektor ist, in dem infolge technischer Entwicklungen Maschinenarbeit zunimmt und Menschenarbeit abnimmt – sodass der Mensch tatsächlich von diesen Arbeiten *befreit* wird. Sollte sich noch bei Marx das Proletariat vereinigen – in einer produktionszentrierten Wirtschaft –, so individualisieren sich in der heutigen Wissensgesellschaft längst die Arbeitsverhältnisse.

Statt in diesen Zusammenhängen der Masse politische Naivität vorzuwerfen, oder eine mangelhafte Bedeutung der Linken in der Grundeinkommensdebatte zu bejammern, wie Voß es tut, bedürfte es der Einsicht, dass ein dualistisch beschworener Klassenkampf kurzum zum Kampf ohne Klasse wird, wenn ein Teufel an die Wand gemalt wird, der längst sein Gesicht verloren oder verändert hat. Das bedingungslose Grundeinkommen setzt auf die selbstständige Einbringung jedes Bürgers und damit auf den unternehmerischen und kreativen Geist jedes Menschen. Das ist ideologisch weder links oder rechts, noch liberal oder konservativ – sondern die Zukunft!●

Weiterführende Literatur:

Götz Werner: *Einkommen für alle*. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2007
Götz Werner: *Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen*. Stuttgart: Freies Geistesleben 2006
Margrit Kennedy: *Geld ohne Zinsen und Inflation*. München: Goldmann 2006
Rudolf Steiner: *Nationalökonomischer Kurs* (GA 340). Dornach: Rudolf-Steiner-Verlag 2002
Rudolf Steiner: *Die Kernpunkte der sozialen Frage* (GA 23). *Mit einem Nachwort von Otto Schily*. Dornach: Rudolf-Steiner-Verlag 1996

Texte bei CONTRASTE:

Philip Kovce und Rahel Uhlenhoff: *Für Souveränität im Wirtschaftsleben*. Januar 2008, S. 12
Elisabeth Voß: *Götz Werners anthroposophische Steuerreform*. Februar 2008, S. 5

Weiterführende Links:

Initiative von Götz Werner:
www.unternimm-die-zukunft.de
Texte von Benediktus Hardorp:
www.hardorp-schriften.de
Texte zum Grundeinkommen:
www.archiv-grundeinkommen.de
Termine zum Grundeinkommen:
www.aktiongrundeinkommen.de

Biographie: Die Anarchistin Louise Michel

Sie lebte zwischen 1830 (andere Autoren nennen 1833 als Geburtsjahr) und 1905, und sie schied die Geister. Für die einen war sie eine Brandstifterin und Terroristin, – für die anderen eine »Jeanne d'Arc des Anarchismus«, die für ihre politischen Überzeugungen einstand und keinen Millimeter von der einmal gewonnenen Erkenntnis abwich. Zeitgenoss/INNEN ehrten sie als »eine der bemerkenswertesten Frauen des Jahrhunderts«; Leonhard Abbott anerkannte sie zusammen mit Emma Goldman und Voltairine DeCleyre als »die drei bedeutendsten Anarchistinnen der modernen Zeit.«

Für die sog. bürgerliche Presse hingegen konnte sie nur ein Rotes Tuch sein, weil sie das kaiserliche Regime kritisierte. »Keine Freiheit ohne Gleichheit! Keine Freiheit in einer Gesellschaft, die in den Händen weniger monopolisiert wird«, lautete ihr Credo – eine bis heute nicht eingelöste Forderung. Sie verlangte »die absolute Freiheit, nichts als die Freiheit und nur sie.« Diese Radikalität und Kompromisslosigkeit machen Louise Michel zu unserer Zeitgenossin. Denn nur wenige Gesellschaftsformen erzeugen so viel soziales Unrecht wie die kapitalistische. Soziologen sind alarmiert von der immer weiter auseinanderklaffenden »Schere« zwischen Arm und Reich. Und wie auch zu Lebzeiten Michels wird diese Tatsache entweder fatalistisch als »naturgegeben« hingenommen oder die Armen und Arbeitslosen werden für ihre Misere öffentlich verantwortlich gemacht, indem ungeniert von einer »Politik von Zuckerbrot und Peitsche« gesprochen wird: Als müssten die Arbeitslosen bestraft und zur Arbeit gezwungen werden. »Die Arbeitslosen sind schuld an der Arbeitslosigkeit, weil sie faul sind und sich in der sozialen Hängematte ausruhen« – eine der vielen Mythen des 20./21. Jahrhunderts über die Ursachen sozialen Unrechts. Doch Mythen sind dazu da, den Geist zu lähmen und zugleich kritisches Denken gesellschaftlich wirkungslos zu machen. Denn Angst lähmt und macht dumm. Daran aber haben die Inhaber der sozialen und gesellschaftlichen Macht ein Interesse.

Die wirklichen Ursachen sozialen und wirtschaftlichen Unrechts wurden bereits vor über hundert Jahren beim Namen genannt. Doch die Arbeit der Anarchisten, ihre Gesellschaftskritik, ihre Bemühungen um eine humane und gerechte Gesellschaftsform, gleichen mit jeder Generation der immer neuen Erfindung des Rades. Die Französin Louise Michel ist ein Beispiel dafür. Wer kennt sie heute noch, wem ist ihr Name ein festumrissener Begriff? In Deutschland ist sie nahezu unbekannt.

Zeit also, sich wieder mit ihr zu beschäftigen – und sie zu lesen. In deutscher Übersetzung gibt es von ihrem umfangreichen Werk lediglich ihre zuerst 1886 veröffentlichten (und 1977 ins Deutsche übersetzten) »Memoiren«; wollen wir mehr über ihr Leben erfahren, müssen wir uns an andere Quellen halten, die indes z. T. schwer zugänglich sind.

Die Biographie der Historikerin Michaela Kilian erfüllt da viele Wünsche. Nicht nur, dass die gegenwärtige Forschungslage eingehend referiert wird; – eine knappe und allgemein gehaltene Einführung in das Gedankengebäude des Anarchismus mag sinnvoll für diejenigen sein, die, jenseits aller Schlagwörter und der durch die Medien bewusst geschürten Begriffsverwirrung, endlich Genaueres über Wesen und Ziele des Anarchismus erfahren möchten. Es folgt ein Kapitel über die Geschichte der Mädchenbildung und die Verdienste der Lehrerin Michel. Die Autorin beschreibt Kindheit, geistigen und politischen Werdegang ihrer Protagonistin, sympathisiert mit Michels Kämpfen gegen die Armut in der französischen Hauptstadt (Lehrer/INNEN wurden miserabel bezahlt; und da Michel nicht den Eid auf das Kaiserreich leisten wollte, blieben nur die freien Schulen) und in der legendären »Pariser Kommune 1871« gleichermaßen. Auch auf Michels feministisches Selbstverständnis (sie wurde u. a. von den russischen Freiheitskämpferinnen beeinflusst) geht Kilian erschöpfend ein; die Parallelen zwischen den Gedanken einer Mary Wollstonecraft (1792) und denjenigen Michels sind frappierend – und zeigen uns die »Fröste der Freiheit« einer umstrittenen Frau.●

Anna Homburg

Michaela Kilian: »Keine Freiheit ohne Gleichheit« – Louise Michel, Anarchistin, Schriftstellerin, Ethnologin, libertäre Pädagogin. Verlag Edition AV, 250 Seiten, 15 EUR

lunapark21

lunapark steht für »lesbare und nachprüfbare Kritik einer Welt, die zum Lunapark derer geworden ist, die haben.« Die 21 meint unser Jahrhundert. Die Idee dazu hatte Georg Fülberth (emeritierter Professor für Politik an der Uni Marburg), der sich damit an dem US-amerikanischen »Left Business Observer« orientierte. Dem Redaktionsteam um Chefredakteur Winfried Wolf (Attac, Bahn für Alle) gehören unter anderen Gisela Notz (bis 2007 FES, CONTRASTE-Autorin) und Daniel Behruzi (junge welt) an.

Die neue linke Zeitschrift erscheint viermal im Jahr. Aus dem Selbstverständnis:

»**Lunapark21** *will nicht belehren und bevormunden. Vor allem will diese Zeitschrift Interesse wecken und Lesestoff mit Lesespaß bieten.*

Lunapark21 *versteht sich nicht als spezifisches Strömungsblatt. Wir setzen uns das – zugegebenermaßen: anspruchsvolle – Ziel, von einem großen Teil der Linken im deutschsprachigen Raum als maßgebliche Stimme der Globalisierungskritik anerkannt zu werden. In diesem Sinn will* **Lunapark21** *auch Treffpunkt und Ideenschmiede sein.*«

Die Nullnummer, das 14seitige Kalkei (was das bedeutet, kann auf der Website nachgelesen werden), steht im Internet zur Verfügung. Heft 01 erschien im Februar 2008 mit 72 Seiten und hat den Schwerpunkt »Vorsicht Konjunkturschlag! Von einstürzenden US-Neubauten zur weltweiten Rezession«. In verschiedenen inhaltlichen Rubriken geht es darüber hinaus um globale Konzernmacht und Gegenwehr, betriebliche Kämpfe und verschiedene Facetten von Gewerkschaftspolitik, Militarisierung und soziale Bewegungen. Auch ein »Seziertisch« von Georg Fülberth (die Kommentare dieser Reihe erschienen bisher auch in Frankfurter Rundschau, Jungle World, Konkret und anderen, sie sind auf der Lunapark-Website dokumentiert) ist dabei. Der »LP21-Hau den Lucas« mit einer Skala von -6 bis +6 verleiht zum Beispiel an Robert Redfort eine +6 für seinen Afghanistan-Film »Von Löwen und Lämmern«, während Deutsche-Bahn-Personalchefin Margret Suckale mit -5 abgestraft wird.●

Elisabeth Voß

lunapark21 GmbH, Hubertusallee 42/44, 14193 Berlin. 1 Heft 5,50 EUR (Heft 01 ist kostenlos), Jahresabo 22 EUR, redaktion@lunapark21.net
www.lunapark21.net

Das Solarzeitalter kommt

Solarenergie ist keine Randerscheinung, sondern die einzige nachhaltige Energiequelle und somit der zentrale Baustein einer zukünftigen Energiewirtschaft, lautet das Postulat von Walter Witzel und Dieter Seifried in ihrem aktualisierten und neuaufgelegten Solarbuch. Die Umsetzung der technischen und wirtschaftlichen Potentiale, welche die Solarenergie heute schon bietet, ist den Autoren ein ernstes Anliegen.

Dabei sind sie weder kühle Technokraten noch ökologische Träumer, sondern informierte und überzeugte Pragmatiker, die sich mit Herz und Verstand engagieren. Sie sind sich sicher: »Das Solarzeitalter kommt in jedem Fall.« Aber nur wenn dies zügig geschieht, können Krisen und größere Konflikte vermieden werden.

Das Solarbuch ist ein Plädoyer für regenerative Energien und enthält auch Kapitel über Biomasse, Wind und Wasserkraft. Die Autoren vermitteln Grundlagen und listen gelungene Beispiele für den Solareinsatz auf. So sind Parkscheinautomaten mit netzunabhängigen Photovoltaik-Systemen heute schon günstiger als batterie- oder netzversorgte Geräte. Weitere Einsatzgebiete bieten elektrische Weidezäune in der Landwirtschaft oder die Beleuchtung von abgelegenen Bushaltestellen. Rund ein Drittel der Weltbevölkerung muss heute ohne Anschluss an ein Stromnetz auskommen. Unabhängige Photovoltaik-Anlagen könnten diesen Haushalten eine elektronische Grundversorgung für Beleuchtung, Radio und Fernsehen ermöglichen.

Wenn der politische Wille zum Solareinsatz vorhanden ist, lassen sich auch größere Projekte realisieren. In Barcelona gibt es seit August 2000 eine Solarsatzung, die vorschreibt, Wohngebäude-Neubauten ab einer Größe von 16 Haushalten müssen mindestens 60 Prozent ihres Warmwasserbedarfs durch solarthermische Anlagen beziehen. So wurde innerhalb von fünf Jahren die Kollektorfläche im Ort mehr als verzehnfacht. Inzwischen sind weitere spanische Kommunen dem Beispiel gefolgt. Seit Oktober 2006 gibt es in Spanien landesweit eine Nutzungspflicht, allerdings schwächer ausgeprägt als in Barcelona.

Witzel und Seifried gelingt es, ihre Erkenntnisse verständlich, und anschaulich zu vermitteln: »Würde die Solarstrahlung in der Sahara mit einem Wirkungsgrad von 10 Prozent genutzt, so könnte auf einer Fläche von circa 700 mal 700 Kilometern der heutige Weltenergiebedarf solar erzeugt werden.« Durch die knappe und klare Darstellung lädt das Buch auch Laien ein, sich mit der Materie zu beschäftigen. Die Kernaussagen werden durch rund 100 Schaubilder visualisiert. Für Vorträge und Bildungsarbeit lassen sich alle Schaubilder unter www.solarbuch.de herunterladen.●

Kai Böhne

Walter Witzel, Dieter Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente und Strategien für den Klimaschutz. 3. aktualisierte und ergänzte Auflage, 255 Seiten, Staufen 2007, ISBN 978-3-936896-30-5. Preis 24,90 EUR, Ökobuch Verlag GmbH, Postfach 1126, 79216 Staufen

Umweltgeschichte – ein Überblick

Umweltgeschichte gibt es in Deutschland erst seit gut zehn Jahren als relevante eigene geschichtswissenschaftliche Disziplin. So war es zu erwarten, dass in der renommierten Enzyklopädie Deutscher Geschichte auch ab und zu ein Band erscheint. Die Zahl der umwelthistorischen Veröffentlichungen nimmt zwar weiter zu, es gibt auch interessante Cross-Over etwa zur Agrar-, Konsum- oder auch zur Urbanisierungsgeschichte – eine eigenständige Fachzeitschrift zu diesem Feld gibt es aber immer noch nicht.

Uekötter gibt zu Beginn einen kurzen enzyklopädischen Überblick über den behandelten Zeitraum, der chronologisch angelegt ist. Uekötter geht richtigerweise davon aus, dass Umweltgeschichte »unvermeidlich anthropozentrisch begründet« sein müsse, dies resultiere schon allein aus der Tatsache, dass die Suche nach ursprünglicher Wildnis zumindest für die letzten 2-300 Jahre ergebnislos verlaufen sei und sich auch die Vorstellungen einer »heilen Natur« oder von »ökologischer Stabilität« zusehends als soziale Konstruktion, wenn nicht als Projektionen entpuppt hätten. Das Kaiserreich bezeichnet er als »umwelthistorische Sattelzeit« da nun der Übergang von der hölzernen zur fossilen Ära und damit auch vom Agrar- zum Industriestaat vollends abgeschlossen sei und die Urbanisierung immer weiter voranschritt. Dass die industrialisierten Großstädte mit ihrer auf Technik und Wissenschaft gestützten Leistungsverwaltung dabei Voreiter der Umweltpolitik in den Bereichen Wasser, Abwasser, Müllentsorgung, Grünflächenplanung etc. wurden, ist augenscheinlich. Nennenswert für diesen Zeitraum ist noch die überraschend große Bedeutung der quer durch alle politischen Lager reichenden Heimat- und Naturschutzbewegung. Im Nationalsozialismus kommt es zu dem schon öfter beschriebenen Boom des Naturschutzes.

Das goldene Zeitalter des fossilen Fordismus schließt sich in der Darstellung an: Zwischen 1948 und 1972 steigt der Mineralölverbrauch in Westeuropa auf das Fünfzehnfache, die Ausrichtung der gebauten Umwelt auf das Automobil erreicht ungeahnte Höhen. Ab 1970 kommt zur traditionellen Umwelt*bewegung* von unten die sozialliberale Umwelt*politik* von oben hinzu.

Der zweite Abschnitt untersucht dann »Grundprobleme und Tendenzen der Forschung« in neun inhaltlichen Feldern – etwa Forstgeschichte, Naturschutz, Umwelt*bewegungen*, Energie – um sich im zehnten methodischen Fragen zu widmen. In diesem Abschnitt finden sich schon ausführliche Literaturhinweise. Die 437 Titel umfassende Literaturliste bildet dann den dritten Teil des Buches. Ein Personen-, Orts- und Sachregister schließt den Band ab.

Das Buch richtet sich vorrangig an HistorikerInnen und Interessierte verwandter Disziplinen und verwendet relativ viel Energie zur Problematisierung innerdisziplinärer Fragestellungen. Wer sich also darüber informieren und gleichzeitig noch eine umfangreiche Bibliographie dazu bekommen will, ist mit diesem Titel gut bedient. Eine Chronologie oder gar ein »Handbuch« zu Umweltproblemen, Umweltbewegungen oder zur Umweltpolitik der vergangenen 200 Jahre darf man – schon allein angesichts des Umfangs – freilich nicht erwarten.●

Bernd Hüttner

Frank Uekötter: Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte Band 81), Oldenbourg Verlag, München 2007; 160 S.; 19,80 EUR

Sommermärchen im Blätterwald

Franz Beckenbauer liebt seine Frau Heidi und hat, wie er »Bild« gesteht, eine neue Liebe, die zu Deutschland entdeckt. Auch Chefkolumnist Franz-Josef Wagner zeigt Gefühle: »Wir haben nur ein Land, das so schön ist, dass einem die Tränen kommen. Das Land der Burgen, das Land der vier Jahreszeiten. Wir haben unser Deutschland vergessen. Nun zeigt es sich wieder aufregend wie eine Frau. Ich glaube man muss sein Land lieben wie eine Frau.« In seinem »Liebesbrief an Deutschland« wird ein altertümliches, vorindustrielles Deutschlandbild beschworen, in dem der Holocaust nie stattgefunden hat.

»Sommermärchen im Blätterwald« von Dagmar Schediwy holt uns zurück in eine schon fast vergessene Zeit, in der nicht nur die Bild-Zeitung überschwängliche patriotische Gefühle ausdrückt.. Mit ihrem Buch hat die Autorin die erste umfassende Analyse der WM-Printmedienberichterstattung 2006 vorgelegt. Gründlich räumt sie mit dem Mythos auf, dass der nationale Begeisterungstaumel, der das Land damals erfasste, spontan erstanden sei. Während die Boulevardzeitungen schon Wochen vor dem Fußballspektakel die notwendigen Affekte erzeugten, stellten die sogenannten Qualitätsmedien die passenden Argumente bereit. Die Autorin zählt in ihrer Untersuchung die fünf gängigsten Argumentationsmuster auf.

So wurde im Argumentationsmuster des »positiven Patriotismus« das neue Nationalgefühl, das sich während der WM ausdrückte, scharf von jeder Art von Nationalismus abgegrenzt. Im Normalisierungsdiskurs wurde argumentiert, in der patriotischen Aufwallung während der Spiele drücke sich eine Normalisierung des Verhältnisses der Deutschen zu »ihrer Nation« aus. In der Rede vom »unverkrampften« oder »unverklemmten Patriotismus« erschienen sie dabei wie eine Art Naturtrieb, der sich aus Gründen der Psychohygiene früher oder später entladen muss. Nicht nur in den neuartigen Attributen, mit denen der Begriff »Patriotismus« ausgeschmückt wurde, wird deutlich, wie sehr die Sprache der PR-Kampagnen in die WM-Berichterstattung übergeschwappte: So wurde zum Beispiel im Spiegel dem »mauernden« Spiel der Reformverweigerer die neue Leichtigkeit der Nationalelf gegenübergestellt – eine Wendung, die fast wörtlich einer Anzeigenkampange der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* entnommen ist. Nicht zufällig macht sich die Apologetik der sogenannten Reformpolitik an der Gestalt Jürgen Klinsmanns fest. Ein eigenes Kapitel, das dem Nationaltrainer gewidmet ist, zeigt wie innig Klinsmanns Corporate-Identity-Philosophie dem neoliberalen Denken verbunden ist.

In einem weiteren Kapitel »Wo Männer noch Männer sind«, dekonstruiert die Autorin gekonnt WM-Geschlechter-Konstruktionen, im Kapitel über Ethnizität und Migrationshintergrund beschäftigt sie sich mit der WM-Berichterstattung von Jüdischer Allgemeiner und Hürriyet. Fazit: Eine scharfsinnige Analyse, die die massenpsychologische Wirkung der Medien facettenreich und spannend beschreibt.●

Dieter Hoch

Sommermärchen im Blätterwald – die Fußball-WM 2006 im Spiegel der Presse, Tectum-Verlag in Marburg. Das Buch ist im April 2008 erschienen. 19,90 EUR

Anzeige

Peyman Javaher-Haghighi
Iran, Mythos und Realität
Staat und Gesellschaft jenseits von westlichen Sensationsberichten
208 Seiten, 14.80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-031-3

H. Marcks & M. Seiffert (Hg.)
Die großen Streiks
Episoden aus dem Klassenkampf
264 Seiten, 14.80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-473-1

Raya Dunayevskaya
Die Macht der Negativität
Schriften zur Philosophie der Revolution
Dissidenten der Arbeiterbewegung
ISBN 978-3-89771-472-4
384 Seiten, 24 EUR [D]

Cajo Brendel
Die Revolution ist keine Parteisache
Ausgewählte Schriften
Dissidenten der Arbeiterbewegung
ISBN 978-3-89771-462-5
320 Seiten, 18 EUR [D]

Regina Wamper
Das Kreuz mit der Nation
Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit
Edition DISS
208 Seiten, 22 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-747-3

Gabriel Kuhn
›Neuer Anarchismus‹ in den USA
Seattle und die Folgen
304 Seiten, 16.80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-474-8

UNRAST Verlag
Postfach 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
Besuchen Sie uns: www.unrast-verlag.de

PROJEKTE

Das Kommunespiel:
Für Gruppen und interessierte Leute spiele ich mit Euch das Kommunespiel: **»Wir gründen eine Kommune!«.**
Unterkunft bei uns im Seminar- und Ferienhaus. Jeweils von Freitagabend bis Sonntagmittag. Kostenbeitrag: 70 Euro / Person.
Informationsmaterial bitte anfordern.
Uwe, von der Kommune Olgashof, Seminar- und Ferienhaus Olgashof, D-23966 Olgashof, Haus 1
☎(0 38 41) 36 08 81, Fax: 79 33 38

Gemeinschaft in Gründung sucht aktive Menschen, besonders für Pädagogik und Software. Und für Gespräche, Kunst u. v. mehr. Südhang am Waldrand Nähe Kassel. Besucht uns!
☎(0 55 43) 30 26 71
www.gastwerke.de

Kommune-Projekt auf dem Land sucht MitkommunardInnen, die Lust auf Kommune, Landleben und linke/linksradikale Politik haben. Wir leben auf einem schon teilweise ausgebauten Resthof, ca. 35 km nördlich von Bremen und wollen mehr werden. Interessiert? Dann meldet euch doch einfach mal!
☎(0 42 96) 74 82 25
kommune-p-u@gmx.de
Ein paar mehr Infos über uns findet ihr unter:
www.kommuja.de/wiki/index.php/Kommune-Projekt_Uthlede

Linkes Hofprojekt im Münsterland sucht veg. MitbewohnerInnen für Zimmer oder Wagen, gern mit kleinen Kindern. ☎(0 25 54) 64 04 (AB)
laerifari@yahoo.de, www.laerifari.de.ms

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb! Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Wochen unverbindlich testen. Das Testabo endet automatisch.

○ Ich habe das Probeabo empfohlen:

Name/Vorname
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail
Datum/Unterschrift

Bitte beachten Sie beim Testabo, daß eine optimale Bearbeitung nur möglich ist, wenn Ihre Telefonnummer (und gegebenenfalls auch Ihre E-Mail-Adresse) angegeben ist. Wir garantieren, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Belieferung beginnt ab Montag, den: _____

Coupon einsenden an Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin oder faxen an die 0 30/53 63 55-44

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@t-online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax **(06 21) 30 38 13, E-Mail:** nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(0 64 01) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: joerg@projektwerkstatt.de / **Selbstorganisation im Alltag: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.
V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@t-online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

U 30-Treffen
Die Kommune Niederkaufungen lädt zum U 30-Treffen ein. Das Treffen bietet 30 Menschen unter 30 die Möglichkeit, die Kommune und die KommunardInnen kennen zu lernen und sich intensiv mit der Frage »Wie will ich leben?« zu beschäftigen. Dies ist eine Einladung zum Kennenlernen, zum Miteinander, zum gemeinsamen Wachsen, zum alternativen Leben, zur Zukunft.
Derzeit fragen in der Kommune viele Menschen ab 40 Jahre an, die sich für ein Leben in der Kommune Niederkaufungen interessieren. Das freut uns und dennoch möchten wir ein altersgemischtes Projekt bleiben. Das bedeutet für uns, dass wir jüngere Menschen für unsere Idee zu leben und für die gelebte Praxis und unsere Grundsätze begeistern wollen. Diese sind uns wichtig, wir vertreten sie voller Wertschätzung.
Wir KommunardInnen fühlen uns bereichert, wenn wir auch mit Jungen Leuten zusammenleben und -arbeiten. Deren Dynamik wollen wir in unsere Gruppe integrieren.
Für die Kennenlern-Woche verfolgen wir zwei Ziele: Einerseits möchten wir unsere Erfahrungen und Kenntnisse weitergeben und bieten eine Visionswerkstatt zur Frage »Wie will ich leben?« an. Andererseits wollen wir herausfinden, wie uns ein Generationswechsel gelingen kann und die Ideen der Kommune über die GründerInnengeneration hinaus hier weiterleben kannn. Welche Strukturen wirken hinderlich? Welche Räume braucht es?
Termin: 10.-17.8. 2008

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 25.-27.7.2008
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

WORKCAMP

»Mit der Sense in der Hand...«
Der Allmende e.V. – Gemeinschaftlicher Permakulturgarten für Verden – lädt vom 3. bis 13.8.2008 zu sich in den Garten ein! Dich erwarten 11 Tage Zelten, Akkern (Bauen, Jäten, Ernten, Goldruten jagen, Holz hacken, Mulchen... kurzum: alles, was bei Gemüse und Bäumen so zu tun ansteht!), Kochen (vegan), Faulenzen, oder einfach Spaß haben in lustiger Runde auf unserem 7ha großen Gelände unweit von Verden in Niedersachsen. Die anfallenden Kosten teilen wir uns nach Selbsteinschätzung – Fahrtkosten innerhalb Niedersachsen können wir zu einem großen Teil erstatten (Genaueres dazu erfährst du bei uns).
Lust bekommen? Mehr Infos über das Projekt gibt's auf unserer Homepage: www.allmende.de.vu.
Melde dich, wenn du mehr Infos haben willst oder du dich auch schon anmelden möchtest – die Plätze sind begrenzt!
Wir sind erreichbar unter
allmendeperma@web.de
☎(0 42 31) 90 50 30.
Wir freuen uns auf dich!

SOMMERCAMPS

Anarchistisches Sommercamp 2008
Widerstand, das heißt für uns Lebendigkeit – in diesem Sinne wollen wir beim dritten anarchistischen Sommercamp in Österreich eine Woche lang gemeinsam leben, lieben, lachen, diskutieren, Pläne aushecken, tanzen, Ideen sammeln, baden, kuscheln oder machen, worauf wir gerade Lust haben.
Dabei ist das A-Camp kein »Urlaub« im üblichen Sinn, weil dieser Begriff schon die Trennung von Arbeit und Freizeit beinhaltet. Dagegen wollen wir für die Zeit des Camps versuchen, unser Leben gemeinsam ohne Herrschaft zu gestalten, uns kennenzulernen und unsere Träume von einem befreiten Leben umzusetzen: bei den Dingen des alltäglichen Lebens ebenso, wie bei Diskussionen oder Workshops.
Uns ist bewusst, dass es sich dabei nur um relative Herrschaftsfreiheit handeln kann – denn erstens tragen wir alle Herrschaftsmechanismen in unseren Köpfen und Körpern mit uns herum und zweitens ist das anarchistische Camp eine räumlich und zeitlich begrenzte Insel in einer von Herrschaft bestimmten Gesellschaft.
Aber vielleicht gelingt es uns für die Zeit des Camps einen Freiraum jenseits dieser gesellschaftlichen Normalität mit all ihren alltäglichen Widerwärtigkeiten zu schaffen, wo wir spüren, wofür wir eigentlich kämpfen und wo wir hin wollen.
Grundvoraussetzung dafür ist, dass Diskriminierungen und Unterdrückungsmechanismen jeder Art auf dem Camp nicht geduldet werden und sich dafür auch jedeR verantwortlich fühlt. Das heißt: aufmerksam sein, selbst eingreifen und thematisieren, wenn solche Verhaltensweisen wahrgenommen werden – bei anderen oder bei sich selbst. Herrschaftsfreiheit und Solidarität wirklich erlebt gibt Liebe & Kraft für unser alltägliches Engagement.
Du brauchst dich weder mit irgendwelchen Theorien auskennen noch in politischen Gruppen/Kollektiven aktiv sein, um am A-Camp teilzunehmen. JedeR ist eingeladen, die/der sich mit emanzipatorischen und herrschaftskritischen Ideen identifizieren kann.
Termin: 18.-27.7.2008
Info: www.a-camps.net/AST

Für eine FREIe HEIDe
Als Beitrag zu dem Widerstandscampsommer organisieren wir vom **18. bis 21. Juli** ein Camp in der Kyritz Ruppiner Heide, von dem aus wir auch auf dem Gelände des Bombodroms siedeln werden.
Wir haben uns für ein kurzes Camp entschieden, um unsere Kräfte zu bündeln und ein »Camp-Cross-Over« zu ermöglichen. Die Verbindungen zu anderen Bewegungen praktisch und theoretisch sind uns wichtig. Deswegen wollen wir neben den praktischen Aktionen inhaltlich übergreifende Workshops veranstalten.
Den Platz überlassen wir nicht der BW und der NATO, damit sie weitere Kriegsvorbereitungen treffen können. Das wollen wir mit unserem Camp deutlich machen. Wir möchten, dass es zur Normalität wird, den Platz in Anspruch zu nehmen, denn das Gelände gehört allen, nur nicht der Bundeswehr!
Die BW macht immer wieder deutlich, dass sie dieses Gelände will. Sie beteiligt sich seit Jahren an den Kriegen in Afghanistan, Afrika und dem Balkan. Aktuell im Aufbau als Teil der »Schnellen Eingreiftruppen«, wirbt sie in der Bundesrepublik für »neue ZeitsoldatInnen« in Gymnasien, Arbeitsämtern und Unis. Auch hier – in der Region!
Gerichtliche Auseinandersetzungen können die militärische Nutzung weiter verzögern, aber letztlich kann nur eine politische Entscheidung dazu führen, dass dieses Militärprojekt aufgegeben wird.
Während unseres Camp wollen wir uns weiter mit dem Gelände vertraut machen, öffentlich demonstrieren, dass dieser Platz der Zivilbevölkerung gehört. Wir »üben« mit ortsansässigen und zugereisten Menschen die Inbesitznahme des Platzes. Damit wollen wir uns auch auf Besetzungen vorbereiten für den Fall, dass BW und NATO den Platz für Bombenabwürfe in Betrieb nehmen.
Auch die Clownsarmee hat zu einem »Familientreffen« aufgerufen und wird bestimmt nachsehen, ob schon die ein oder andere Hütte in der »Rosa Republik« wächst.
Aktionsbündnis Rosa Heide
Kontakt: Rudolf-Breitscheid-Str. 38,
16816 Neuruppin
☎/Fax: (0 33 91) 32 56
G8undkrieg@so36.net
www.freieheide-nb.de
www.g8andwar.de
www.ClownsFREIHEIDe.de.tl

Antirassistisches Camp
Auszug aus dem Aufruf zum AntiraCamp 08: Das AntiraCamp 08 stellt sich in den Zusammenhang und die Kontinuität der vielfältigen, antirassistischen Kämpfe gegen das Grenzregime Deutschlands und Europas, der vergangenen Grenzcamps, NoLager-Touren und unseres Widerstandes in Heiligendamm. Im Mittelpunkt soll dabei die große Flughafenbesetzungs-Demo stehen. Wir FLUTEN den Hamburger Airport. Egal wie, mit was, durch wen...
...ob adrett im Smoking, touristisch mit Rollköfferchen, laut durch Soundanlage, authentisch mit Flugticket, plakativ mit Transpis, wütend mit Sonnenbrille, bunt als Clowns. einfach ganz-so-wie-du.es.willst...
FLUTEN heißt kreativ sein heißt den Flughafen irgendwie lahm legen so lange wie wir können... heißt den Flughafen tränken mit literweise widerständischer Phantasie heißt FLUTEN.
Termin: 16.-24.8.2008, Hamburg
Weitere Infos und der komplette Aufruf unter:
http://camp08.antira.info/aufruf.html

Ferien von Deutschland machen....
Sommercamp gegen Kapital und Nation
Eine Woche lang Sonne und Theorie, Sommer und Diskussion, Freibad und Argumente. Täglich werden zu vernünftigen Zeiten zwei Workshops angeboten, die wie im echten Leben in Konkurrenz stehen zu Sauna, Schwimmen, Schlafen, Spaziergängen, Kickern und Lagerfeuerromantik (letzteres sehr umstritten).
Termin: 24.-31.7.2008, Niedersachsen
Mehr Infos: www.junge-linke.de

LESEREISE

»Besetze deine Stadt!«
Kopenhagen, 2007. Am 1. März wird das selbstverwaltete Jugendzentrum »Ungdomshuset« geräumt, scheinbar eine Hinterlassenschaft aus einer längst vergangenen rebellischen Zeit. Überraschenderweise löst die Räumung eine massive und weit über Dänemark hinausreichende Protestbewegung aus. Es kommt zu Hunderten von Aktionen, Happenings und Demonstrationen. Gleichzeitig geht die Auseinandersetzung um die »freie Stadt« Christiania, das größte alternative Wohnprojekt Europas, weiter. Hintergrund der Konflikte ist die Umstrukturierung des öffentlichen Raums in der Boom-Town Kopenhagen, die sich als Musterbeispiel einer innovativen »unternehmerischen Stadt« versteht.
Die im Buch beschriebenen Häuserkämpfe formulieren dagegen ein völlig anderes Modell urbanen Lebens.
Buchvorstellung und Diskussion mit Peter Birke, einem der Herausgeber des Buches »Besetze deine Stadt. Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen«.
11.6.08, 20.00 Uhr, Hausbar, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
12.6.08, 18.00 Uhr, JUHA Fasanenhof, Fasanenhofstr. 171, 70565 Stuttgart
13.6.08, 20.00 Uhr ++++ Karlsruhe, genauer Ort siehe www.rlf-bw.de
16.6.08, 19.30 Uhr, Grethergelände (kleiner Innenhof), Adlerstr. 12, 79098 Freiburg
www.rlf-bw.de/cms/index.php?article_id=237

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

AG SPAK

Sozialpolitisches Forum 2008
Die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (ag spak) führt seit 1992 Sozialpolitische Foren durch. In diesem Jahr findet das Sozialpolitische Forum vom **5.-7.9.2008** im Tagungshaus Niederkaufungen statt. Zum Auftakt am 5.9., 20 Uhr gibt es einen Vortrag von Rolf Schwendter: »Was ist kritische Sozialarbeit heute? – Zur Geschichte der Zukunft«. Geplante Themen am 6. und 7.9.: Community Development, Partizipation in der Sozialen Arbeit, Hartz IV? Erhöhung der Regelsätze und Existenzgeld?, Runder Tisch der Erwerbslosenbewegung, Soziale Proteste heute und morgen, 1 Monat mit Hartz IV – Das Existenzminimum, Solidarische Ökonomie.
Nähere Infos: AG SPAK, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg
☎(0 83 82) 8 90 56
agspak@t-online.de
www.agspak.de

FREIE SCHULEN

Die Vorbereitungen für das diesjährige Bundestreffen vom **18. bis 21. September** laufen in Bochum auf vollen Touren. So gibt es bereits ein vorläufiges Programm, das eine erste Vorstellung vermittelt. Das diesjährige Bundestreffen wird ein besonderes, da es das 30. Bundestreffen ist, wir gleichzeitig das 20-jährige Jubiläum des Bundesverbandes feiern und es ein Schülerprogramm von SchülerInnen für SchülerInnen geben wird. Zudem wird es die Möglichkeit für SchülerInnen und Pädagoginnen geben, an der Freien Schule Bochum zu hospitieren.
Der BFAS und die Freie Schule Bochum (www.freie-schule-bochum.de) werden kontinuierlich auf ihren Internetseiten über den aktuellen Planungsstand informieren.

JUNGE LINKE

Fuck you, I won't do what you tell me
Wochenendseminar zur Kritik des Anarchismus
Anarchisten oder Anarchie haben in der hiesigen Gesellschaft einen ziemlich schlechten Ruf. Da fallen Worte wie Chaos(tage), Terror, Bomben, »Sozialschmarotzer« mit gefärbten Haaren und schlechten Manieren. Und fast jeder weiß, dass in der Anarchie jeder dem anderen den Kopf einschlagen würde, was derzeit durch den Staat und die durch ihn gewährte Ordnung verhindert wird.
Solcherlei Kritik ist unsere Sache nicht. Zunächst können wir nicht erkennen, dass das Aussehen der politischen Akteure eine Auskunft über den vertretenen politischen Inhalt gibt. Desweiteren sind Gewalt oder Bomben als Mittel politischer Akteure keine Erfindung von Anarchisten, sondern schon immer auch Mittel demokratischer Staaten gewesen, um ihre Interessen innen- oder außenpolitisch durchzusetzen. Somit ist das Abstellen auf Gewalt von Fans demokratischer Staaten, wenn sie Anarchisten und deren Utopie kritisieren, kein taugliches Kriterium für eine Kritik bzw. pure Heuchelei.
Wir wollen auf dem Seminar diese Sorte Herrschaftskritik daher inhaltlich, also auf deren Stimmigkeit betrachten. Dabei sollen einerseits einige »Klassiker« des Anarchismus wie etwa Michail Bakunin, Pjotr Kropotkin oder Rudolf Rocker Gegenstand sein, die aber nicht einfach nur historisch eingeordnet oder ausgelegt werden. Vielmehr geht es darum, vor allem die Kritiken der Klassiker, die heute noch für Anarchisten aktuell sind und vertreten werden, zu untersuchen. Dies wird entweder thesenhaft oder anhand der Lektüre selbst geschehen.
Was ist also dran an Freiheit? Ist das Lob auf diese berechtigt? Welche Gedanken machen sich Anarchisten zum Staat und woraus folgt die Ablehnung dieser und jeglicher anderen Herrschaft? Wie soll die Ordnung ohne Herrschaft, die Anarchie ja bedeutet, aussehen? Was war (und ist) die Kritik von Anarchisten an kommunistischer Kritik des Kapitalismus und was stimmte an ihr und was nicht?
Andererseits wollen wir aktuelle Inhalte anarchistischer, aber auch anarcho-syndikalistischer Gruppen wie z.B. der »Freien ArbeiterInnen Union« – kurz FAU – untersuchen. Welche Kritik wird da an den bestehenden Verhältnissen artikuliert? Was wird strategisch vorgeschlagen und was taugt davon und was nicht?
Schließlich wollen wir uns einigen Kritiken des Anarchismus zuwenden und diese selbst kritisieren. Weniger die Kritik von besorgten Spießbürgereltern, sondern vielmehr von Personen, die Herrschaftslosigkeit selbst im Programm hatten, also sich im Resultat eigentlich mit Anarchisten einig waren und letztere trotzdem politisch und militärisch bekämpften, namentlich »Marxisten-Leninisten«.
Termin: 13.-15.6.2008, Hannover

Sex (auch wenn das komisch klingt)
Wochenendseminar über Sexualität
Dass Sexualität in der Gesellschaft eine große Rolle spielt – wir sehen es auf den Werbeplakaten, hören es in jedem Popsong, spüren es am eigenen Leib. Aber was ist Sexualität eigentlich? Natur pur? Ein Diskurs? Eine bloße Konstruktion? Ein Begehren, ein Trieb, ein Phantasma? Warum ist sie so wichtig für das bürgerliche Subjekt – Einübung bürgerlicher Selbstbeherrschung, frühkindliche Prägung oder ideelle Kompensation für die Konkurrenz? Oder alles drei? Oder gar nichts davon?
Moderne Menschen wissen: Sexualität soll schön sein, Pornographie ist – wenn sie gewaltlos ist – irgendwie okay, Homosexualität total »normal«. Wenn alles so easy ist, warum muss sich jeder im Laufe seines Lebens mit Sexualität auseinandersetzen, warum ist Sexismus so normal – und warum gibt es den Hass auf Schwule und Lesben weltweit? Woher kommt die Einteilung in »normal« und »pervers«? Haben die Linken '68 die Sexualität »befreit« und wenn ja, wovon?
Ein moderner Staat mischt sich nicht ein in das Liebesleben seiner BürgerInnen, sondern hält das für Privatsache. Selten so gelacht: Warum privilegiert das Grundgesetz dann Ehe und Familie und liefern sich SPD und CDU eine Konkurrenz in Sachen Familienfreundlichkeit? Ehe ist ein Dreier mit dem Staat – was lässt sich noch darüber sagen?
Diese und andere Fragen zum Thema Sexualität in der kapitalistischen Gesellschaft möchten wir auf dem Seminar diskutieren.
Termin: 4.-6.7.2008, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
hannover@junge-linke.de
www.junge-linke.de

EUROPÄISCHE SOMMERUNI

Ein anderes Europa für eine andere Welt! Act together now for alternatives!
Schon seit Jahren organisiert Attac in vielen europäischen Ländern große Bildungsveranstaltungen im Sommer: miteinander und voneinander lernen, diskutieren, sich austauschen, neue Strategien entwickeln, andere Menschen kennen lernen und zusammen Spaß haben – das ist das bewährte und erfolgreiche Konzept.
Im Sommer 2008 wird es nun zum ersten Mal eine Europäische Attac Sommeruniversität geben! Dies bietet uns die große Chance, auch auf europäischer Ebene voreinander zu lernen und Strategien für ein anderes Europa, eine andere Welt zu entwickeln. Die Europäische Sommerakademie ist ein wichtiger Schritt hin zu Europäischer Handlungsfähigkeit sozialer Bewegungen.
Termin: 1.-6.8.2008
Universität Saarbrücken
www.european-summer-university.eu/pages/de/startseite/aufruf.php

BERLIN

»Bye Bye Berlusconi«
Hr. Laus, Fußballverein- und Fernsehsenderbesitzer sowie Bürgermeister steht kurz vor den Kommunalwahlen. Damit diese erfolgreich und er wiedergewählt wird, lügt und betrügt er seine WählerInnen. Eine kleine Aktivistengruppe entführt daraufhin den Bürgermeister, um in einem Live-Schauprozess im Internet die Wahrheit an das Licht zu bringen. Eine faszinierende Politsatire mit Maurizi Antonini, welcher nur ganz zufällig wie Silvio Berlusconi aussieht.
Termin: 20.6.2008, 20 Uhr, Eintritt frei
Bandito Rosso, Lottumstr. 10, Berlin

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.